



DEZEMBER.

1899.

No. 12.

## Die Ergebnisse des Hannoverschen Parteitags.

Eine Umfrage,

veranstaltet  
von

der Redaktion.

Der Parteitag in Hannover, seit dem Erfurter ohne Zweifel der bedeutsamste aller Parteitage der deutschen Sozialdemokratie, hat in der Oeffentlichkeit eine sehr verschiedene Beurtheilung und Würdigung erfahren. Es erschien zweckmässig, die verschiedenen Anschauungen darüber zusammenzustellen. Wir haben daher eine Umfrage veranstaltet, die an eine Anzahl deutscher und ausländischer Sozialisten gesandt worden ist. Wenngleich die Resultate derselben aus naheliegenden Gründen nur unvollständig geblieben sind, so ergeben sie doch einen so charakteristischen Beitrag zur Parteigeschichte, dass ihre Veröffentlichung wohl berechtigt ist.

Die Fragen, die wir an die einzelnen Genossen gerichtet haben, lauteten:

1. Was halten Sie für das bedeutsamste Ergebniss des Hannoverschen Parteitages? Welche Aeusserung hat da am meisten Ihr Interesse erregt?

2. Welches ist nach Ihrer Ansicht das Wesen des Gegensatzes zwischen den sogenannten Opportunisten und den sogenannten Radikalen in der Partei? Halten Sie den Gegensatz nunmehr für beigelegt, und in welchem Sinne?

3. Welche Einwirkung wird nach Ihrer Ansicht das Ergebniss der Debatte über die Prinzipien auf die Taktik der Partei haben? Wie wird insbesondere die, wenn auch nur bedingte, Anerkennung der Bündnisspolitik und des Genossenschaftswesens in der Praxis zur Geltung kommen?

Wir veröffentlichen nachstehend die Erwiderungen, die wir erhalten haben, und zwar in der Reihenfolge, wie sie eingelaufen sind.

Ich glaube, Sie werden es verstehen, wenn ich es ablehne, als einer der Hauptbetheiligten an den Verhandlungen des Hannoverschen Parteitags, auf Ihre Fragen zu antworten.

Berlin, 26. Oktober 1899.

*August Bebel.*

Ihre Fragen ausführlich zu beantworten, nähme mir zu viel Zeit, und ich halte auch solche schriftlichen Plebiszite für ziemlich unnütz. Meine Ansicht über die Bebel'sche Resolution habe ich auf dem Kongress ausgesprochen. Was ein Opportunist ist, weiss Jedermann — auch wenn die Opportunisten noch so hartnäckig es nicht sein wollen. Der Kampf mit dem Opportunismus ist erst im Anfang — er wird die künftige Taktik bestimmen. Die Richtung lässt sich schon erkennen aus der wichtigsten „Aeusserung“ des Hannoverschen Parteitags, nämlich der Stimmabgabe bei der Vorstandswahl.

Charlottenburg bei Berlin, 26. Oktober 1899.

*Wilhelm Liebknecht.*

1. Für das bedeutsamste Ergebniss des Hannoverschen Parteitages halte ich die in der Bebel'schen Resolution anerkannte, von Bernstein geforderte höhere Werthung der praktischen Gegenwartsarbeit, sowie eine wesentliche Klärung der Anschauungen über eine ganze Anzahl Fragen, welche ihres wissenschaftlichen Charakters wegen der Mehrzahl der Parteigenossen bisher nicht zum vollen Verständniss gelangt waren.

2. Die irrthümlich als Opportunisten Bezeichneten betrachten die parlamentarische Thätigkeit im Reichstag, den Landtagen und Gemeinden, die Stärkung und den Ausbau der Gewerkschaften, die Erziehung der Arbeiterklasse zu immer grösserer Selbständigkeit, die Förderung von Wirthschaftsgenossenschaften, welche auf Grund des organisirten Konsums in den Gemeinden und des organisirten gemeinschaftlichen Grosseinkaufs allmählich zur Eigenproduktion übergehen wollen, sie betrachten die Pflege der genossenschaftlichen Solidarität in den Genossenschaften für absolut nothwendig, um das Endziel, die Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise zu erreichen; sie sind der Ueberzeugung, dass wenn die Arbeiterklasse eine energische Thätigkeit für gesetzlichen Arbeiterschutz, für Gewerkschaften und Genossenschaften entfaltet, dieselbe durch die dadurch hervorgerufene politische und wirtschaftliche Machtstärkung in ganz erheblicher Weise die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt, die zwerge-, klein- und hausindustriellen Betriebe beseitigt, die parasitischen Elemente der heutigen Wirthschaft aufgesogen werden können. Sie halten die bei einem Theil der Genossen vorhandene Anschauung, welche der praktischen Gegenwartsarbeit nur eine untergeordnete Bedeutung beimessen, dieselbe eigentlich nur zu propagandistischen Zwecken betreiben wollen, für reaktionär. Sie halten die praktische Thätigkeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet auch in Bezug auf die Revolutionirung der Köpfe für wirkungsvoller, als bombastische Phrasen, und legen entschieden Verwahrung dagegen ein, dass sie den Entwicklungsprozess verlangsamen und die Erreichung des Endziels in unabschbare Fernen hinausgerückt sehen wollen.

Die sogenannten Radikalen in der Partei, die täglich so reden wollen, als wenn schon morgen der grosse Tag anbrechen könnte, an welchem die Arbeiterklasse die politische Macht ergreifen solle, vergessen dabei Eines: dass solche Reden mit der Zeit das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung hervorbringen müssen, dass ihre Auffassung mit den von Marx gelehrten wirtschaftlichen Entwicklungsgesetzen und der daraus resultirenden geistigen Entwicklung des Proletariats in diametralen Gegensatz steht, dass man der Arbeiterklasse die politische Reife nicht anreden kann, sondern dass dieselbe wesentlich das Werk der Organisation und der Selbsterziehung der Arbeiterklasse ist.

Die Gegensätze in den verschiedenen Auffassungen sind in Hannover nicht beseitigt worden, dieselben sind in dem Temperament, der Erziehung, dem geistigen Entwicklungsgang, der Thätigkeit und der sozialen Stellung der einzelnen Personen begründet und werden deshalb schwerlich ganz verschwinden.

3. Die Einwirkung der Erörterungen in Hannover über die Prinzipien auf die Taktik der Partei wird erst langsam zur Geltung kommen, die gegenwärtige politische Situation — in erster Linie der Zuchthauskurs — hindert die unbelangene Prüfung. In Hannover ist durch die Resolution Bebel nur anerkannt, was bereits geworden ist. Das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien, von Fall zu Fall, ist längst Thatsache, nur Doktrinäre können darin eine Verwässerung unserer Prinzipien erblicken; die in Hannover festgelegte grundsätzliche Anerkennung der Berechtigung und der Nothwendigkeit eines solchen Zusammengehens im Interesse der Arbeiterklasse wird hoffentlich den gehässigen Anfeindungen derjenigen Genossen, welche infolge ihrer leitenden Stellung ein derartiges Zusammengehen öffentlich vertreten mussten, endlich ein Ziel setzen.

Auch bezüglich der Wirthschaftsgenossenschaften hat der Parteitag nur eine gegebene Thatsache anerkannt. Die Konsumvereine in Deutschland haben jetzt schon mindestens 800 000 Mitglieder, 500 000 derselben werden bestimmt abhängige Arbeiter sein. Der Waarenumsatz beträgt weit über 200 Millionen Mark, der zur Vertheilung gelangte Gewinn ca. 20 Millionen Mark.

Dass der Parteitag angesichts dieses Faktums die Wirthschaftsgenossenschaften als Organisationen zur Wahrung und Förderung der Interessen der Arbeiter anerkennen musste, war selbstverständlich; es würde, wenn dies schon früher geschehen wäre, viel unnützes Gezänk in einzelnen Orten darüber vermieden worden sein, ob ein Eintreten für Konsumvereine auch mit unserem Programm (!) in Einklang zu bringen sei; es wäre dann auch verhindert worden, dass der bekannten Resolution des Berliner Parteitages eine völlig falsche Deutung gegeben wurde.

Weit wichtiger ist, dass die Genossenschaften in der Bebel'schen Resolution als geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten anerkannt wurden, *also nicht nur des materiellen Vortheils wegen Förderung und Unterstützung verdienen.*

Wenn die Parteigenossen dieses Moment richtig würdigen, so werden dieselben von jetzt ab hoffentlich nicht mehr ausserhalb der Genossenschaften, sondern als Mitglieder derselben ihre Kritik üben und überall dort, wo der Krämergeist, die Dividendenjagd einzureissen droht, energisch dagegen auftreten und dafür sorgen, dass die in der Organisation des Konsums beruhende wirtschaftliche Macht im allseitigen Interesse der Arbeiter ausgenutzt wird. Geschieht dies, dann dürfte in späteren Jahren ein Parteitag den Genossenschaften ohne Widerspruch eine noch höhere Werthschätzung angedeihen lassen, als der Parteitag in Hannover, und anerkannt werden, dass dieselben eine mitentscheidende Bedeutung haben können für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

Hamburg, 30. Oktober 1899.

*Adolf von Eln.*

Da ich den Hannoverschen Parteitag nicht gründlich genug studirt habe, so bin ich nicht im Stande, Ihnen meine Anschauungen darüber auseinanderzusetzen. Ich kann nur meinen allgemeinen Eindruck angeben. Und dieser Eindruck ist, dass der Gegensatz der verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei sich überhaupt nicht ausgleichen lässt. Eroberung der politischen Gewalt — das Prinzip der Einen — und Behauptung des Eigenen, Vereinigung der Freien — das Ideal der Anderen — das möchte ich vergleichen mit Geier und Taube in einem Käfig.

Brüssel, 28. Oktober 1899.

*Elisée Reclus.*

1. Das bedeutsamste Ergebniss scheint mir zu sein, dass die Partei gegenüber der Bourgeoisie und dem Kapitalismus auch fernerhin geschlossen und einmüthig auf dem Boden des Klassenkampfes und des Sozialismus steht, wodurch die grundlosen Hoffnungen der Gegner und die grundlosen Befürchtungen in den eigenen Reihen zu Schanden geworden sind.

2. Der Gegensatz zwischen den „Alten“ und „Neuen“ ist sowohl von den bürgerlichen, wie von sozialistischen Gegnern Bernsteins stark übertrieben worden. Eine gegensätzliche Auffassung besteht in der That in Bezug auf die Auffassung des Klassenkampfes und der Mittel und Wege, die zum Sozialismus führen. Bebel und Genossen machen die Taktik in Bezug auf das Endziel vom immanenten technischen Zusammenbruch des Kapitalismus abhängig. Bebel hat auch heute noch nicht die Kladderadatsch-Theorie gänzlich aufgegeben. Die Bernsteinianer machen aber die Verwirklichung des Endzieles keineswegs von einem problematischen und hypothetischen Zusammenbruch abhängig. Ihnen ist es gleichgültig, ob ein paar Bauern oder Kleinbürger mehr oder weniger „relativ“ oder „absolut“ verelenden. Kautsky erklärt dann freilich den Sozialismus für einen „schweren Irrthum“. Wir sind der Ansicht, dass durch den wirtschaftlichen Klassenkampf des Proletariats, durch stufenmässige Sozialisierung des Eigenthums das Endziel erreicht werde. Wir geben keineswegs die Expropriation auf, — meinen aber, dass diese keine allgemeine und plötzliche, sondern nur ein schrittweise vor sich gehender Prozess sein kann. Die Arbeiterklasse muss durch ökonomisch-revolutionäre Selbsthülfe eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Organisationen und Institutionen sozialistischer Art erst hervorgerufen haben, bevor sie an eine endgültige Expropriation schreiten kann. Alle Expropriationen der Vergangenheit sind partielle gewesen und an einer Gesellschaftsklasse vorgenommen worden, die den grössten Theil der sozial-ökonomischen Macht schon in Händen hatte und dann die veralteten und überlebten Formen des Eigenthums kurzer Hand abschaffte. So wird es auch in Zukunft sein. Wir sind also der Meinung, dass die Stunde des Kapitalisten nicht erst in Zukunft, sondern jetzt schon „stündlich“ schlagen muss, dass die Kapitalisten täglich, d. h. heute schon und morgen expropriirt werden müssen. Wir halten den Sozialismus auch innerhalb des kapitalistischen Systems für möglich, ja für nothwendig. Er ist für uns weniger eine Sache der Technik und der Oekonomie, als des Wollens und der Ethik. Wenn man will, kann man das eine idealistische Begründung des Sozialismus nennen.

3. Was die Bündnisspolitik anbetrifft, so mögen sich die Nur-Politiker darum graue Haare wachsen lassen. Wir sollten vielmehr darauf bedacht sein, die wirtschaftliche

Machtstellung der Arbeiterklasse mit allen Mitteln zu stärken. Eine wirthschaftlich-politische starke Partei braucht keine bürgerlichen Kompromisse zu fürchten. Sie ist dann selbst stark genug, eigene selbständige Politik zu treiben. — Es ist falsch, die Bernsteinianer „Opportunisten“ zu nennen. In Wirklichkeit sind wir die „Radikalen“!

Barmen, 29. Oktober 1899. *Ludwig Wollmann.*

\* \* \*

1. Für das wichtigste Ergebniss des Hannoverschen Parteitages halte ich die öffentliche Statuirung der Thatsache, dass Genossen, die denken wie Bernstein, nicht „geduldete“, sondern vollberechtigte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind. — „Die Ankläger kniffen!“

2. Für die Praxis lässt sich der Gegensatz zwischen „Opportunisten“ und „Radikalen“ dahingehend präzisiren, dass den Ersteren die sozialpolitische Gegenwartsarbeit an erster, die Zukunftshoffnungen an zweiter Stelle stehen, womit es die Radikalen umgekehrt halten. Beigelegt wird dieser Gegensatz nie, da er in der Charakteranlage, sowie in der Verschiedenheit der Lebenserfahrung und Menschenbeurtheilung begründet ist.

3. Man wird nun auf dem Wege des praktischen „Opportunismus“ im politischen und wirthschaftlichen Vormarsch, den die Partei schon seit Jahren wandelt, um so energischer und erfolgreicher ausschreiten, als man sich innerlich befreit fühlt von den Hemmungsvorstellungen gewisser theoretischer Prognosen, deren „Unfehlbarkeit“ ad absurdum geführt ist. — Die genossenschaftliche Bewegung würde auch ohne parteioffizielle Anerkennung ihren Gang gehen. Der Absatz 4 der Bebel'schen Resolution wird dazu beitragen, die damit verknüpften persönlichen Reibungswiderstände zu vermindern.

Mombach bei Mainz, 30. Oktober 1899. *Eduard David.*

\* \* \*

1. Eine wahrhaft verblüffende Einheitlichkeit in Betonung aller fundamentalen Forderungen des Sozialismus trat urwüchsig stark auf unserm letzten Parteitag hervor. Dem gegenüber hat das Doziren und Theoretisiren ad hoc wirklich nichts Beklemmendes, auch wenn es kein Ende nehmen sollte. Kommt es doch vom Isolirschemel. Man darf darüber getrost und frei nach I. Auer. sagen: L. S.! Lass schwatzen! —

2. Ein solcher Gegensatz ist überhaupt *nicht* vorhanden. — Inhaltliche, essentielle Unterschiede fehlten in Hannover vollständig; anzuerkennen sind hier nur scharf markirte Verschiedenartigkeiten formaler Art. Differenzen des Tons, des Tempos, des Temperaments u. s. w., u. s. w. haben mit tief innerlichen Kontrasten sozialpolitischer Natur eben absolut nichts zu thun. Auch ist da natürlich nichts „beizulegen“.

3. Die hannöversche Einwirkung sollte man nicht überschätzen. Um neue Wege, neue Ziele handelt es sich nicht. Alles marschirt weiter. Weiter zunächst nach der Richtung einer parteifördernden Bündnisspolitik, welche unsere Grundanschauungen nicht tangirt. — Was schliesslich noch die Genossenschaften anlangt, so wird ihnen Niemand in Theorie und Praxis die Ausübung naturgemässer Rechte bestreiten, wobei man voraussetzt, dass das Genossenschaftswesen darauf verzichtet, innerhalb einer neukonstruirten Davidischen Dreieinigkeit  $33\frac{1}{3} \frac{0}{0}$  als transzendenter Faktor auszumachen.

Berlin, 31. Oktober 1899. *Fritz Kunert.*

\* \* \*

Es erschiene mir zwecklos, die von Ihnen gestellten komplizirten Fragen mit ein paar Worten abthun zu wollen. Zu einer eingehenden Beantwortung fehlt mir aber die Zeit. Ich bitte Sie also, von meiner Antwort abzusehen.

Friedenau bei Berlin, 31. Oktober 1899. *Karl Kautsky.*

\* \* \*

1. Das bedeutsamste Ereigniss des Hannoverschen Tages ist die Annahme der Resolution Bebel mit überwältigender Mehrheit. Diese Resolution sichert die nothwendige Einheit der Partei und lässt doch den einzelnen Theilen auf Sondergebieten eine mehr und mehr als nothwendig empfundene Freiheit.

2. Das Wesen des Gegensatzes zwischen den sogenannten Opportunisten und den Radikalen ist so komplizirt, dass es sich schwerlich mit ein paar Worten definiren lässt. Man hat es als Ausfluss verschieden gearteten Temperaments zu bestimmen gesucht, worunter dann wohl auch die persönlichen Momente begriffen sein sollen, die in der

Frage mitspielen; darin steckt natürlich viel Richtiges, aber die Definition ist doch nicht erschöpfend, und noch andere Faktoren müssen zur Erklärung herangezogen werden. Bemerkenswerth darunter erscheint mir der Gegensatz zwischen den Wünschen nach Zentralisation auf der einen Seite und Dezentralisation der Taktik auf der anderen, zwischen Schematismus und Spezialismus. Beide Richtungen konnten nur solange Gegensätze sein, als die eine mit dem Nimbus offizieller Anerkennung umgeben war und die andere als Ketzerei angesehen werden durfte. In der Resolution Bebel scheint mir die Auflösung des Gegensatzes gegeben; ich halte also die Zwisstigkeiten auf taktischem Gebiete augenblicklich für beigelegt. Aber neue Verhältnisse können auf diesem Felde wieder Gegensätze schaffen.

3. Die Anerkennung der Bündnisspolitik wird der Frage der Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen einen neuen Anstoss geben; sie hat die Stellung der Betheiligungsfreunde ohne Zweifel erheblich gestärkt. Beim Genossenschaftswesen sprechen die lokalen Verhältnisse und Bedürfnisse das entscheidende Wort; ich glaube deshalb nicht, dass der Parteitagbeschluss zunächst mehr als theoretische Bedeutung hat.

Nürnberg, 31. Oktober 1899.

*Albert Südekum.*

\* \* \*

1. Der Hannoversche Parteitag hat die Thatsache festgestellt, dass der Gegensatz zwischen „Opportunisten“ und „Radikalen“ innerhalb unserer Partei nicht so gross ist, als bisher von unseren Gegnern und zum Theil auch von Parteigenossen angenommen wurde. Der theoretische Gegensatz zwischen Beiden ist ohne Zweifel ein sehr bedeutender. In Bezug auf unsere praktische Politik ist er bedeutend geringer. Eine Revision unseres Programms hat sich noch nicht als nöthig erwiesen. Die Bekämpfung der „Opportunisten“ in Militärfragen hat in der Hauptsache auf Missverständnissen beruht; insbesondere gilt das auch von der Bekämpfung Schippels. — Am „interessantesten“ war die Rede des Genossen Hofer; ein Agrarier zeigte, dass wir auch in Bezug auf die Agrarfragen auf dem richtigen Wege sind.

2. Die „Opportunisten“ wollen mehr „praktische“ Arbeit auf dem parlamentarischen Wege leisten, als bisher. Die „Radikalen“ sind der Meinung, dass wir uns noch mehr an das Volk selbst wenden müssen, um es aufzuklären und für uns und unsere Ideale zu gewinnen; sie meinen, die Verwendung grösserer Kräfte auf den parlamentarischen Kampf komme noch zurecht, und fürchten, jetzt sei sie geeignet, die Betonung unserer Prinzipien abzuschwächen und das Wesen unserer Partei in der Richtung nach den bürgerlichen Parteien hin zu verändern. Die „Opportunisten“ sind in Bezug auf die wissenschaftliche Lehre des Sozialismus skeptisch und halten sie für zum Theil überholt. Die „Radikalen“ halten sie noch nicht für widerlegt. — Dieser Gegensatz ist nicht beigelegt und wird sich weiter entwickeln. Er ist höchstens in dem Sinne beigelegt, dass das Zusammengehen beider Richtungen in praktischen Fragen wenigstens für die nächste Zukunft ausser Frage gestellt ist.

3. Die Prinzipiendebatte wird unsere Taktik vorläufig in bemerkenswerther Weise nicht beeinflussen, sie wird vielleicht nur die Weiterentwicklung unserer parlamentarischen Arbeit in den Landtagen und die Entwicklung der Bündnisspolitik verlangsamen. Später wird die Bündnisspolitik, so weit sich das voraussehen lässt, desto mehr und rascher um sich greifen. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens dürfte durch die Verhandlungen des Hannoverschen Parteitages weder gestört noch gefördert werden.

Beuthen, 31. Oktober 1899.

*August Winter.*

\* \* \*

1. Von einem „Ergebniss“ des Hannoverschen Parteitages möchte ich nur in sehr bedingtem Sinne sprechen, da man von Parteitagsergebnisse im engeren Wortsinne überhaupt nicht erwarten darf. Ein innerer Entwicklungsprozess, sei er auch nur in seinem letzten Stadium, vollzieht sich nicht auf einem Parteitag, sondern gelangt dort nur bis zu einem gewissen Grade zum Ausdruck.

Dass Bebels Resolution trotz aller Meinungsverschiedenheiten schliesslich fast einstimmig zur Annahme gelangte, somit die volle Einheit der Partei nach aussen zum Mindesten auf Jahre hinaus garantirt ist, ist meiner Ansicht nach — mit der obigen Einschränkung — das wichtigste Ergebniss, obschon dasselbe ja für die Angehörigen der Partei von vornherein ausser allem Zweifel stand.

2. Die „Opportunisten“ und „Radikalen“ setzen sich aus zu wenig homogenen Elementen zusammen, als dass sich das Wesen der Gegensätze mit ein paar Worten charakterisiren liesse. Ich beschränke mich deshalb auf einige knappe Andeutungen.

Zunächst halte ich die Zahl der Opportunisten noch für eine relativ geringe.

Ich halte es nämlich für grundfalsch, die Gewerkschaftspraktiker, wie Legien und von Elm, oder die Freunde der Konsumvereinsbewegung, z. B. Katzenstein, oder endlich die Befürworter einer Beteiligung an den Landtagswahlen ohne Weiteres als Opportunisten zu etikettiren. Speziell von Elm und Legien habe ich oft genug die schönsten und radikalsten Klassenkampfreden gehört. Und, um nur den Radikalsten zu nennen, auch Parvus ist ja warmer Fürsprecher der Beteiligung an den Landtagswahlen und Freund der Konsumgenossenschaften. Der Grad der Bewerthung der Gegenwartsarbeit macht noch lange nicht den Opportunisten oder Radikalen aus. Erst da, wo die Schätzung der Gegenwartsarbeit sich mit einer Ignorirung und Ironisirung des Endziels verbindet, beginnt für mich der Opportunismus. Man hat da so viel mit dem Temperament entschuldigt. Es giebt indess einen Punkt, wo die Quantität in die Qualität umschlägt, die Temperamentlosigkeit zum veritablen Opportunismus ausartet. Hier muss auf rechtzeitige Räumung der Grenzgräben geachtet werden. . . . . Den eigentlichen Opportunismus repräsentirten für mich eine Anzahl Akademiker, die von Mehring als die „wahren Marxisten“ satirisirt worden sind. Für sie ist der Sozialismus nicht mehr eine Weltanschauung, sondern eine bestimmte Form philologischer oder sozialpolitischer Bethätigung. Sie spielen Kant (ihren Kant) gegen Hegel und Wenckstern, Masaryk, Oppenheimer und Consorten gegen Marx und die Marxisten aus.

Möglich, dass diese Emeute nur ein Zeichen davon ist, dass unsere Studenten sich mehr für den Sozialismus zu interessiren beginnen — Engels führte bekanntlich Dührings Umwälzungsversuche darauf zurück. Wäre dies der Fall, so läge kein Grund zu irgend welcher Besorgniss vor. Allein die sich gewaltig ausdehnende Partei bedarf der Intelligenzen und verschafft dadurch unwillkürlich den Opportunisten einflussreiche politische Positionen. Die vom Opportunismus drohende Gefahr ist in unserer Aera der Weltmacht-politik und bei der Möglichkeit einer gewaltigen wirthschaftlichen Expansion nicht zu unterschätzen. Die Ideale des Sozialismus verblassen in manchem Kopf, und das Anpassungsbedürfniss — Schippels Stellung zur Schutzzollpolitik, die berüchtigte Kompensationspolitik! — gewinnt die Oberhand.

Auf diese innere Krise hat der Parteitag natürlich keinen Einfluss. Aber ich hoffe, dass sie im Sinne des „Radikalismus“ und der „Orthodoxie“ überwunden werden wird.

3. Auf die Prinzipien der Partei kann nach dem Vorhergesagten der Parteitag zu Hannover weiter keinen Einfluss ausüben. Auch in der Taktik wird Alles beim Alten bleiben, sientemalen der nächste Parteitag die Frage der Landtagswahlen noch einmal speziell behandeln wird. Er wird deshalb auch erst den Begriff und die Bedingungen der „Bündnisspolitik“ fortlegen können.

Unsere Stellung zum Genossenschaftswesen bleibt nach wie vor, wenigstens soweit die offiziellen Organisationen in Frage kommen, die einer wohlwollenden Passivität. Das persönliche Interesse der Genossen werden sich die Genossenschaften erst noch durch weitere glückliche Experimente gewinnen müssen.

Kiel, 1. November 1899.

*Heinrich Ströbel.*

\* \* \*

1. Das bedeutsamste Ergebniss des Parteitags ist ohne Zweifel dies: dass es keine Spaltung giebt, noch geben wird. Vielmehr ist eine Einigungsresolution angenommen worden, welche keiner der beiden Schulen ausschliesslich Recht giebt, wohl aber jeder von beiden ausreichenden Spielraum gewährt, um sich innerhalb des Rahmens einer nach aussen einigen Kampfpartei gemäss ihrer Eigenart zu bethätigen und zu entfalten.

Für mich persönlich war die weitaus erfreulichste Erscheinung im Laufe der Parteitagsdebatten die Rede des Genossen Eduard David. Es erfüllt mich mit hoher Genugthuung, dass der Bernsteinsche Standpunkt in Hannover eine so glänzende Vertretung gefunden hat. Einen ganz besonderen Werth erhalten Dr. Davids Ausführungen noch dadurch, dass er auch in der Agrarfrage, spezieller gesprochen in der Bauernfrage, so trefflich beschlagen ist. Liegt doch dem ganzen Streit als unterstes Fundament ein sozial-ökonomischer Gegensatz zwischen dem Nordosten und dem Südwesten Deutschlands zu Grunde: der tiefgehende Unterschied zwischen der sozialen Struktur der Junkerländer und der Bauernländer.

Eine ähnlich bedeutsame Leistung scheint mir (soweit ich nach den mir bisher bekannt gewordenen Berichten urtheilen kann) in der Rede des Genossen Dr. Wolfmann vorzuliegen.

2. Zunächst lehne ich die Bezeichnung der beiden Richtungen als „Opportunisten“ und „Radikale“ rundweg ab. Sie ist schief und irreführend. Will man sich mit einer Terminologie begnügen, welche eine Ideenrichtung nach dem Namen eines einzelnen, historisch damit verknüpften Denkers bezeichnet, dann sage man ruhig „Marxisten“ und „Bernsteinianer“; will man aber eine Bezeichnungsweise, die das Wesen der beiden Ideenrichtungen selbst charakterisirt, dann sage man „Fatalisten“ und „Possibilisten“. Die Einen glauben an einen schicksalsnothwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Welt — die Andern sehen ein Nebeneinander verschiedener Entwicklungsmöglichkeiten, von denen es die für uns günstigsten auszuwählen und durch planmässige Thätigkeit zu verstärken gilt. Die Fatalisten sagen: „Der Sozialismus muss kommen, also halten wir uns nicht mit Kleinigkeiten auf!“ Die Possibilisten sagen: „Noch ist der Ausgang ungewiss, wir können das Spiel auch verlieren — also können wir nicht thätig genug sein, nicht unermüdlich genug, nicht wachsam genug!“ Den Kern der ganzen Diskussion treffen die folgenden Sätze von Friedrich Hertz: „Er (Bernstein) leugnet, dass, wenn das Proletariat sich vollständig unthätig verhielte, eine sozialistische Bewegung völlig fehlen würde, doch ein Punkt erreicht werden muss, wo das kapitalistische System in sich selbst zusammenbrechen würde, wo nur mehr ein Ausweg sich offen zeigt: der Sozialismus, für den gleichzeitig schon alle Vorbedingungen in der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt sind. Er verlegt das Hauptgewicht in die politische und wirtschaftliche Aktion des Proletariats, also aus dem Bereich der blinden Naturkräfte in den Willen der Menschen.“ (Deutsche Worte, Juni 1899.)

Als beigelegt kann und muss der Gegensatz nunmehr in diesem Sinne gelten, dass festgestellt wurde, dass für beide Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie Raum ist. Was aber fortdauern wird und fortdauern soll, das ist der friedliche Wettbewerb der beiden Doktrinen um erweiterte Geltung. Und da mag es mir als überzeugtem Bernsteinianer allerdings vergönnt sein, die bestimmte Hoffnung auszusprechen, dass der possibilistischen Richtung die Zukunft gehört. Sie wird weder heute noch morgen mit einem Schlag zur Diktatur in der Partei gelangen; aber sie wird den Fatalismus schrittweise von innen heraus verdrängen und so die Aushöhlungstheorie des Genossen David aufs Eindringlichste illustriren.

3. Die Bündnisspolitik wird mit dem Tag von Hannover viel allgemeiner und unbedenklicher geübt werden, als bisher. Die betschwesterhaft zimperliche Scheu vor dem befeckenden Verkehr mit Sündern und Weltkindern dürfte bald genug der Vergangenheit angehören. Und mit Recht; denn die Sozialdemokratie ist nachgerade stark genug und reif genug, um inmitten der buntesten Augenblickskonstellationen ihr Selbst zu behaupten.

Was aber das Genossenschaftswesen anlangt, so hat sich Bebel durch Formulirung des hierauf bezüglichen Theiles seiner Resolution den besonderen Dank der Genossenschaftler unter den Sozialdemokraten verdient. Trotz ihrer kühl zurückhaltenden Fassung gewährt die Resolution den Genossenschaftlern das Wichtigste, was sie vorläufig von der Partei brauchen: die Partei geht ihnen aus der Sonne. Das genügt fürs Erste. Früher oder später aber, und hoffentlich recht bald, werden die Worte Woltmanns in vollem Umfang zur Wirklichkeit werden: „Wie es mit der gewerkschaftlichen Bewegung gegangen ist, wird es auch der genossenschaftlichen gehen: erst stand man ihr feindlich gegenüber, dann tolerirte man sie, jetzt ist man ihr sympathisch — man wird noch weiter gehen und sagen: sie ist nothwendig zur Befreiung der Arbeiterklasse.“

Zürich, 31. Oktober 1899.

Ladislau Gumpłowicz.

\* \* \*

1. Das bedeutsamste Ergebniss des Hannoverschen Parteitags scheint mir darin zu liegen, dass die in der Partei lange gepflegte Anschauung von einem irgendwie plötzlichen Zusammenbruch des Kapitalismus und demgemäss ebenso plötzlichen Siege des Sozialismus endgiltig begraben ist. Nach dieser Richtung ist Bernstein entschiedener Sieger geblieben, ich sage geblieben, um damit auszudrücken, dass er es insofern schon vorher war, als diese von ihm jetzt botonte Anschauung in der Partei längst zur fast allgemeinen Ueberzeugung geworden war.

Die interessanteste Aeusserrung nach dieser Richtung hat Auer gethan. Er war es überhaupt, der mit kräftiger Faust den Parteitag in die rechte Weiche geschoben hat, oder noch besser, der den Versuch, die Weiche umzuwerfen und den Zug auf einen anderen Strang zu bringen, als den er schon seit einer Reihe von Jahren befährt, mit der ihm eigenen Kraft zu verhindern verstanden hat. Seine diesbezüglichen beiden Aeusserrungen aber sind die folgenden:

„Erinnern Sie sich an Bebels Reden in Volksversammlungen und im Parlament, ist denn da das Wort Kladderatsch, Zusammenbruch nicht vorgekommen? Gewiss. Hat er denn nicht etwa in Privatunterhaltungen uns gegenüber und auch mir ungläubigem Thomas gegenüber den Termin, wann die Geschichte passirt, aufs Jahr genau festgestellt? (Heiterkeit.) Er leugnet es nicht, er kann es nicht leugnen, und hier im Saal und ausserhalb sind klassische Zeugen die Menge, wo wir, die ungläubigen Thomasse, darüber gesprochen haben, und er dann zu mir sagte, auf mich einredete: Ach, Du bist ja ein Philister, Du begreifst es ja nicht, Dir fehlt ja die revolutionäre Energie. (Grosse Heiterkeit.) Die Szenen sind so und so oft dagewesen: ich habe es nicht geglaubt, dass 1889 Alles zu Ende ist (Heiterkeit), und als 1889 prolongirt wurde bis in die Mitte der neunziger Jahre (Grosse Heiterkeit), habe ich es auch nicht geglaubt; und als dann Engels und Bebel den Schlusstermin auf 1898 festsetzten (Grosse Heiterkeit), auch da blieb ich der Zweifler und sagte: Abwarten! Wir haben abgewartet, und gestern und heute? Ich frug heute in aller Frühe: Du, Bebel, hat Dir Kautsky seine Zeugen schon geschickt? Es war natürlich ein schlechter Witz, aber in bürgerlichen Kreisen hätte es so kommen müssen. (Heiterkeit).“

Ferner:

„Wenn Kautsky behauptet, dass Alles, was ich Ihnen nach dieser Richtung erzählt habe, nicht wahr ist — nun dann, Parteigenossen, ich nehme von dieser Erklärung Akt, ich halte damit den Wechselbalg: Kladderatsch für erledigt, aber gelebt hat er. (Grosse Heiterkeit).“

2. Der Gegensatz zwischen den sogenannten Opportunisten und den sogenannten Radikalen ist in der geschichtlichen Entwicklung der Partei begründet. Die grössere Macht der Partei und die Steigerung ihrer Verantwortlichkeit hat den sogenannten Opportunismus geboren. Eine sozialistische Sekte kann sich mit dem radikalen Protest begnügen, der durch sein Wesen selber eine übertreibende Schärfe im Ausdruck sucht. Eine Millionpartei kann und darf sich nicht mit dem Protest mehr begnügen, sie muss für die Millionen, die ihr Vertrauen schenken, praktisch arbeiten, und sieht sich daher genöthigt, mehr an die unmittelbare Gegenwart anzuknüpfen. Beigelegt ist der Gegensatz noch nicht, aber so wie die Jungen von 1891 verschwunden sind, so werden es auch die Alten von 1899, bezw. die letzteren werden nicht verschwinden, aber sie werden umlernen, wofür Bebel schon heute das prächtigste Beispiel abgiebt, umlernen im Sinne der Erfordernisse des praktischen Kampfes, wodurch am Prinzip auch nicht das Geringste geändert wird.

3. Die Taktik wird im Sinne der Wahrnehmung aller irgend möglichen Erfolge ihren bisherigen Gang weiter nehmen. Bündnisspolitik erwarte ich nicht, die Partei wird sich stets ihre absolute Selbständigkeit wahren und nur von der Uneinigkeit der Gegner zu profitieren suchen. Wahrscheinlich ist, dass dabei die ängstliche Sorge davor, dass die Partei durch die Berührung mit den Gegnern Schaden leide, noch mehr schwindet.

Das Genossenschaftswesen wird freiere Bahn erhalten, und durch praktische Erfolge wird die Partei zu einer noch günstigeren Stellungnahme dem Genossenschaftswesen gegenüber gedrängt werden.

Dessau, 1. November 1899.

Heinrich Peus.

\* \* \*

1. Das bedeutsamste Ergebniss des Parteitages ist meines Erachtens die einstimmig erfolgte Annahme der Resolution Bebel. Die Berliner Delegirten stimmten bekanntlich aus nebensächlichen Gründen dagegen. Durch diese einstimmig erfolgte Annahme der Resolution Bebel hat die Partei eben gezeigt, dass sie das bleiben wolle, was sie so lange gewesen, eine revolutionäre Klassenkampfpartei, die sich gegen sämtliche übrigen Parteien und gegen sämtliche bürgerlichen und feudalen Einrichtungen im Staate im Kriege befindet.

Die Aeusserung Bebels: „Es bleibt also bei der Expropriation“ halte ich für um so wichtiger, als dieser Ausspruch den stürmischen Beifall des Parteitages entfesselte. Bebel hat mit den angeführten Worten unter der jubelnden Zustimmung des Parteitages seiner Resolution noch eine extra radikale Beleuchtung gegeben und dabei dem Parteitage Gelegenheit verschafft, durch den Beifallssturm erkennen zu geben, dass die deutsche Sozialdemokratie weder von der Aushöhlungstheorie noch von dem Verekungsexperiment etwas wissen wolle.

2. Glücklicherweise hat dieser Parteitag gezeigt, dass ein ausgesprochener Gegensatz zwischen den Opportunisten und alten Sozialdemokraten (Radikalen?) zur Zeit nicht besteht, aus dem einfachen Grunde, weil der Opportunismus noch nichts eigentlich Fleisch Gewordenes vorstellt. Wie wir in Hannover gesehen haben, war der Opportunismus noch nichts körperlich



Fassbares geworden. Der Opportunismus schwebt vorläufig noch gewissermaassen in Nebelwolken um die Partei; deswegen mögen, wie in Nebellandschaften, auch hier die einzelnen festen Punkte uns übertrieben vergrössert erschienen sein. Als der Parteitag darauf zuschritt, verschwand der opportunistische Nebel, und zurückblieb allein die Resolution Bebel. Wenn wir überhaupt von einem ausgesprochenen Gegensatz zwischen Opportunisten und alten Sozialdemokraten sprechen wollen, dann müssen wir uns den Opportunismus in seinen Konsequenzen vorstellen, d. h. da, wo er unser Endziel schon möglichst vollständig aus dem Auge verloren hat, da, wo ihm die Tageserrungenschaften, was wir gemeinhin Wegzehrung nennen, zum eigentlichen Ziel und Zweck geworden sind. In diesem Falle kann man meines Erachtens aber nicht mehr von Opportunismus in der Sozialdemokratie sprechen. Die Anhänger dieses Opportunismus würden sich im besten Falle höchstens als Sozialpolitiker bezeichnen können. Im Allgemeinen kann man aus den Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern von Bernstein, Opportunisten und alten Sozialdemokraten in Hannover wohl mit Recht folgern, dass ausgesprochene Gegensätze in den Anschauungen noch nicht bestehen. Wenn ich versuche, mir den eigentlichen Kern der durch Bernstein und seine Anhänger in Hannover heraufbeschworenen Meinungsverschiedenheiten zu vergegenwärtigen, so drängt sich mir unwillkürlich ein Vergleich auf: Eine Anzahl Wanderer strebt einem Ziele zu. Sie sind im besten Vorwärtsschreiten begriffen. Plötzlich legt ein Wandergenosse bedächtig den Finger an die Nase und spricht die grosse Weisheit aus: „Ja, um unser Ziel zu erreichen, müssen wir doch Schritte machen“. Natürlich, diese Schritte macht die Sozialdemokratie schon lange, so was thut man selbstverständlich, aber man braucht das doch nicht extra zu sagen. Ein prinzipieller Gegensatz ist meines Erachtens auf dem Parteitage aber doch zu Tage getreten und zwar durch einen Genossen, der seinen Meister darin wohl noch etwas übertrumpft hat. Während Bernstein den Thatsachen in den Agrarverhältnissen gewissermaassen nur gewissenhaft ins Gesicht leuchtet, ruft dieser Genosse gleich: Hosiannah dem Kleinbetrieb! Wenn die Sozialdemokratie diesen Anschauungen Rechnung tragen wollte, dann müsste sie allerdings sehr viel Wasser in ihren Wein schütten, und die Bodenreformer würden sich eines überlegenen Lächelns nicht erwehren können. Nun zum Schluss der zweiten Frage. Alle diese Streitfragen sind sicherlich nicht für immer begraben, werden theilweise vielleicht in verstärktem Maasse wieder auftreten; namentlich, je nachdem sich die Ueberläufer aus benachbarten bürgerlichen Parteien mehrnen, und je nachdem diese Ueberläufer noch hin und her mit den Eierschalen aus ihrem früheren Neste behaftet sind. Uebrigens, in jeder grösseren Partei wird es immer einen linken, einen rechten Flügel und eine Mitte geben. Das bringt das Temperament, das bringen die Lebensverhältnisse des Einzelnen mit sich. Im ungesunden Zustande befindet sich eine Partei erst dann, wenn die Flügel im Verhältniss zur Mitte mehr als nur eine Ausstrahlung bedeuten. Kleine Gefechte, die von den linken und rechten Seitenposten auf die Mitte eröffnet werden, dienen in der Hauptsache vielleicht gerade dazu, die Partei zu veranlassen, um so sicherer an ihrer altbewährten Marschroute festzuhalten.

3. Es ist kaum anzunehmen, dass infolge der Erörterungen in Hannover die Taktik der Partei eine wesentlich andere werden wird. Wäre es auch nicht bedenklich, wenn die Führer einer Armee, so lange sie mit der alten Taktik noch von Sieg zu Sieg schreiten, ohne zwingende Gründe nach neuen und unerprobten Kampfmethoden suchen würden? Und das zu einer Zeit, in der der Feind mit aller Macht sammt und zu grossem Schlage ausholen will? Waren es nicht wunderbarerweise gerade Diejenigen, die in Hannover mit Stolz erklärten, zur neuen Richtung zu gehören, die in Stuttgart geäussert hatten, mit dem Ausfall der letzten Reichstagswahl voll und ganz zufrieden zu sein! Um einen Beinbruch riskiren zu dürfen, geht es uns wohl noch nicht gut genug. Was die Bündnisspolitik anbetrifft, so werden die Genossen, nachdem der Parteitag dieselbe gewissermaassen sanktionirt hat, vielleicht bald finden, dass diese Frucht garnicht so süss schmecke, als es vorher der Fall war. Jedenfalls droht eine Bündnisspolitik in Gegenden mit noch wenig aufgeklärter Bevölkerung unsere gerade anfangs so mühselige Arbeit zu Schanden zu machen. Was das Genossenschaftswesen anlangt, so bin ich der Ueberzeugung, dass die neuerliche Stellungnahme des Parteitages nicht gleich wie ein warmer Regen wirken wird und die Genossenschaften nun wie Pilze aus der Erde wachsen. Und gesetzt den Fall, die Genossenschaften würden sich in nächster Zeit soweit entwickeln, dass dieselben der herrschenden Klasse auch nur ein wenig an den Lebensnerv gingen, so können wir sicher sein, dass die Regierung im Auftrage ihrer Arbeitgeber Sorge tragen wird, diese Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Vide Sachsen!

Gr. Skaisgirren, 1. November 1899.

Adolf Hofer.

1. Ein bedeutsames Ergebniss hat meiner Ansicht nach der Hannoversche Parteitag überhaupt nicht zu Tage gefördert. Man könnte vielleicht in der Annahme der Bebel'schen Resolution ein solches erblicken. Doch ist das nur scheinbar. Die herrschenden Meinungsverschiedenheiten sind keineswegs geklärt worden, sondern bestehen nach wie vor. — Die Aeusserungen der Genossen David und von Elm haben mein Interesse am meisten in Anspruch genommen.

2. Das Wesen des Gegensatzes zwischen den Radikalen und den Opportunisten besteht im Folgenden. Bei den Radikalen herrscht meistens das „gute Herz“ vor, bei den Opportunisten der „Verstand“, d. h. die nüchterne, kalte Ueberlegung. Die Radikalen malen sich infolge unserer heutigen elendlichen Zustände eine schönere Gesellschaft vor, und der Wunsch, diese besseren Zustände möglichst schnell zu erreichen, trübt ihren Blick. Sie „wissen“ nicht, sondern sie „glauben“. Die Opportunisten dagegen lassen sich nicht von schönen Wünschen die Gedanken vorschreiben, sondern sie betrachten unbefangene die gegenwärtigen Verhältnisse, die Beschaffenheit der Arbeiterklasse, den Fortschritt der Menschheit etc. und richten dementsprechend ihre Taktik ein.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden Richtungen ist nicht beigelegt worden. Das kann bei dem heutigen Stärkeverhältniss derselben so schnell auch garnicht geschehen, am allerwenigsten durch Resolutionen auf Parteitag. Die Klärung wird nur das Werk von Jahren sein.

3. Das Ergebniss der Debatte über die Prinzipien der Partei wird gleichfalls momentan keine grössere Einwirkung auf die Taktik ausüben. Die Radikalen werden vorläufig die Bündnisspolitik und das Genossenschaftswesen weiter bekämpfen, da aber den Vertretern der Bündnisspolitik und des Genossenschaftswesens durch die bezüglichen Beschlüsse ein günstigeres Operationsfeld geboten ist, so werden sie unzweifelhaft im Laufe der Zeiten die grosse Mehrheit der Genossen von der Richtigkeit ihres Standpunktes überzeugen. Es wird also ohne Zweifel zukünftig, wenn auch nicht sofort, die Bündnisspolitik und das Genossenschaftswesen eine grössere Anerkennung in dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse finden, als bisher. Diese Dinge würden also schliesslich als das hauptsächlichste Ergebniss des Hannoverschen Parteitages zu betrachten sein.

Berlin, 3. November 1899.

*Bruno Poersch.*

1. Als das bedeutsamste Ergebniss des Parteitags erachte ich die durch die bekannte Resolution vollzogene Ueberbrückung des Gegensatzes zwischen dem revolutionären Kern der Partei und den verschiedentlichen bürgerlichen, politisch streberischen Elementen, die sich — zum Theil, nicht alle — in den letzten Jahren eingeschlichen haben. Ob die betreffende Resolution genügen wird, um die Versöhnung dauerhaft zu machen, bleibt abzuwarten, obwohl ich es bezweifle. — Soweit ich die Reden verfolgt habe, scheint mir diejenige von Bebel vom Parteistandpunkte aus die grösste Tragweite zu haben. Näher kann ich die unter 1 gestellte zweite Frage nicht beantworten.

2. Das Wesen des Gegensatzes zwischen Opportunisten und Radikalen finde ich mit einem Wort darin, dass die Opportunisten ihren Glauben an das Endziel der Partei und mithin ihr Interesse an demselben völlig eingebüsst haben, während die Radikalen an den eigentlichen Parteiprinzipien festhalten. Dazu sei bemerkt, dass die sogenannten Opportunisten, namentlich ihre Koryphäe Bernstein, hier in England kaum für mehr als Liberale oder gemässigte Radikale gelten würden. Ich kenne persönlich viele Radikale, die in ihren Ansichten bedeutend weiter gehen, als Bernstein selbst und seine offenen oder verkappten Freunde innerhalb der Partei. Der Gegensatz wird meiner Ansicht nach nur beigelegt werden, wenn diese Elemente aus der Partei ausscheiden.

3. Wie ich glaube, wird die Prinzipien-Debatte die Wirkung haben, dass sie den werthvolleren Elementen der Partei einen Ruck nach links giebt. Die politisch-streberischen Elemente und die Mässigkeitsapostel überhaupt werden voraussichtlich mit noch grösserer Energie ans Werk gehen, den revolutionären Charakter der Partei zu untergraben. Was für einen Einfluss die betreffende Debatte auf die Taktik der Partei haben dürfte, ist schwer zu sagen. Die bedingte Anerkennung der Bündnisspolitik und des Genossenschaftswesens könnte, wie mir scheint, je nach den Umständen entweder nur eine geringe Aenderung in der Parteitaktik herbeiführen oder auch eine sehr nachhaltige Wirkung ausüben — das hängt eben durchaus von theilweise ausserhalb der Partei befindlichen Faktoren ab.

London, 2. November 1899.

*E. Belfort Bax.*

1. Das bedeutsamste Ergebniss des Hannoverschen Parteitages liegt meines Erachtens einerseits in dem vor aller Welt geführten Beweis, dass die sozialdemokratische Partei sich nicht zum Zerrbild der katholischen Papstkirche erniedrigen lässt und es verschmäht hat, Scheiterhaufen für die „Ketzler“ Bernstein und Schippel aufklammen zu lassen. Freies Forschen und Reden finden immer noch das beste Obdach in der Sozialdemokratie — das hat die diesjährige Tagung glänzend dargethan. Der Idealismus, welcher im Kampf für das hohe Endziel die Sklavenketten des Dogmas von sich fortschleudern muss, braucht innerhalb der sozialdemokratischen Partei die Flügel nicht lahm am Boden zu schleppen — das wurde von Neuem offenbar, indem dieselbe sich nicht dazu missbrauchen liess, Bernstein und Schippel zum Tempel herauszuwerfen!

Und im Zusammenhang damit steht andererseits die offene, nur mittels jesuitischer Rabulistik anders zu deutende Erklärung der Partei, dass sie die positive Arbeit innerhalb der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht nur nicht als einen Verrath ansieht, sondern als eine Nothwendigkeit zur Erreichung der Sozialisirung erachtet. Daraus ergab sich zwingend die geschehene Anerkennung der Bündnisspolitik nicht blos für die Erringung positiver Vortheile und Fortschritte, sondern auch für die Bekämpfung von Bestrebungen, welche der modernen Arbeiterbewegung schädlich sind. Kurz: Aufrechterhaltung der Forschungsfreiheit und das Bekenntniss zu einer reformerischen Realpolitik ohne Verschleierung des Endziels sind meiner bescheidenen Meinung nach die bedeutsamsten Ergebnisse unseres Parteitags von 1899. . . . .

2. Der dritte Absatz der zur Annahme gelangten Bebeischen Resolution ist für mich eine hinreichende Charakterisirung des Wesens der sogenannten Opportunisten. Eine ausgesprochene Klarheit der sogenannten Radikalen über ihr eigenes Willen in der Gegenwart habe ich bisher nicht zu entdecken vermocht.

Ich glaube, dass für die meisten von ihnen das Beiwort revolutionär eine Art Fetisch, ein Paradestück ist, dem sie sich nur mit mehr oder minder kraftgeschwellenen Schlagworten nähern, ohne sich nüchtern klar zu werden, welche Pflichten der Besitz des Namens revolutionär auferlegt. Selbstredend ist die Sozialdemokratie revolutionär, indem sie die Umwandlung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung anstrebt, also gegen die bestehende gerichtet ist. Aber die rohe körperliche Gewalt hat hier nichts zu suchen, wir wollen keine Trümmer von Vandalenhänden, wir denken nicht an den verwegenen Sprung in den Zukunftsstaat — sondern das detaillierte Parteiprogramm zeigt deutlich genug, dass für die Sozialdemokratie der Weg schrittweise aus der Gegenwart in die Zukunft führt. Und aus dieser selbstverständlichen Erkenntniss heraus muss man, so meine ich, folgerichtig zu der Freiheit der Taktik kommen, welche die Resolution Bebel gewährleistet. Die „Radikalen“, die diese zwingende Logik nicht zu der ihrigen machen wollten, tragen die Schuld daran, dass man als „Opportunismus“ scheiden musste, was nur das dem klaren Denken und den wirklichen Thatsachen entsprechende Handeln ist. . . . .

Indem nun die fragliche Resolution eine so gewaltige Mehrheit auf sich vereinigte, müsste man annehmen, dass die meisten der „Radikalen“ eingesehen haben, zur Freiheit könne man nicht durch Kerkerzellen gelangen, in deren Stickluft die Frage der Taktik eingefangen werde. Eine sichere Prophezeiung für die Zukunft aber wage ich natürlich nicht auszusprechen.

3. Nach meiner Ansicht ist nunmehr von der Bündnisspolitik unter Prüfung von Fall zu Fall Gebrauch zu machen. Ich denke vor Allem an die preussischen Landtagswahlen und einen eventuellen Kompromiss mit den — sonst ja durchaus zu bekämpfenden — Freisinnigen nach möglichst genauer, mittels der Statistik zutreffender Feststellung, ob wir auf solche Weise der Reaktion wirklich in die Zügel fallen können. Und ich hoffe, dass man Ernst mit dieser Aufgabe machen wird. Ebenso wird jetzt, glaube ich, der doktrinaire Widerstand gegen das Genossenschaftswesen in der Rumpelkammer verschwunden sein. Die Resolution Bebel erklärt in ihrem vierten Absatz die Wirthschaftsgenossenschaften — unter der Voraussetzung des Vorhandenseins der nöthigen Vorbedingungen — als geeignet zur wirthschaftlichen Verbesserung und zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten. Mehr haben Diejenigen, welche, auf dem Boden der Sozialdemokratie stehend, an Genossenschaftsgründungen herangehen, nie verlangt; sie haben sich nie verhehlt, dass es überhaupt kein allein-seligmachendes Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse giebt und die Genossenschaft nur eines der vielen Hilfswerke ist. Indem nun die Partei als solche ihre Neutralität gegen-

über der Schaffung von Wirthschaftsgenossenschaften erklärt und das vorerwähnte Anerkenntniss abgegeben hat, kann man erwarten, dass muthiger und energischer die die Gründung von Konsumvereinen in Angriff genommen werden wird!

Berlin, 3. November 1899.

Victor Fraenkl.

Ich bin an den Debatten des Hannoverschen Parteitages zu sehr persönlich betheilig, als dass es mir im gegenwärtigen Moment anstände, mich zur ersten der von Ihnen aufgeworfenen Fragen zu äussern.

Die zweite Frage scheint mir falsch gestellt. Es handelt sich weniger um einen Gegensatz zwischen Personen, als um den Gegensatz zweier Anschauungsweisen, der in verschiedenen Formen und bei verschiedenartigen Gruppierung der Bekenner sich durch die ganze Geschichte der Partei zieht und meines Erachtens vielleicht als gemildert, aber keineswegs als beigelegt betrachtet werden kann.

Das Ergebniss der Debatten über die Prinzipien für die Praxis der Partei in Bezug auf politische Bündnisse und die Stellung zum Genossenschaftswesen wird wahrscheinlich darin bestehen, dass man in jedem konkreten Falle immer stärker die sachlichen Voraussetzungen untersuchen und nach ihnen, anstatt nach abstrakten Formeln, entscheiden wird.

In dieser Beziehung wird es mir erlaubt sein, einige Erinnerungen aufzufrischen.

I. Vor jetzt gut sechs Jahren habe ich in der Neuen Zeit den Vorschlag gemacht, die Frage der bis dahin von der Partei bei den Landtagswahlen in Preussen beobachteten Taktik und damit die Frage der Zulässigkeit von Wahlkompromissen einer Revision zu unterziehen. Als dieser Vorschlag, der in anderer Form schon früher von Frohme und Hasenclever gemacht worden war, fast einstimmig, entschiedenem Widerspruch begegnete, schrieb ich in der Neuen Zeit, gut Ding brauche Weile; in fünf Jahren werde die Partei, wenn nicht inzwischen die Verhältnisse sich gründlich geändert, die Frage von Neuem zu prüfen haben. „Vielleicht wird dann ein besserer Weg, als der meine, gefunden, vielleicht aber mag auch dem Anarchisten, der mich der Partei die Laterne in den „Kompromissstall“ vorantragen lässt, die Genugthuung werden, ausrufen zu dürfen: o mein prophetisches Gemüth!“ Nicht darauf kommt es an, wie eine Sache heisst oder aussieht, sondern wie sie wirkt. (Neue Zeit, 1893—94, I. Band, pag. 80.) Der Kongress von Hannover hat zur Frage der Wahlbündnisse mit grosser Mehrheit in diesem Sinne Stellung genommen.

II. Im gleichen Jahre — 1893 — habe ich in der Neuen Zeit Gelegenheit genommen, bei der Besprechung des grossen englischen Kohlenarbeiter-Ausstandes auf den Rückhalt zu verweisen, den die Arbeiter bei solchen Kämpfen an ihren Konsumvereinen haben können (a. a. O. pag. 271). Und als in den folgenden Jahren mehrfach in Deutschland Regungen, Arbeiter-Konsumvereine ins Leben zu rufen, doktrinärem Opposition begegneten, habe ich — im November 1895 — in der Neuen Zeit dargelegt, dass diese Bewegung, weit entfernt, einen Rückfall in alte Irrthümer darzustellen, eher als ein Abstreifen alter Irrthümer zu bezeichnen sei, und dass nur politisch-opportunistische Gründe (Rücksichten auf Polizeiverfolgung) dagegen sprächen, die Arbeiter von Partei wegen zur Gründung von Konsumgenossenschaften zu ermuntern. „Ich selbst halte“ — schrieb ich — „auf die Gefahr hin, manchesterlicher Neigungen bezichtigt zu werden, die wirthschaftliche Selbstbethätigung der Arbeiter neben der politischen für eine so eminent wünschenswerthe Sache, dass ich nur zu froh wäre, wenn ich die Frage im ersteren — positiven — Sinne beantworten könnte.“ (Neue Zeit, 1895—96, I. Band, pag. 234.) Der Kongress von Hannover hat die Frage in wesentlich positivem Sinne beantwortet.

III. Vor mehr als acht Jahren — 1891 — schrieb ich in der Neuen Zeit: „Die Sozialdemokratie als kämpfende Partei hat bestimmte Ziele und Forderungen, für die sie eintritt, diese sind in ihrem Programm, dessen Anerkennung die Zugehörigkeit zur Partei bedingt, niedergelegt. Aber sie hat keine bindenden Dogmen, die sich auf die theoretische Grundlage ihres Programms beziehen. Natürlich existirt eine solche, es ist grade der Stolz und der berechtigte Stolz der Sozialdemokratie, dass ihr Programm . . . der praktische Ausdruck einer wissenschaftlich begründeten Auffassung von Staat und Gesellschaft ist. Aber grade der wissenschaftliche Charakter dieser Auffassung verbietet ihre Proklamirung zu einem Parteidogma . . . Das Programm ist jeweilig als Richtschnur für die politische Action bindend, die Theorie, auch wenn sie von der übergrossen Mehrheit der Partei in einem gegebenen Moment anerkannt ist, untersteht beständig der Kritik, der freien Diskussion.“ (Neue Zeit, 1890—91, 2. Band, pag. 557.)

Den gleichen Standpunkt habe ich mit Energie verfochten, als in der litterarischen Polemik über meine bekannte Schrift die Frage der Unterschrift einiger theoretischer Sätze des Erfurter Programms den Charakter einer Gesinnungsfrage anzunehmen drohte. Auf dem Kongress von Hannover ist davon Abstand genommen worden, dem Programm in andern Sinne, als dem vorentwickelten, bindenden Charakter beizulegen.

London, 2. November 1899.

*Eduard Bernstein.*

Durch eine Krankheit, die mir keine Arbeit gestattet, bin ich leider daran gehindert, mich an Ihrer mich so lebhaft interessirenden Umfrage zu beteiligen. Ich wünsche von Herzen, dass das Ergebniss der so wichtigen Debatten des Parteitags und der darin zum Ausdruck gekommenen Anschauungen nur eine noch innigere Einigung aller um den endgiltigen Sieg kämpfenden sozialistischen Kräfte sein möge.

Paris, 3. November 1899.

*Peter Lawrow.*

Zunächst möchte ich bemerken, dass ich für meine Person nicht anerkennen kann, dass „der Parteitag in Hannover seit dem Erfurter ohne Zweifel der bedeutsamste aller Parteitage der deutschen Sozialdemokratie“ gewesen sei. Ich meine, dass die Partei sich im letzten Jahrzehnt in gerader Linie ohne sonderliche Rucke gleichmässig vorwärts bewegt hat und zwar unter dem Einfluss der Thatsache, „dass unsere Partei ein mächtiger Faktor im Reich geworden ist, der sie früher nicht war . . . dass wir die Möglichkeit eines unmittelbaren Einflusses haben, dass wir die Leitung nicht mehr bloss eines verhältnissmässig kleinen Bruchtheils der Bevölkerung, sondern Millionen der Bevölkerung haben und für diese Leitung verantwortlich sind . . .“ (von Vollmar in Erfurt.) Der Parteitag von Hannover wird deshalb für so bedeutungsvoll gehalten, weil die Diskussion in der sogenannten Bernsteindebatte mit Recht neben die Diskussion in der „Vollmardebatte“ von Erfurt gestellt wird; aber man scheint dabei zu vergessen, dass Bebel in Erfurt erklärte: „Die Rede, die Vollmar am Samstag gehalten, hat hier in diesem Kreise mehr Beifall gefunden, als ich erwartete; das sage ich ganz offen. Ich nehme von den betreffenden Parteigenossen, die hier die Partei vertreten, an, dass sie wissen, um was es sich handelt, dass sie nicht der schönen Form von Vollmars Rede wegen . . . Beifall zollen, sondern des Inhalts der Rede wegen, und deshalb wünsche ich, dass konstatiert wird, wie gross die Zahl Derjenigen ist, die mit der Vollmarschen Auffassung in Bezug auf die Taktik der Partei übereinstimmen.“ Jene zahlenmässige Probe, die bei der Abstimmung über einen gegen von Vollmar gerichteten Zusatzantrag zur Resolution Bebel stattfinden sollte, unterblieb, da dieser Zusatzantrag zurückgezogen wurde. Wie damals die Resolution Bebel einstimmig angenommen und damit bekundet wurde, dass für die verschiedenen „Temperaturen“ innerhalb der Partei Raum sei, so hat die nahezu einmüthige Annahme der Resolution Bebel in Hannover dasselbe bestätigt — weiter nichts.

Bestehen Sie auf einer strikten Beantwortung Ihrer Fragen, so kann ich in dem angeführten Sinne auf 1a antworten: Die fast einmüthige Annahme der Resolution Bebel, die übrigens wohl auch ohne ein sechstündiges Referat hätte erzielt werden können. Zu 1b: Die interessanteste Aeusserung war mir die Feststellung, dass es für die Behandlung des Punktes 7 der Tagesordnung: Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstag, an Zeit mangle!!!

Zu 2a: In einem Aufsatz über die Umwandlung und Anpassung im naturwissenschaftlichen Denken sagt der Physiker Mach: „Zu grosse Nachgiebigkeit gegen jede neue Thatsache lässt gar keine feste Denkgewohnheit aufkommen. Zu starre Denkgewohnheiten werden der freien Beobachtung hinderlich. Im Kampfe, im Kompromiss des Urtheiles mit dem Vorurtheile, wenn man so sagen darf, wächst unsere Einsicht.“ Einen sachlichen Gegensatz vermag ich bei unseren Theoretikern nicht zu entdecken. Unter den wirklich einsichtigen politischen Führern bedingt gewiss nur das Temperament den Unterschied zwischen den „Radikalen“ und den „Opportunisten“, wobei ich freilich nicht sicher bin, ob die Rrrradikalen meine „einsichtigen Radikalen“ anerkennen. Zu 2b habe ich natürlich keine Antwort.

Zu 3a und 3b: Von einer spezifischen Einwirkung auf die Taktik der Partei kann meines Erachtens nicht die Rede sein; möglich ist, dass die Politiker, die sich für die Landtagswahlen (und Aehnliches) interessiren, in Zukunft gewisse elementare Dinge nicht mehr zu erörtern brauchen, da sie auf die Resolution verweisen können. Aehnliches gilt für die Freunde des Genossenschaftswesens, die übrigens nie mehr von der Partei verlangen sollten, als wohlwollende Neutralität.

Berlin, 5. November 1899.

*Leo Arons.*

1. Die bedeutsamste Thatsache des Hannoverschen Parteitages scheint mir zu sein, dass die Parteigenossen durch die revidirte Resolution Bebel nicht an die Worte des Erfurter Programms, sondern ganz allgemein an die sozialdemokratischen Grundanschauungen festgebunden wurden. Zu den Grundanschauungen der Sozialdemokratie gehört aber, wenn man die beinahe vierzigjährige Entwicklungsgeschichte dieser Partei ins Auge fasst, nicht die ökonomische Zusammenbruchstheorie. Diese Theorie hat erst seit dem Erfurter Parteitag Eingang in das sozialdemokratische Programm gefunden. Der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, stand nicht auf dem Boden der ökonomischen Zusammenbruchstheorie. Nur die Anschauungen, die seit der Entstehung der Sozialdemokratie von allen hervorragenden Denkern und Kämpfern vertreten wurden, sind als wirkliche sozialdemokratische Grundanschauungen zu betrachten. Und das sind folgende Grundanschauungen: das Kapitaleigenthum ist auf Aneignung fremder Arbeit basirt, die Lohnarbeit ist eine Form wirthschaftlicher Knechtschaft, diese Knechtschaft kann nur durch eine neue, auf dem Gemeineigenthum beruhende Wirthschaftsordnung überwunden werden; bei der Verwirklichung dieser, durch die Klassenlage der Arbeiter selbst gebotenen eigenartigen Wirthschaftsordnung ist die Arbeiterschaft vor Allem auf die Macht ihrer eigenen Klasse angewiesen, sie muss daher die Macht dieser Klasse zu einer gewaltigen politischen Partei zusammenfassen, die Kraft der politisch-organisirten Partei kann sich aber nur in einer freiheitlich demokratischen Staatsverfassung entfalten, und daher hat die Politik der Arbeiterschaft planmässig auf eine Demokratisirung des Staates und der Verwaltung loszusteuern.

2. Der Gegensatz zwischen den sogenannten Opportunisten und den sogenannten Radikalen lässt sich in letzter Hinsicht auf die Anschauungen zurückführen, die sich beide Richtungen von dem Gang der ökonomischen und sozialen Entwicklung gemacht haben. Die Radikalen nehmen eine wachsende Verschärfung der Gegensätze unseres ökonomischen und politischen Systems an. Die Wirthschaft und der Staat erhalten ein immer einseitigeres kapitalistisches Gepräge. Kapitalismus und Sozialismus scheiden sich wie Wasser und Feuer. Die ökonomischen und politischen Machtmittel der Arbeiterklasse erweisen sich als völlig ohnmächtig zu einer grundstürzenden Reform der kapitalistischen Institutionen im sozialistischen Sinne. Die Opportunisten halten dank den wachsenden politischen und ökonomischen Machtmitteln der Arbeiterklasse eine schrittweise Sozialisirung des heutigen wirthschaftlichen und staatlichen Systems für möglich. Der Gegensatz zwischen den Radikalen und Opportunisten ist durch den Parteitag zu Hannover keineswegs überbrückt worden. Eine Ueberbrückung kann erst dann bewerkstelligt werden, wenn sich beide Richtungen über die Wege und Mittel zur sozialistischen Gesellschaftsordnung verständigt haben werden. Zu dieser Verständigung führen aber tiefgehende, streng wissenschaftliche Untersuchungen über die Entwicklungsgeschichte und die Entwicklungstendenzen der ökonomischen und politischen Institutionen der verschiedenen Nationen. An die Stelle allgemeiner Entwicklungsformeln über die Umbildungsprozesse der Produktions-, Eigenthums- und Staatseinrichtungen hat eine exakte Beschreibung der Typen dieser Prozesse zu treten.

3. Die Debatte über die Prinzipien wird die Taktik der Partei unberührt lassen. Ganze Gruppen der Parteigenossen werden marxistisch fortdenken, aber bersteinisch handeln. Das wird so lange fortdauern, bis einmal die soziale Praxis die soziale Theorie in wesentlichen Punkten erschüttern wird. Die Praxis stösst die Parteigenossen im wachsenden Masse auf die Aufgaben der Gegenwart. Sie muss mit dem Bestehenden rechnen, um das Bestehende im sozialistischen Sinne umzuwälzen. Alle Gegenwartsprobleme sind sehr verzwickter, zusammengesetzter Art. Die Gegenwartsfragen stellen sich vielfach als keine einseitig proletarischen Klassenfragen dar. An der Lösung der Wohnungsfrage sind in gleicher Weise Kleinbürger wie Proletariat häufig interessirt. Das Gleiche gilt für zahlreiche politische Fragen (Militarismus). Bei der Lösung vieler Fragen versagt der bekannte Schlachtruf, der früher bei allen gebotenen und nicht gebotenen Gelegenheiten angewendet wurde: Gegenüber der Sozialdemokratie sind im Kampf um die Befreiung der Arbeit alle anderen Gesellschaftsklassen nur eine reaktionäre Masse. Aus der tiefen Erkenntniss der Unbrauchbarkeit eines derartigen Schlachtrufes für die Lösung gegenwärtiger politischer und wirthschaftlicher Aufgaben wurde in Hannover eine verständige Bündnisspolitik herausgeboren. Die Bündnisspolitik ist ein wirkliches Ereigniss für die Taktik der sozialdemokratischen Partei. Der Beschluss über die Genossenschaften hat das Verdienstliche, dass Mancher in den Ideengängen von Lassalle festgerannte Sozialdemokrat von nun an nicht mehr die Gründung von Genossenschaften für einen leibhaftigen Prinzipienverrath betrachtet wird. Die Resolution Bebel trifft ins Schwarze, wenn sie die Gründung von Genossen-

schaften für keine sozialdemokratische Parteisache erklärt. An dem Ausbau der Genossenschaften werden eben auch andere Elemente mitzuarbeiten haben, als sozialistisch-proletarische. Im Interesse der proletarisch-sozialistischen Bewegung ist eine Arbeitsteilung dringend geboten. Die politische sozialdemokratische Partei betreibt die Propaganda für das sozialistische Endziel, sie organisiert eine grosse Massenbewegung für die Verwirklichung der Demokratie im Staat und in der Gemeinde, sie entreisst die grosskapitalistischen Betriebe, die sich für die Verstaatlichung eignen, dem Privatunternehmerthum, sie greift durch Staatsgesetze in die Sphäre des kapitalistischen Monopolismus ein und wandelt die Machtmittel der herrschenden Klassen in sozialistische um. Das ist eine beinahe schon zu umfassende Aufgabe für die politische sozialdemokratische Partei. Sie kann daher nicht nebenbei noch die völlig eigenartigen organisatorisch-ökonomischen Fragen der Genossenschaften und Gewerkschaften lösen.

Cronberg im Taunus, 5. November 1899.

Paul Kaupffueyer.

Es ist nicht leicht, Ihre Fragen kurz zu beantworten. Ich will es gleichwohl versuchen, da Zeitmangel mich leider daran hindert, so ausführlich zu antworten, wie ich es gewünscht hätte.

Ich beginne mit Ihrer zweiten Frage.

„Es bleibt bei der Expropriation!“ sagte Bebel. — Die Tarifgemeinschaft wäre ein Stück Sozialismus, meinte David. In diesen zwei Formeln scheint mir der Kern oder doch eine der wichtigsten Seiten des „Gegensatzes zwischen den sogenannten Opportunisten und den sogenannten Radikalen“ zum Ausdruck gekommen zu sein. Wenn auch der linke Flügel der Partei, der Entwicklungslehre getreu, keineswegs die Verwirklichung des Sozialismus sich als einen plötzlichen, unvermittelten Sprung vorstellt, so verfällt er doch nicht in die hyperwissenschaftliche und daher unwissenschaftliche Ansicht, die jeden generischen, qualitativen Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus auslöscht und des weiteren die Möglichkeit von Katastrophen schlankweg aus der Geschichte ausmerzt.

Letzteres thun die „Opportunisten“, und das ist meines Erachtens der theoretische Urgrund ihrer Anschauungen. Daraus ergeben sich vor Allem der qualitativ eigenartige Werth, den sie der „praktischen Arbeit“ beimessen, und die Betonung der „milderen Formen“ des Klassenkampfes. Denn quantitativ, unter dem Gesichtspunkt der darauf zu verwendenden Arbeit, giebt es wohl keinen „Radikalen“, der die Aufgaben des täglichen Kampfes niedriger bewerthete, als der allerfriedlichste „Opportunist“. Andererseits können die „Radikalen“ im Allgemeinen ruhig die in diesem oder jenem Grade eingetretene „Milderung“ des Klassenkampfes zugeben, — wenn auch gerade in Deutschland davon allerdings thatsächlich wenig zu merken ist. Den „Opportunisten“ aber ist jene wirkliche oder angebliche „Milderung“ ein Beweis für den friedlichen und unmerklichen — ich möchte sagen: verstolenen — Uebergang der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische, d. h. für die friedliche, unmerkliche, verstolene Durchführung einer sozialen Umwälzung, wie sie die bisherige Geschichte noch nicht gekannt hat.

Demnach halte ich den Gegensatz durch die Bebelsche Resolution nur insofern für beigelegt, als es sich um den praktischen Kampf der Partei handelt. Eine andere Beilegung wäre freilich überhaupt unmöglich gewesen. Theoretische Meinungsverschiedenheiten lassen sich weder durch Debatten noch durch Parteitagsbeschlüsse beseitigen. Unter dieser Einschränkung aber halte ich den Parteitag in Hannover unbedingt für einen Erfolg der „Radikalen“ und damit der Gesamtpartei.

Wenn die Anhänger Bernsteins ebenfalls für die Bebelsche Resolution gestimmt haben, so erinnert mich das lebhaft an das Vorgehen gewisser Parteien bei wichtigen Abstimmungen in der französischen Deputirtenkammer. So haben einmal — es war glaube ich, am Sturztage des Ordnungministeriums Méline — die Klerikal-Monarchisten geschlossen für eine gegen Méline gerichtete Formel gestimmt, welche eine „ausschliesslich republikanische Ministermehrheit“ verlangte. . . . Doch dieses Vorgehen, darauf berechnet, die wahre Bedeutung des Votums zu verwischen, kann Niemand täuschen. Im Gegentheil. . . .

Damit habe ich auch Ihre erste Frage, betreffend das „Ergebniss des Hannoverschen Parteitages“, beantwortet. Der Parteitag hat meines Erachtens die Sozialdemokratie neu gestärkt. Die proletarischen Kerntruppen der Partei haben für lange Zeit hinaus die ihnen im Interesse des Ganzen gebührende Stellung behauptet und befestigt.

Daraus folgt, dass — um Ihre dritte Frage zu beantworten — nach meiner Ansicht das Ergebniss der Debatte über die Prinzipien nur die proletarische Klassenkampf-Taktik begünstigen kann.

Die Aeusserungen der Bebel'schen Resolution über die „Bündnisspolitik“ und das Genossenschaftswesen betrachte ich keineswegs als Zugeständniss an die Bernsteinianer. Die erstere ist nur mit einer sektirerischen Taktik unvereinbar, sie war und bleibt dagegen eine Nothwendigkeit für eine Klassenpartei, die in einer durch innere Konflikte zerrissenen Gesellschaft wirkt und um welche breite Massen geschaart sind. Zudem hat Bebel die „Bündnisspolitik“ so allseitig nach Charakter und Zweck umschrieben, dass sich daraus, unbeschadet der verschiedenen Beurtheilung von Einzelfällen, eine Verwischung des Klassegegensatzes nicht ableiten lässt. Was das Genossenschaftswesen betrifft, so ist der Satz, dass die Partei ihm „keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnklaverei beimisst“, bezeichnend genug.

Ueber die praktische Rückwirkung der Resolution auf das Genossenschaftswesen kann ich nichts sagen, da hier mannigfaltige Faktoren in Betracht kommen, die sich der Kenntniss des auswärtigen Beobachters entziehen.

In Bezug auf die „Bündnisspolitik“ hat ja Bebel's Resolution nichts an der bisherigen Taktik geändert. Der allgemeine Charakter der Resolution Bebel bezw. das Gesamtergebniss der Debatte aber scheint mir eher eine Einschränkung der bisher hier und da befolgten Wahlbündniss-Politik bewirken zu sollen, und zwar in der Richtung, dass man mehr Werth auf die grundsätzliche Wahlagitation legt, als auf den Gewinn von Mandaten.

Paris, 2. November 1899.

*Boris Kritschewsky.*

Ihrer freundlichen Aufforderung glaube ich nicht nachkommen zu sollen, da ich meine Meinung über den Ausfall der Verhandlungen bereits in Hannover in meiner Schlussrede zusammengefasst habe und keinen Anlass finde, mich zur Zeit noch weiter über diese Frage zu äussern.

Berlin, 9. November 1899.

*Paul Singer.*

Bevor ich die von Ihnen gestellten Fragen beantworte, muss ich vorausschicken, dass ich auf dem Parteitag in Hannover nicht anwesend war, also nicht unter dem Eindruck des Gehörten und persönlich Erlebten stehe.

Als das bedeutsamste Ergebniss erscheint mir, dass fast sämtliche Redner der Gegenwartsarbeit eine grössere Bedeutung beigemessen haben, als dies bisher der Fall war. Die Gewerkschaftsbewegung wurde höher bewerthet als früher, beispielsweise auf dem Kölner Parteitage, und die Genossenschaftsbewegung wurde ebenfalls günstiger beurtheilt, als dies seiner Zeit auf dem Parteitage in Berlin geschehen ist.

Im Gegensatz zu dem Ausspruch des Genossen Robert Schmidt-Berlin auf dem Parteitage in Siebleben bei Gotha: „Die Gewerkschaften werden sozialdemokratisch sein, oder sie werden nicht sein“ haben folgende Aeusserungen Bebel's auf dem diesjährigen Parteitag in Hannover mein grösstes Interesse erregt: „So liegt es auch im allerhöchsten Interesse der Gewerkschaften, wenn sie sich möglichst fern von der politischen Partei halten. Wie wollen sie sonst die katholischen Arbeiter gewinnen? Aus den Gewerkschaften muss alle Politik heraus. Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht sozialdemokratisch, sie ist eine proletarische Klassenbewegung.“

Bezüglich der Frage 2 erscheint es mir fraglich, ob man von einem direkten Gegensatz zwischen sogenannten Opportunisten und sogenannten Radikalen überhaupt sprechen kann, weil beide Worte eine verschiedene Deutung oder Auslegung zulassen, so dass Jemand, der sich radikal dünkt, schliesslich zu den Opportunisten gerechnet wird, während das Umgekehrte in gleicher Weise der Fall sein kann, da sich eine bestimmte Grenzlinie absolut nicht ziehen lässt. Der Unterschied zwischen den verschiedenen Richtungen, oder sagen wir lieber Anschauungen, erscheint in Büchern, Broschüren, Zeitschriften und Zeitungsartikeln gewöhnlich viel grösser, als dies in Wirklichkeit der Fall ist. Die den Einzelnen umgebenden Verhältnisse, unter denen er lebt oder aufgewachsen ist, Temperament und andere persönliche Charaktereigenschaften spielen dabei jedenfalls eine nicht untergeordnete Rolle, sondern sind bei Manchem von entscheidender Bedeutung. Kann man also von direkten Gegensätzen nicht sprechen, weil es unmöglich wäre, die Parteigenossen ihrer Richtung nach in zwei verschiedene Lager zu theilen, so würden aber



andererseits die verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei meiner Ansicht nach für die Zukunft keineswegs ausgeschlossen sein, weil es unmöglich ist, dass in einer Partei, die über zwei Millionen Anhänger zählt, Alle genau dieselbe Auffassung von der Gegenwartsarbeit wie von dem Endziel haben werden; die Meinungen werden um so viel mehr auseinandergehen, je mehr die Sozialdemokratie sich nicht nur lediglich auf die Arbeiterschaft beschränkt, sondern auch in andere Bevölkerungskreise Eingang findet und Anhänger gewinnt.

Die bessere Würdigung der Gegenwartsarbeit auf dem diesjährigen Parteitage wird seine Einwirkung auf die Masse der Parteigenossen hoffentlich nicht verfehlen, sondern dieselben in dieser Beziehung zu grösserer Mitarbeit veranlassen, wodurch auch ein günstiger Einfluss auf die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung nicht ausbleiben wird. Der Parteitag ist in dieser Beziehung allerdings nicht etwa vorangegangen, sondern hat nur den praktischen Bedürfnissen eines grossen Theiles der Parteigenossen unter gerechter Würdigung der bereits auf diesen Gebieten erzielten Erfolge Rechnung getragen. Ueber die Bündnisspolitik wird jedenfalls von Fall zu Fall entschieden werden, und je nach Lage der Sache ein Kompromiss mit anderen Parteien angenommen oder abgelehnt werden. Im Uebrigen wird sich der nächste Parteitag mit dieser Frage ja nochmals beschäftigen.

Hamburg-Eppendorf, 11. November 1899.

*Heinrich Stühmer.*

\*

\*

\*

Ihrer Umfrage, betr. Beurtheilung und Würdigung des Parteitags in Hannover zolle ich, in Rücksicht auf den Zweck, den Sie damit verbinden, volle Anerkennung. Ihrem Wunsche, mich an dieser Umfrage zu betheiligen, entspreche ich gern. Die gestellten Fragen beantworte ich, wie folgt:

1. Als das bedeutsamste Ergebniss des Hannoverschen Parteitages erachte ich die sehr scharf in Erscheinung getretene Thatsache, dass die Partei auf dem Standpunkt ihrer Entwicklung angelangt ist, wo sie eine wirklich tiefgehende, gründliche Erörterung ihrer Prinzipien vornehmen kann, ohne dass aus den divergirenden Meinungen heraus sich eine Gefahr für die einheitliche Taktik der Partei in dem ihr durch die Verhältnisse aufgezwungenen unausgesetzten Kampfe ergibt. Ich habe aus den betreffenden Verhandlungen des Parteitags heraus die Bestätigung der Richtigkeit der Ueberzeugung geschöpft, die ich von jeher vertreten habe, dass unter der Herrschaft des rechten Geistes der Sozialdemokratie jede die Prinzipien der Partei betreffende Auseinandersetzung, möge sie noch so lebhaft und energisch geführt werden, nur zum Vortheil der Partei ausschlagen kann. Wie ich mich stets zu der Ueberzeugung bekannt habe, dass der demokratische Sozialismus sich, unter strengster Wahrung seiner leitenden Prinzipien, niemals von einem Dogmenwesen beherrschen lassen darf, so vertrete ich nach dem Hannoverschen Parteitage und in gebührender Würdigung seiner Ergebnisse um so mehr den Standpunkt, dass nur die absolute Freiheit des Meinungs-austausches das einzige Mittel ist, um dem Fortschreiten der Wissenschaft, der Erkenntniss anzupassen. Mein Interesse auf dem Hannoverschen Parteitage haben am meisten die Aeusserungen erregt, welche die Bestätigung bezw. die Anerkennung dieser meiner Ueberzeugung enthielten. Und da kommen für mich in erster Linie die Ausführungen Bebels in Betracht, die zu würdigen und in ihrem Zusammenhange zu begreifen nicht das Werk einer Augenblicksüberlegung sein kann. Wie scharf und schroff sich Bebel auch gegen die Bernsteinischen Anschauungen ausgesprochen haben möge, und wie wenig ich auch geneigt bin, seinem Urtheil in allen Stücken zu folgen, — so fühle ich mich doch gedrängt, hiermit öffentlich zu konstatiren, dass Bebel durchaus in gewissenhaftester Weise dem von je in der Partei geltenden Grundsätze Rechnung getragen hat, dass von einer Vergewaltigung solcher Ansichten, die den jeweils geltenden entgegengesetzt sind, in der sozialdemokratischen Partei nicht die Rede sein kann. Das zum Ausdruck gebracht zu haben, rechne ich dem Genossen Bebel als besonderes Verdienst an. Die Schärfe seines Angriffs gegen Bernstein, die Art und Weise, wie er seine diesem entgegenstehenden Ansichten begründete, konnte nur dazu beitragen, in mir die Ueberzeugung zu befestigen, dass sie nur die lautersten Rücksichten auf die Interessen der Partei leiten. Ich meine, es ist nicht überflüssig, dass das erwähnt wird von Einem, der Bernstein auf dem Parteitage verteidigt hat. Dem sei hinzugefügt, dass ich nicht glaube an den Wahn vieler Leute, dass unter den „Führern“ es solche giebt, welche die Interessen der Partei ihren persönlichen Ansichten und Absichten unterordnen wollen.

2. Die Frage nach dem Wesen des Gegensatzes zwischen den sogenannten Opportunisten und den sogenannten Radikalen in der Partei halte ich für völlig

unbegründet und deshalb verfehlt. Die Erfahrungen, die ich 30 Jahre in der Partei gemacht habe, berechtigen mich, wie ich glaube, zu der Erklärung, dass es eine wirkliche opportunistische Strömung in der Partei, d. h. eine Strömung, die bereit wäre, um eines Augenblickserfolges willen die leitenden Prinzipien preiszugeben, niemals gegeben hat und auch, nach Maassgabe unserer Prinzipien, niemals geben kann. Die Erfahrung beweist das genaue Gegentheil. Mir scheint, man verwechselt hier und da in Aengstlichkeit die höhere politische Erkenntniss und Routine, die aus vorurtheilsfreier Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse sich ergibt, die im politischen Kampfe unter allen Umständen berücksichtigt werden müssen, mit „Opportunismus“. Der Charakter, die ganze Wesenheit der Sozialdemokratie schliesst die Möglichkeit, dass unsere Partei jemals eine opportunistische im wahrhaften Sinne des Wortes werden könne, völlig aus. Es handelt sich nach meinem Dafürhalten bei dem ganzen Streit über „Opportunismus“ und „Radikalismus“ lediglich um die Frage der politischen Zweckmässigkeit. Und diese Frage wird erfahrungsgemäss immer sehr leicht und ohne Schaden, ja stets zum Vortheil der Partei entschieden. Das liegt im Charakter unserer Bewegung, und gerade dieser Umstand macht es nach meinem Ermessen unmöglich, dass eine Verwässerung der Partei eintreten kann.

Wenn man unter Gegensatz zwischen Opportunismus und Radikalismus die Frage versteht, ob eine abweichende Meinung in Rücksicht auf die grossen Ziele unserer Bewegung vorhanden ist, so verneine ich diese Frage ganz entschieden. Und fragt man, ob der „Gegensatz“ nunmehr beigelegt sei, so antworte ich, dass dasjenige, was dem oberflächlichen Blick als Gegensatz erscheint, in Wahrheit nichts Anderes ist als der naturnothwendige Ausdruck des vorwärtsstrebenden Geistes, der in unseren Prinzipien und Bestrebungen die feierlichste Anerkennung findet. Ich habe von vornherein das Vorhandensein des Gegensatzes verneint, und ich sehe ruhig der Behauptung entgegen, dass das eine billige Art und Weise sei, sich mit den Dingen abzufinden. Denen, die diese Behauptung aufstellen möchten, begegne ich mit der Forderung: Machet mir den Gegensatz begreiflich! Aber hütet Euch, dabei in den Fehler zu verfallen, divergirende Ansichten über Prinzipien und Taktik als Beweis vorbringen zu wollen! In dieser Divergenz liegt der Gegensatz nicht. Er liegt in Wahrheit nur in der Einbildung oder in der ängstlich beobachteten Gewissenhaftigkeit einzelner Personen. Soli die Frage nach dem Gegensatz bedeuten, ob nun überhaupt Streitigkeiten, betr. Prinzip und Taktik, nach dem Hannoverschen Parteitage aus der Welt geschafft seien, so antworte ich freudigen Herzens: Nein! Denn in diesem „Gegensatz“ sind wir stark geworden. In diesem „Gegensatz“, der in Wahrheit die Quelle des geistigen Vermögens unserer Partei ist, wurzelt unsere Kraft. Ich würde unsere Partei von dem Augenblicke an für bankrott erklären, wo sie nicht mehr im Stande wäre, mit Fragen der Läuterung unserer Prinzipien und der Förderung unserer Taktik sich zu beschäftigen.

3. Das Ergebnis der Prinzipiendebatte wird nach meinem Dafürhalten auf die Taktik der Partei denselben Einfluss ausüben, den solche Debatten immer gehabt haben: die Taktik wird nach Maassgabe der Prinzipien sich stärker erweisen als die blos theoretische Erörterung, die nichts Anderes bezwecken kann, als die wissenschaftliche Klärung der Prinzipien, die aber immer nur der Logik der Thatsachen folgen kann. Wer die Parteigeschichte kennt, wird diesen Ausspruch zu würdigen wissen. Und der wird auch zugeben müssen, dass die Bündnisspolitik nicht von der Hand zu weisen ist, in Rücksicht auf all die Erwägungen, die auf den Parteitag angesetzt und zu den leitenden erhoben worden sind. Der Inbegriff dieser Erwägungen ist: Zusammenfassung aller Elemente im Kampfe gegen die Reaktion, die, sei es nun grundsätzlich oder aus reiner Zweckmässigkeits erwägung, dem reaktionären Element widerstreben. Ich fasse da in erster Linie, speziell in Rücksicht auf die preussischen Verhältnisse, den entschieden bürgerlichen Liberalismus ins Auge. Wir vergeben uns nichts, mit ihm von Fall zu Fall uns zu koaliren zum Kampfe gegen die Reaktion. Diese Koalition ist unsere taktische, und, wenn man genau urtheilt, in gewissem Sinne auch unsere prinzipielle Pflicht. Dass dabei von einem Aufgeben unserer Prinzipien nicht die Rede sein kann, ist selbstverständlich.

Ich bin geneigt, dem Genossenschaftswesen eine hohe Bedeutung in der Praxis zuzumessen, wenn dasselbe, seinem eigentlichen kulturhistorischen Zweck entsprechend, Alles in Allem darauf abzielt, den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zu fördern und zu unterstützen. Dieses Wenn ist in jedem Falle leicht entschieden. Es ist nicht nöthig, und ich persönlich würde entschieden dagegen sein, dass die Partei in demonstrativer Weise sich mit genossenschaftlichen Bestrebungen förmlich liirt. Dagegen sprechen taktische Erwägungen. Aber ich würde es für einen verhängnissvollen Fehler halten, wollte die

Partei den aus ihr selbst heraus kommenden genossenschaftlichen Bewegungen hindernd in den Weg treten. Die politische Propaganda der Partei wird in jedem Augenblick durch die Macht der Thatsachen bestimmt, — lassen wir den Parteigenossen, die da glauben, im Interesse der Emanzipation des Proletariats sich genossenschaftlichen Bestrebungen hingeben zu müssen, die vollste Freiheit, das zu thun; die entgegengesetzte Taktik würde nach meinem Ermessen ein verhängnisvoller Fehler sein.

Hamburg-Eimsbüttel, 13. November 1899.

*Karl Frohme.*

\* \* \*

Der Bericht der Fabian Society an den Internationalen Sozialistenkongress vom Jahre 1896 zeigt Ihnen, dass der Kampf, welchen Bernstein jetzt für die Reform der sozialdemokratischen Partei in Deutschland beginnt, in England von der Fabian Society bereits durchgeföhrt und glücklich beendet ist. Ich bin natürlich durch und durch Bernsteinianer. Wenn Liebknecht seine Reden nur auf seine eigene fabianische Taktik gründen wollte anstatt auf temperamentvolle Verallgemeinerungen der Ereignisse von 1848 und 1871 und auf den alten revolutionären Radikalismus, würde es Jedem klar sein, dass er in seiner parlamentarischen Thätigkeit gerade die Aenderungen vorweg genommen hat, die er als Aenderungen des Programms verurtheilt. In England bezeichnet man mit Sozialdemokrat heutzutage einen Sozialisten, der hoffnungslos hinter der Entwicklung zurückgeblieben ist. Dieselbe Bedeutung dürfte diese Bezeichnung auch in Deutschland gewinnen, wenn die Partei sich unfähig erweist, die Ideen Bernsteins in sich aufzunehmen.

London, 11. November 1899.

*G. Bernard Shaw.*

\* \* \*

Nach der Beendigung des Parteitags in Hannover verkündete das sozialistische Hauptblatt Italiens Sieg und erklärte, die Tagesordnung Bebel habe den Triumph der alten Lehre und der alten Taktik der Partei besiegt. Turati goss Wasser in den Wein seiner Freunde und führte am 17. Oktober in der Critica Sociale aus:

„Wir sind nicht mit dem Avanti der Ansicht, dass die Ketzerei Bernstein durch die Resolution Bebel besiegt und beseitigt ist. Diese Ketzerei entspringt aus der Nothwendigkeit der Entwicklung und der Anpassung, von der Frage nach Ton und Temperatur ganz abgesehen; sie wird die Partei begleiten, wie der Schatten den Körper, je nach Zeit und Umständen bald mehr, bald minder scharf betont werden. Die Zustimmung Bernsteins zur Tagesordnung Bebel, die so einstimmigen Beifall fand, war weder Feigheit noch Selbstmord. Auer, der Vertheidiger der Bernsteinschen Ideen, wurde in den Parteivorstand wiedergewählt. Die Tagesordnung ward nahezu einstimmig angenommen; Alles in Allem ist es eigentlich ungenau, von Siegern und Besiegten zu sprechen. Sieger war nur der Sozialismus.“

Turati fährt alsdann fort: „Der revolutionäre Charakter der Partei schliesst nicht die Begünstigung aller Reformen aus, die zur Hebung des Proletariats geeignet sind, vorausgesetzt natürlich, dass durch den Kampf um Reformen der revolutionäre Charakter der Partei nicht im Mindesten leidet.“

Es war interessant, zu sehen, wie sich der Avanti am Tage nach seinem Siegesjubel den Gründen Turatis gefangen gab und seinem Siegesartikel unmittelbar Nachstehendes folgen liess:

„Die sozialistische Partei hat, wie jede andere, ihren rechten und ihren linken Flügel. Mit diesem Worte hat Jaurès die Debatten gekennzeichnet, welche stattfanden und stattfinden werden. Diese Diskussionen wären nicht möglich gewesen, als der Sozialismus in seinem Anfangsstadium sich befand; sie hätten ihn in seiner Wiege getödtet. Sie sind heute möglich und sie sind nützlich, weil wir gewachsen sind und uns ein festes Knochengerüst erworben haben.“

Also endlich! Ich muss daran erinnern, dass man mich, als ich einige Zeit vor Bernstein in meinen Büchern und in der Rivista Critica del Socialismo dieselben Fragen wie Bernstein aufrollte, feierlichst exkommuniziert hat, und dass man (wohlverstanden: der Avanti!) erklärte, dass ich kein Sozialist sei.

Heute ist man davon zurückgekommen, man bezeugt in der Tageszeitung der Partei nur noch immer die Neigung, meine Ideen und meine Propaganda todzuschweigen. Indessen: das steht hier nicht zur Frage. Was meine Meinung über den Hannoverschen Parteitag betrifft, so will ich sie in kurzen Worten sagen.

Ich theile völlig die Art und Weise, wie Kampfmeier das Erfurter Programm betrachtet — ich habe über seine Betrachtungsweise vor einigen Jahren in der Brüsseler

Société Nouvelle mich geäussert. Zwischen dem theoretischen und dem praktischen Theile des Programms klafft eine unüberbrückbare Kluft. Im ersten Theile wird rund und nett die Katastrophentheorie gepredigt, man erwartet die Zuspitzung der sozialen Gegensätze und die Verschärfung der Krisen bis zum Ausbruch der Revolution. Im Anschluss an diese Prämissen hätte die sozialistische Taktik darin bestehen müssen, Alles, was nur möglich, zur Verschärfung der Krise beizutragen. Statt dessen verlangt man im zweiten Theile des Programms Reformen, man verkündet die wachsende Demokratisierung des Staates und die Sozialisierung des Kapitalismus. Anderes verlangt ja auch Bernstein nicht. Die Taktik, die er vorschlägt, ist die, welche die deutsche sozialdemokratische Partei seit lange verfolgt. Ihre Theorie befand sich nicht im Einklang mit ihrer Taktik, und Bernstein hat nichts gethan, als die Theorie zu kritisiren! Daher konnte er die Resolution Bebel annehmen, und die Anderen konnten seine Zustimmungserklärung billigen.

Freilich: man hat geschrieben: „Die Partei ändert weder ihre Lehre noch ihre Taktik“.

Diese Erklärung gleicht jener, die die Väter des Tridentiner Konzils nach der Ketzerei Luthers und Calvins abgaben.

Aber man hat geändert! Wer sieht nicht den Unterschied zwischen Gotha und Erfurt — zwischen Erfurt und Hannover?

Rom, 11. November 1899.

*Saverio Merlino.*

Eingehende historische Studien, die ich gerade betreibe, haben mich verhindert, die von Ihnen gestellten Fragen gründlich zu durchdenken und die Polemik Bernstein-Kautsky-Bebel wirklich zu verfolgen. Aus diesem Grund kann ich kein festes Urtheil abgeben. Meine persönliche Meinung über die Katastrophentheorie, die doch wohl einen Kernpunkt der Debatte gebildet hat, ist folgende: Es scheint mir nothwendig, dass zur Entwicklung und zum Gedeihen des Kapitalismus selbst die Lebensbedingungen der Menge gehoben werden. Die grosse Industrie hat, trotz einiger entgegengesetzter Tendenzen, das Bestreben, ihre Gewinne durch die Erhöhung der Produktion zu vermehren, aber die Erhöhung der Produktion bedeutet eine Erhöhung des Konsums durch die Massen, denn nur die Massen könnend genügend grosse Quantitäten konsumiren, um eine so ausserordentlich rasch zunehmende Produktionsfähigkeit zu unterhalten. Es ist zu verstehen, dass ein Konsum-zuwachs nicht sofort auf die vermehrte Produktion folgt, daraus ergeben sich eben die Krisen, aber der Ausgleich vollzieht sich, muss sich vollziehen, denn sonst hätte der Kapitalismus schon längst Bankrott gemacht.

Ich glaube darum, dass es nicht zu grossen sozialen Umwälzungen kommen wird, sondern, dass sich die Lebenshaltung durch alle Klassen successive verbessern wird, so dass es auch möglich sein wird, die Produktion zu steigern. Eine Katastrophe wird erst eintreten, wenn es nicht mehr möglich sein wird, die Produktion zu steigern, aber das werden wohl auch Diejenigen, die heute noch jung sind, nicht mehr erleben.

Turin, 12. November 1899.

*Guglielmo Ferrero.*

Ich glaube, der Absicht Ihrer Umfrage dadurch am besten entgegenzukommen, dass ich, statt einen Versuch zu machen, Ihre Fragen direkt zu beantworten — was einem nicht-deutschen Parteigenossen überaus schwierig scheint —, die Reflexionen in aller Kürze rekapitulire, welche ich im schwedischen Socialdemokraten an die Berichte über den Parteitag in Hannover geknüpft habe.

Die Resolution Bebel ist von uns, sobald die deutschen Zeitungen sie gebracht hatten, sogleich den schwedischen Genossen vorgeführt worden, unter der Ueberschrift: Die Sozialdemokratie am Ende des Jahrhunderts — Gegen den Kapitalismus mit kluger Politik und Taktik! Die Rede Bebels, von uns als eine „ebenso gründlich auseinandersetzen, wie zündende“ bezeichnet, ist durch vier Nummern unseres Blattes in ihren hauptsächlichsten Theilen wiedergegeben, jedoch mit Weglassung jener Angriffe gegen den Genossen Bernstein, welche einem ruhigen und zum besten deutenden Leser des Bernsteinschen Buches, wie ich selbst es gewesen bin, als mehr temperamentvoll, denn zutreffend vorkommen mussten; dieselbe nach meiner Ansicht unwiderlegliche Auffassung haben ja auch mehrere Redner in der folgenden Debatte vertreten.

Wenn ich so in unserem Stockholmer Parteiblätte die leicht retouchirte Rede unseres bewährten Genossen Bebel als ein sozialistisches Dokument von grösster Bedeutung vorgelegt habe, so war es mir indessen schon von Anfang an unmöglich, die Resolution als

das konzentrierte Destillat gerade jener Bebelschen Anschauungen innerhalb der Partei aufzufassen. Im Gegentheil habe ich die Resolution mit folgenden Worten eingeleitet:

„Die Rede, welche 6 Stunden gedauert hat, ist scharf polemisch gegen die von Kautsky so genannte „volksparteiliche Stimmung“ innerhalb der Partei und besonders gegen Bernstein gewesen. Aber nach aller Polemik gegen die Rechte hat Bebel eine Resolution eingebracht, welche sich so geschmeidig der faktischen sozialdemokratischen Politik aller Länder anpasst und so frei ist von doktrinären Schlagwörtern, dass es uns sehr Wunder nehmen würde, wenn selbst die äusserste Rechte der Sozialdemokratie da etwas zu bemängeln finden würde. Das Einzige wäre vielleicht, dass Bebel noch die Bedeutung der kooperativen Bewegung niedriger anschlägt, als man sie z. B. in Belgien und Dänemark zu schätzen gelernt hat; vom deutschen Standpunkt aus ist jedoch schon seine Anerkennung der grössten Beachtung werth.“

Es war dies eine kleine Prophezeiung aus der Ferne; und ich kann es gern offen gestehen, dass ich während der folgenden Tage garnicht ohne Genugthuung gefunden habe, dass ich die Lage ganz richtig beurtheilt hatte. Besonders war mir die Rede des Genossen Auer, wie schon oft früher seine Reden, eine Quelle der Freude, nicht nur wegen ihres in langen Debatten immer erfrischenden Humors, auch nicht nur deswegen, weil er sogar die Anerkennung der Resolution durch Bernstein selbst brachte, sondern am meisten, glaube ich, weil er so urkräftig hervorgehoben hat, wie einig trotz alledem und alledem alle Sozialdemokraten sind, wenn es gilt, in der Praxis gegen die Klassenherrschaft und für die selbständige Arbeiterbewegung ins Feuer zu gehen.

Als später die ganze Debatte im Referat vorlag, habe ich, wie wahrscheinlich die Parteipresse der ganzen Welt, zuerst die Einigkeit der Partei konstatiert.

„Alle Hoffnungen der Gegner, sei es auf die Zerbröckelung oder die Bändigung der Arbeiterbewegung, sind zu Schanden gemacht.“

Nach wie vor diesen Debatten ist es klar, dass es — und in einer so grossen Partei muss das der Fall sein — Meinungsverschiedenheiten von ziemlich tiefgehender Natur giebt, sowohl über den relativen Werth der einen oder anderen Seite der Arbeiterbewegung, als über die beste Taktik in gegebenen Verhältnissen. Wie viel ist von der Nur-Gewerkschaftsbewegung zu erwarten? Welche Bedeutung können die Konsumvereine erreichen? Wie weit kann man die Allianz mit bürgerlichen Parteien ausdehnen? Es wäre ja offenbar unsinnig, wenn alle Sozialdemokraten über solche Fragen die gleiche Meinung hegten.

Das ist aber auch garnicht nöthig für die Einigkeit in den Grundsätzen und Grundforderungen; sogar auf dem misslichen Felde der Taktik haben jetzt fast alle deutschen Genossen eine Politik gutgeheissen, die das Zusammenwirken mit anderen Parteien anerkennt, wenn eine solche offenbar den Volksinteressen und der allgemeinen Kultur-entwicklung dient. Das Wort Reformpartei wünschte man nicht, weil jene Bezeichnung, wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, nur Missverständnisse und Verwirrung hervorgerufen hätte. Trotzdem hat aber der Parteitag in Hannover ausdrücklicher, als jedweder der früheren, die Sache gut geheissen: mit allen dienlichen Mitteln möge die Arbeiterklasse ihren Einfluss in der Gesellschaft vergrössern, Schritt für Schritt ihre Machtstellung verstärken, während die Selbsterziehung den Weg für ihre neue Gesellschaftsordnung anbahnt.

Die Leute, welche ein orthodoxes Ketzengericht über Bernstein wünschten, wie über Jene, welche in dem einen oder anderen Punkte seine Anschauungen theilen, haben folglich sehr schlecht abgeschnitten. Ja, mehrere Redner haben Bernstein ihren Dank für seine Arbeit ausgesprochen, besonders weil er geholfen hat, der gewerkschaftlichen wie der kooperativen Arbeiterbewegung einen mehr als früher hervorragenden Platz zu verschaffen.

Noch einmal ist die Freiheit der Forschung als eine fundamentale Voraussetzung der modernen Arbeiterbewegung anerkannt worden. Die Kritik, welche das Veraltete von dem Dauernden absondert, mag es sogar einen Karl Marx, den Darwin der Gesellschaftswissenschaften, treffen, kann und wird immer fortgesetzt werden innerhalb der sich allezeit verjüngenden Sozialdemokratie, welche ihre Siegesgewissheit darauf gründet, dass sie immer verstehen wird, sich den Forderungen der Entwicklung anzupassen und ihre Ideale auf dem festen Boden der Wirklichkeit aufzubauen.“

Aus diesen Zitaten werden Sie wohl so ungefähr ersehen, wie es mit meinen persönlichen Ansichten über die Konflikte innerhalb der deutschen Partei steht. Der Streit hat wie ein Gewitter die Luft gereinigt, welche vorher noch nicht ganz frei von den Trümmern des Doktrinarismus genannt werden konnte. Und thatsächlich hat Kautsky gerade in Satz Bernsteins trefflich bewiesen: dass Marx es schliesslich sei, der gegen Marx Recht behalte.

Stockholm, 14. November 1899.

Hjalmar Branting.

1. 2. Das wichtigste Ergebniss des Parteitags zu Hannover ist, dass er nicht nur die Einigkeit der Partei aufrechterhalten, sondern auch die Grundlagen der Einigkeit gestärkt und verbreitert hat. Fast die gesammte bürgerliche Presse zeigt die schlecht verhehlte Hoffnung, dass unsere Einigkeit nur künstlich aufrechterhalten wird; man sieht in der Bebel'schen Resolution einen äusserst geschickten Versuch, den thatsächlichen, tiefgehenden und unüberbrückbaren Riss in unserer Partei zu verkleistern. Man fügt hinzu, dass; hielte nicht die Regierung durch ihre Drohungen die Sozialdemokratie nothdürftig zusammen, dieselbe bald in zwei Parteien zerfallen würde: in eine opportunistische, mit starker Hinneigung zu den bürgerlichen Parteien, und eine revolutionäre, die, in unfruchtbare Utopieen verstrickt, ein geschichtsloses, ohnmächtiges, grollendes Dasein fristen würde.

Die bürgerliche Presse täuscht sich; sie nimmt ihre Wünsche für die Wirklichkeit. Ich fürchte das Auseinanderfallen der deutschen sozialdemokratischen Partei nicht. Dass wir ohne Unterlass unsere Programmwürfe nach dem Fortschritt der Erfahrung regeln, ist nur natürlich; der Sozialismus ist an keine umgrenzte Doktrin gebunden, sondern nur an das Bestreben, alle jene Einrichtungen verschwinden zu machen, welche die Ungleichheit der Lebenslage und die Unterordnung des Menschen unter den Menschen begünstigen und heilig sprechen, und bessere Einrichtungen an ihre Stelle zu setzen. Dies Ideal wird beständig bestimmter und umfassender; auf der andern Seite weist die Geschichte weder eine so günstige Entwicklung auf, dass sie den Sozialismus unmöglich macht, noch eine so ungünstige, dass sie ihn zur Ohnmacht verurtheilt. Schreiber dieser Zeilen hat mehrere der Marx'schen Thesen bekämpft und eingeengt, besonders in einer Schrift, betitelt: *La dépression économique*, die er der Partei gewidmet hat; er schliesst sich da ungefähr der Richtung an, die Bernstein eingeschlagen hat, aber er hat nie Furcht davor gehabt, dass der Sozialismus in den bürgerlichen Parteien aufgehen oder zu nichte werden wird. Betrachtet man auch die bescheidensten Reformen von dem Gesichtspunkt des mächtigsten Ideals, das ohne Unterlass sich befestigt, dann ist keine Gefahr vorhanden, am wenigsten die Gefahr, mitten auf dem Wege innezuhalten und die Mittel für das Ziel, das Endziel zu nehmen. Es ist unsere Pflicht, uns zu verständigen, die Berechtigung dieses Dualismus innerhalb der sozialistischen Partei zu begreifen, zu begreifen, dass die Einen, mehr von dem Ideale erfüllt, dieses der Wirklichkeit aufzudrücken streben, während die Anderen die Blicke mehr auf die Wirklichkeit der Dinge gerichtet halten und diese zu der Höhe des Ideals zu erheben suchen. Die Marschroute des Sozialismus muss mit diesem Antagonismus in Uebereinstimmung gesetzt werden. Dies begriffen zu haben, ist das grosse Verdienst des Hannoverschen Parteitags. Dazu ist aber gegenseitige Toleranz unerlässlich; es ist nöthig, dass wir nicht vor neuen Ideenverbindungen zurückschrecken. An diesen Punkt haben die Gegner des Sozialismus angeknüpft, um die erzielte Einigung als eine künstliche zu bezeichnen. Uns allen Fortschritten der Beobachtung und Erfahrung anzupassen, ohne dabei unsere Einigkeit aufzugeben, alle Theilfortschritte in die Richtung unseres Ideals zu lenken, die, in verschiedenen Maasse von der Wichtigkeit von Einzelreformen überzeugt sind, die weitestgehende gegenseitige Toleranz zu lehren: das ist heute unsere wahre Aufgabe. Dass die fortschreitende Bewegung des Sozialismus von Schwankungen begleitet ist, welche sich in den verschiedenen Strömungen kundgeben, ist meines Erachtens keineswegs ein Zeichen der Schwächung, der Auflösung, sondern legt vielmehr Zeugniß ab von unserm inneren Leben; wir müssen das begreifen. Deshalb ist mein letztes Wort: Toleranz! Dieses Wort haben Sie in Hannover gesprochen, dieses Wort werden wir Alle in Paris proklamiren müssen.

3. Die Bündnisspolitik kann ich natürlich unmöglich missbilligen, der ich der Urheber der Lütticher Vereinbarung bin, durch die 5 Progressisten und — ausser mir — 5 Sozialisten in die belgische Kammer gesandt worden sind. Hat man in Belgien die Erfahrung gemacht, dass uns dies Bündniss in unserem Siegeslauf aufgehalten, uns die Macht unseres Ideals geschwächt hat? Es hat eine normale und friedliche Entwicklung des Sozialismus begünstigt, es hat die Annäherung einer bürgerlichen Partei an die Arbeiterpartei in die Wege geleitet, es hat die furchtbare Macht, die die katholische Kirche in Belgien besitzt, eingedämmt. Vergessen wir über dem Sozialismus doch nicht den Kampf zweier Weltanschauungen: die eine, verkörpert in der katholischen Kirche, will die Autorität einer übersinnlichen Macht befestigen, die andere befand das dem Menschen innewohnende Gerechtigkeitsgefühl; der Sozialismus ist schliesslich auch nur der höchste Ausdruck der letztern. Wir müssen diesen modernen Kampf unseren Bestrebungen dienstbar machen; und da der Humanismus einen der erhabensten Ausblicke unserer Doktrinen bildet, ist uns nichts Menschliches fremd, und Bündnisse mit den Parteien, welche einen Theil desselben

stärken, können den Sozialismus, der doch das Interesse der gesammten Menschheit auf seine Fahne geschrieben, nicht schwächen und ihm auch nichts nehmen.

Brüssel, 13. November 1899.

*Hector Denis.*

1. Das bedeutsamste Ergebniss des Parteitags in Hannover ist nach meiner Meinung die Zerstörung einer Legende, die seit Jahren umgeht, und die zum grossen Schaden der Parteibewegung von einigen Genossen hartnäckig aufrecht erhalten wird: der Legende von einer starken und gefährlichen opportunistischen Strömung in der Partei; welche sich zur Aufgabe gemacht habe, die Sozialdemokratie vom proletarisch-revolutionären Klassenkampfboden abzubringen und in den Sumpf bürgerlich-demokratischer Reformirerei hineinzuziehen. Diese Legende, die dadurch noch besonderes Gewicht erhielt, dass wissenschaftlich hervorragende Parteigenossen immer wieder das Schreckgespenst des Opportunismus an die Wand malten, ist gründlich zerstört; das zeigte nicht nur die Abstimmung über die Resolution Bebel, alle Debatten über Prinzip und Taktik waren Beweis dafür, dass in der Partei nicht „Strömungen“ vorhanden sind, die einander entgegen- oder auch nur auseinanderlaufen. Geradezu verblüffend war die Uebereinstimmung über unsere Grundanschauungen — verblüffend nach den unausgesetzten Kassandrarufern der letzten Zeit. Und nicht nur volle Uebereinstimmung über die Grundanschauungen, das Endziel zeigte sich, auch über den Weg zu ihm war man in der Hauptsache einer Meinung.

Bernsteins Kritik und Vorschläge waren der Maassstab, an dem sich die Meinungs-differenzen der Genossen messen sollten. Und was zeigte sich? Es war Niemand, der Bernstein ohne jeden Vorbehalt gefolgt wäre. — Es besteht für mich kein Zweifel darüber, dass der Weg, den Bernstein eingeschlagen, wegführt vom Boden des Sozialismus, er hat den Boden des Sozialismus mit seiner Kritik und mit einigen seiner Vorschläge schon verlassen. Mit Recht wiesen Bebel und die Genossen um ihn diesen Theil der Bernsteinschen Lehre weit von sich. Aber die Bernstein freundlicher Gegenüberstehenden erklärten auch, nicht bis in alle Einzelheiten mit ihm zu gehen; von dieser Seite legte man vielmehr Werth auf die schärfere Betonung der Gegenwartsarbeit. Die praktischen Vorschläge Bernsteins hatten sie bestochen. „Das sind alles alte Geschichten; was uns Bernstein da anrath, haben wir ja stets gethan!“ wurde ihnen entgegengehalten. Ganz richtig! Aber trotzdem geht die Resolution Bebel nicht mit Stillschweigen darüber hinweg. Die ausdrückliche Anerkennung bisher schon geübter Taktik erweitert den Boden gegenseitigen Einverständnisses, ohne die Partei aus der altgewohnten graden Richtung zu bringen.

Nicht gerade für die interessanteste, aber für die treffendste Aeusserung, die auf dem Parteitag fiel, halte ich daher die Worte, mit denen Bebel seine sechsstündige Rede schloss: „Wir bleiben, was wir bisher waren!“

2. Ob der Gegensatz zwischen sogenannten Radikalen und Opportunisten nun ausgeglichen ist? Nein! Der Streit zwischen „Radikalen“ und „Opportunisten“ wird nie verstummen, ich glaube, er wird mit dem Wachstum der Partei sogar noch heftiger werden. Und die Einigkeit der Partei wird dadurch doch nicht gefährdet! Die „Radikalen“ und die „Opportunisten“ repräsentiren eben nicht entsprechende Flügel in der Partei — es sind einzelne Personen, die bei allem Einfluss doch nichts über die Gesamtpartei vermögen. Die Partei wird immer grösser; sie erobert sich und muss sich ein Tätigkeitsfeld nach dem andern erobern, wenn sie nicht Gefahr laufen will, zu verkümmern und an Ansehen zu verlieren. Wie wir uns aber das neue Feld erobern, und wie wir uns auf ihm bewegen, das dürfte noch manchmal den Zorn des einen oder des andern „Radikalen“ herausfordern, während mancher „Opportunist“ höchst unzufrieden sein wird, dass in vermeintlicher „Prinzipienreiterei“ nicht genug der möglichen „Vortheile“ errungen wurden. Bei diesem Hinüber und Herüber hat die Partei nur die Aufgabe, von Zeit zu Zeit eine Abkühlung, wie in Hannover, vorzunehmen, damit über allem Streit die wirkliche Arbeit nicht zu kurz kommt.

3. Die Wirkung der Bernstein-Debatte und der Annahme der Resolution Bebel auf die Praxis schätze ich nicht allzuhoch ein. Genossenschaften sind bisher gegründet worden, wo die Verhältnisse einen Erfolg zu versprechen schienen; und trotzdem, dass ihnen die Partei sehr kühl, ja abweisend gegenüber stand, sind doch immer Parteigenossen die Gründer und Leiter gewesen. Man wird nach dem Entgegenkommen des Parteitags nicht leichtsinniger mit den Gründungen verfahren, und die Parteigenossen in ihrer Gesammtheit werden sich kaum mehr als bisher durch das Genossenschaftswesen engagiren lassen, obwohl das häufig im Interesse grösserer Nutzbarmachung für die Partei sehr wünschenswerth wäre.

Aehnlich liegt es mit der Bündnisspolitik. Es herrscht ein so starkes, gesundes Klassenbewusstsein in der Sozialdemokratie, dass jedes Bündniss mit anderen Parteien unangenehm berührt. Aber die politische Situation zwang uns trotz allen Widerwillens doch hin und wieder in solch ein Bündniss hinein. An dieser Sachlage ändert die bedingte Anerkennung der Bündnisspolitik gar nichts. Dass wir nicht bündnissfreundlicher werden, dafür sorgt schon der Mangel an einer wirklich bündnissfähigen Partei. Ausserdem dürfte die Verschärfung der Klassengegensätze und die damit zunehmende reaktionäre Gesinnung der bürgerlichen Parteien als vollkommen ausreichendes Gegengewicht dienen gegen die mit unserer wachsenden Macht häufiger an uns heranretenden Versuchungen, Bündnisse mit ihnen einzugehen. Das wird nächstes Jahr in Mainz zum scharfen Ausdruck kommen, wenn bei Gelegenheit der Berathung über die Landtagswahlbetheiligung zum ersten Male die praktische Anwendung der Bündnisspolitik grossen Stils an uns herantritt.

Also keine Aenderung in unseren Grundanschauungen, keine Aenderung in der praktischen Bethätigung: Es bleibt in jeder Hinsicht wie es war!  
Dresden, 17. November 1899.

*Emil Eichhorn.*

Was den zweiten Punkt Ihrer Anfrage betrifft, so meine ich, dass von einem Gegensatz der Opportunisten und Radikalen in unserer Partei im Ernste nicht gesprochen werden kann. In dem ganz allgemeinen Sinne, dass unsere Politik mit den in der jeweiligen ökonomisch-politischen Lage gegebenen Möglichkeiten rechnen, dass unsere Taktik, um überhaupt etwas zu erreichen, diesen Möglichkeiten sich anpassen muss, ist natürlich die ganze Partei opportunistisch oder possibilistisch. Diese Art Opportunismus gehört selbstverständlich zum Wesen jeder fruchtbaren politischen Bethätigung. Weit entfernt, dem prinzipiellen Radikalismus unserer Gesellschaftskritik und unserer letzten Ziele zu widersprechen, bildet sie nur die nothwendige Ergänzung dieses Radikalismus, der ja nur durch Umsetzung seiner Erkenntniss in politische und ökonomische Alltagsarbeit reale Wirkungen erzielen und so im Lauf der Entwicklung auch radikale Umgestaltungen vollbringen kann. Von einem Opportunismus in dem schlechten Sinne jener konventionellen Schlafheit, die sich fürchtet, die gegebenen Möglichkeiten rücksichtslos gründlich und damit so radikal als möglich im Sinne des Parteiziels auszunutzen — der Erbkrankheit aller bürgerlich-liberalen Parteien — ist unsere Bewegung gegenwärtig so frei wie jemals. Opportunisten dieses Schlages haben keinen Platz in unseren Reihen. Dass Meinungsverschiedenheiten über einzelne Fragen der Taktik (Wahlbündnisse) existiren, ist selbstverständlich, aber diese Meinungsverschiedenheiten, eben weil sich in ihnen immer klarbewusster, energischer Parteiwille, niemals aber das schleichende Gift jenes schlechten Opportunismus ausdrückt, sind für die Kraft, die Einheit und den Zusammenhalt der Partei durchaus gefahrlos.

Ferner: Als das wichtigste Ergebniss des Parteitags erscheint mir, dass seine Debatten im Sinne gegenseitigen Verständnisses gewirkt haben und in der Partei weiter wirken müssen. Viel tiefgreifender, als jene Meinungsverschiedenheiten über die Fragen der Wahltaktik, war offenbar der Gegensatz der theoretischen Ansichten, die in der Bernstein-Diskussion aufeinanderplatzten. Hier wurde von Anschauungen, die ähnlich wie früher die Lassallesche Doktrin des ehernen Lohngesetzes in das Fleisch und Blut der Partei übergegangen waren, gerüttelt. Der Verlauf des Parteitages hat es nun aber zur Gewissheit erhoben, dass auch dieser theoretisch-kritische Streit ohne Gefahr für den Zusammenhalt der Partei sich in voller Freiheit wird entwickeln können. Es handelt sich bei diesem Streite — das haben die Debatten Jedem gezeigt — immer nur darum, ob die Deutung, die wir bisher der kapitalistischen Entwicklung gaben, mit den Thatsachen derselben in vollem Einklang sich befindet; darum, ob nicht in dieser Hinsicht gewisse Modifikationen unseres theoretischen Programmtheils nothwendig sind. Das Prinzip aber, das wirkliche Wesen der Partei: die politische Vertretung des aufstrebenden Proletariats, die Führerin seines Emanzipationkampfes zu sein, bleibt von allen solchen Streitigkeiten der Deutung, von all' den Versuchen, ein Horoskop der künftigen Entwicklung zu stellen, unberührt. Dieses proletarische Kampfprinzip leuchtet gleichmässig durch alle Reden, die von den Gegnern auf dem Parteitag geführt wurden, hindurch. Es ist das einigende, feste, unzerrissbare Band. Es ist diese alles Trennende in enge Grenzen bannende Gemeinsamkeit, die auch äusserlich von der Gesamtheit des Parteitags darin bekundet wurde, dass die Streitenden in einer Resolution sich zusammenfanden.

Charlottenburg bei Berlin, 21. November 1899.

*Conrad Schmidt.*



1. Das bedeutsamste Ergebniss des hannoverschen Parteitags erblicke ich im Resultat der Abstimmung über die Resolution Bebel.

2. Das Wesen des Gegensatzes zwischen den sogenannten Opportunisten und den sogenannten Radikalen zu beschreiben, war früher schon keine leichte Aufgabe. Durch die Haltung der Opposition am Parteitag ist sie nicht erleichtert worden. Bernstein selbst sah ja geradezu eine Aufgabe darin, jede feste Grenzlinie zu verwischen, an die Stelle des Entweder-Oder ein Sowohl als auch zu setzen, und wenn er vor eine bestimmte Frage gestellt wurde, so antwortete er weise lächelnd mit einem nachdenklichen: Je nachdem. Und die Bernsteinianer? Jeder versicherte, dass er durchaus nicht mit allen Behauptungen Bernsteins einverstanden sei, sondern auf den verschiedensten Punkten seine Vorbehalte zu machen habe. Das Wesen des Gegensatzes ist deshalb materiell nur schwer zu bestimmen und lässt sich mit einem einzigen Worte nicht charakterisiren. Vielmehr wird man versuchen müssen, einige typische Fälle auszuseiden und die andere Frage: ob und in welchem Sinne der Gegensatz beigelegt oder überwunden sei, für jeden dieser Fälle gesondert zu beantworten. Zu einem guten Theil beruht der Gegensatz auf der Verschiedenheit des Temperaments, und soweit wird er natürlich auch bei jeder passenden Gelegenheit sich wieder geltend machen.

Sodann wurde die Haltung mancher Genossen — das trat auch in Hannover zu Tag — bestimmt nicht durch die sachliche Uebereinstimmung mit Bernstein, sondern den Wunsch, die Grenzen der Partei möglichst weit zu ziehen und dadurch allen verwandten Elementen das Zusammenwirken zu ermöglichen. Hierher gehören viele „Empiriker“, erfahrene und durchaus zuverlässige Genossen, die sich nie viel um die Theorie kümmern, aber, mitten im Klassenkampf stehend, den Weg, den die Partei zu gehen hat, klar vorgezeichnet sehen und angesichts der Einigkeit auf dem Gebiete der praktischen Politik den theoretischen Meinungsverschiedenheiten wenig Gewicht beilegen. Sie stimmten der Resolution Bebel zu, weil sie hier den Ausdruck ihrer eigenen Ueberzeugung fanden, ohne dass sie aber das Bedürfniss hatten, den zu Tage getretenen Gegensatz zu unterdrücken oder zu überwinden.

Als Abart wären noch Jene zu erwähnen, die sich für Bernstein wehrten, weil sie das „protestantische Prinzip der freien Forschung“ hoch halten gegenüber der verknöcherten Scholastik der „Doktrinäre“. Dahin gehören unsere Sonntagsreiter, die in ihren Ställen ein Steckenpferdchen füttern und sich das Recht nicht nehmen lassen wollen, zu gelegener Zeit selbst einen Paraderitt zu unternehmen.

Sehe ich ab von den theoretischen Differenzen, so scheint mir, mache sich der Gegensatz zwischen den Radikalen und Opportunisten praktisch geltend in der Stellung, welche die Einen und Andern der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien anweisen, also in der Führung des Klassenkampfes — aber durchaus nicht in einer vorseheneden Bewertung der „Gegenwartsarbeit“. Indem aber der Parteitag die Resolution Bebel fast einstimmig annahm, billigte er die bisherige Taktik. Eine andere Deutung des Abstimmungsergebnisses ist allerdings nicht möglich, wenn man nicht den Parteitag zu einer Farce herabwürdigen will. Die Auslegung, die Genosse David der Resolution giebt (in dem in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlichten Aufsatz), wird hoffentlich auch von seinen Gesinnungsgenossen als ein Versuch, die schädlichste Verwirrung zu schaffen, zurückgewiesen.

3. Dass Parteitagbeschlüsse die Taktik in nachhaltiger Weise beeinflussen, ist nicht wahrscheinlich. Neue Beschlüsse pflegen viel weniger die Ursache einer neuen Taktik zu sein; als deren Folge. Das Verhältniss ist in der Regel das, dass die in den Resolutionen niedergelegten Anschauungen sich vorher schon Geltung verschafft haben und in den Beschlüssen nur offizielle Anerkennung erhalten und auch den weiteren Kreisen zum klareren Bewusstsein kommen. Sind die Voraussetzungen unter denen die Genossen schaften sich entwickeln können, gegeben und erfüllen sie die auf sie gesetzten Erwartungen, so würde ihrem Wachsthum auch durch eine Resolution, die sich noch zurückhaltender ausdrückt als die Bebel'sche, kein Hinderniss in den Weg gelegt. Einen wohlthätigen Einfluss darf man sich aber vom Parteitag gewiss insofern versprechen, als durch die entschlossene Haltung der Grosszahl der Delegirten sektirerische Gelüste zurückgedrängt wurden, und das, was uns einigt, neue überzeugende Kraft gewonnen hat.

Zürich, 21. November 1899.

Olto Lang.

\* \* \*

Ich bin mit dem Verlauf des Parteitags — um gleich kurz die erste aufgestellte Frage zu beantworten — sehr zufrieden. Es wäre dabei ganz überflüssig, sich in Erwä-

gungen einzulassen, ob die Richtung Bernstein oder Bebel gesiegt hat, denn bedeutsamer für die Partei ist die unstreitig zum Durchbruch gekommene Ansicht, dass man den verschiedenen Meinungen in der Partei freien Spielraum gewähren muss. Dabei darf ich als Charakteristisches für die Stimmung auf dem Parteitag anführen, dass selbst gegenüber Schippel, gegen den recht heftige und unqualifizierbare Angriffe gerichtet wurden, der Parteitag nicht zum äussersten Mittel griff, wie einige Heisssporne es forderten.

Und damit komme ich sogleich zur zweiten Frage, ob die Gegensätze in der Partei damit beigelegt sind. Das ist nicht der Fall und kann nicht eintreten, weil ganz von selbst in einer so grossen Partei, wie es die Sozialdemokratie geworden ist, Meinungsverschiedenheiten auftauchen müssen. Es wäre ganz unmöglich, diese durch drakonische Mittel unterdrücken zu wollen, es sei denn, man stelle wirklich ein Dogma auf und setze an Stelle des Forschens und der Erkenntniss nur den starren Glauben an unsere Grundsätze.

Diese Gegensätze in der Partei sind zunächst theoretischer Art. Was Bernstein über den Einfluss der Trusts, die Entstehung eines neuen Mittelstandes, die Vertheilung des Besitzes, die Krisen und den Zusammenbruch gesagt hat, das widerspricht im Allgemeinen unserer bisherigen Auffassung in der Partei. Wie weit Bernstein Recht hat, müssen weitere Forschungen ergeben, das hier zur Beweisführung vorhandene Material scheint mir noch nicht erschöpft, auch wird uns die wirthschaftliche Entwicklung des nächsten Jahrzehnts einen besseren Rückschluss geben, ob die von Marx vorausgesagte Tendenz der wirthschaftlichen Entwicklung angehalten hat, denn die Schlussfolgerungen, die Bernstein zieht, nehmen eine verhältnissmässig kurze Zeitepoche zur Unterlage. Unstreitig war auf dem Parteitag eine starke Strömung, die mehr oder weniger dieser Seite der Bernsteinschen Kritik hinneigte. Dagegen schien die Elendstheorie fast allgemein zu fallen. Man versuchte nur noch, den Nachweis zu führen, dass Marx auch nicht von einer fortgesetzt wachsenden Zunahme des Elends der Arbeiterklasse gesprochen hat, und gab zu, dass die Fassung des Erfurter Programms hier Missdeutungen zulasse. Was Bernstein gegen die materialistische Geschichtsauffassung und die Werththeorie einwandte, ist weniger Gegenstand eingehender Verhandlung gewesen. Aber ich habe die Auffassung, besonders durch die vorausgegangenen Erörterungen in der Presse, dass gerade die Kritik an der materialistischen Geschichtsauffassung die von Marx gegebene Grundlage nicht aufheben will, sondern nur einer allzu schematischen und einseitigen Anwendung entgegentritt. Hier trifft aber die Schuld weit weniger Marx und Engels, als seine Schüler. Natürlich sind besonders die letzteren Fragen Gegenstand kritischer Betrachtungen in einem kleinen Kreis von Parteigenossen, und es wohnt ihnen deshalb auch keine parteizersetzende Wirkung inne.

Was nun all die Differenzen betrifft, so ging Niemand so weit, zu verlangen, dass nach der Seite sofort unser Programm geändert wird, sondern man stand mehr unter dem Eindruck, dass man noch eine Zeit der Klärung hingehen lassen möge, die noch manche Widersprüche und Unklarheiten beseitigen wird. Dringend schien es Keiner mit der Lösung der aufgeworfenen Fragen zu haben, deshalb auch die allgemeine Zustimmung zu der Resolution Bebel, die übrigens nach allen Seiten weiten Spielraum gewährte. Die Differenzen auf theoretischem Gebiet müssen nothwendig auch in taktische Fragen hinüberspielen. Glaubt man, wie Bernstein, dass die bürgerliche Gesellschaft noch eine recht lange Zeit zu laufen hat, ehe sie an ihren eigenen Widersprüchen zu Grunde geht, dann wird man geneigt sein, die Gegenwartsarbeit höher einzuschätzen, sie, wie es geschehen ist, schon als eine Sozialisirung der Gesellschaft zu betrachten.

Abgesehen von der Ueberschätzung dieser Aufgaben findet sich gerade hier, mit Ausnahme einer sehr kleinen Zahl Parteigenossen, der gemeinsame Boden der Parteithätigkeit. Bebel vertritt seit Jahren in der Partei den Standpunkt, dass wir uns an allen praktischen Arbeiten rege betheiligen sollen. Die Ablehnung eines jeden Kompromisses mit bürgerlichen Parteien ist bei ihm vollständig geschwunden, und auf dem Parteitag kam die Richtung der Berliner und einiger anderer Genossen, die hiergegen noch Einwendungen erhoben, fast garnicht zum Wort. Auch in der Frage der Gewerkschaftsbewegung, der sozialpolitischen Forderungen und der Genossenschaften gehen die Meinungen, soweit es sich nur um die rein praktische Bethätigung handelt, fast garnicht auseinander. Der Unterschied ist nur der, dass die Einen alle diese Dinge höher bewerthen, als die Anderen, aber im Erstreben das Gleiche wollen.

Die Einheitlichkeit der Partei ist vor Allem in ihrer Taktik gegeben, und hier sorgen schon die bürgerlichen Parteien dafür, dass wir keine Seitensprünge machen; die Geschlossenheit der Partei im Parlament ist der beste Beweis dafür. Ueber theoretische Streitfragen, den Werdeprozess einer zukünftigen Gesellschaft werden wir kaum je zu einer abgeschlossenen

einheitlichen Auffassung kommen, das war auch bisher nicht der Fall und sollte uns in Zukunft nicht auseinanderbringen.

Berlin, 25. November 1899.

*Robert Schmidt.*

\* \* \*

Es thut mir leid, Ihrem Wunsche nicht entsprechen zu können. Wenn ich Ihre Fragen eingehend beantworten wollte, müsste ich eine Zeit aufwenden, die mir mitten in der Landtagsthätigkeit nicht zur Verfügung steht. Wünschen Sie aber meine Eindrücke in wenige Worte zusammengefasst, so kann ich nur sagen, dass die Debatten von Hannover in mir theilweise recht gemischte Gefühle erregt haben, dass ich aber mit dem Endergebniss recht zufrieden bin.

München, 29. November 1899.

*Georg von Vollmar.*

## Der Brüner Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Von

Leo Winter.

(Prag.)

Der heutige Parteitag der österreichischen sozialdemokratischen Parteien ist allerseits mit Spannung und mit — Skepsis erwartet worden. Die Situation war nämlich gegenüber den vorigen Jahren gänzlich verändert. Alle administrativen Angelegenheiten fielen nach den Organisationsverordnungen, die auf dem letzten Wiener Parteitag festgestellt wurden, den Parteitagen der einzelnen Nationen zu, und auf dem Gesamtparteitage erhielt die Sozialdemokratie auf solche Weise genug Zeit, um ihre Kräfte auch an allgemein wichtigen und allgemein interessanten Fragen prüfen zu können. Es war hier natürlich die Besorgniss vorhanden, dass es den Theilnehmern des Parteitags nicht so leicht kommen wird, sich den neuen Verhältnissen anzupassen.

Gegenüber den vorigen österreichischen Parteitagen stand der letzte auf einer unverhältnissmässig hohen Stufe; besonders fielen alle persönlichen Angriffe fort, die früher sehr häufig vorkamen und besonders bei administrativen Berathungen unvermeidlich schienen. Das Resultat des Parteitags war jedoch nicht ein solches, dass es die Partei berechtigen könnte, auch nur einen Tag von der Arbeit befriedigt auszuruhen.

Den Berichten der einzelnen nationalen Exekutiven entnehmen wir nachstehende Daten:

Die Presse verfügte

an deutschen Blättern über 36 politische, darunter 1 Tageblatt, 23 Fach- und 2 sonstige Blätter,

an czechischen Blättern über 19 politische, darunter 1 Tageblatt, 14 Fach- und 5 sonstige Blätter,

an italienischen Blättern über 2 politische,

an polnischen Blättern über 2 politische, 1 Fach- und 2 sonstige Blätter,

an slovenischen Blättern über 1 politisches;

die Ruthenen hatten bisher kein Organ.

Von Vereinen bestanden

1327 deutsche (mit insgesamt 118863 Mitgliedern), darunter 175 politische, 346 Fach-, 204 Bildungs- und 602 sonstige Vereine;

846 czechische (mit insgesamt 48633 Mitgliedern), darunter 57 politische, 328 Fach-, 356 Bildungs- und 105 sonstige Vereine,

39 italienische (mit insgesamt 37000 Mitgliedern), darunter 2 politische, 19 Fach- und 18 Bildungs-Vereine,

7 slovenische, darunter 1 politischer und 6 Fach-Vereine.

Die polnischen Organisationen wurden zum grossen Theile durch den Ausnahmezustand in Galizien zerschlagen, doch sind sie wieder im Aufleben begriffen. Die Organisationen der Ruthenen sind vorläufig ganz gering, da diese Partei erst unlängst ins Leben getreten ist.

An Versammlungen fanden statt

deutsche: 6842 öffentliche, 3979 vertrauliche Versammlungen und 2206 Meetings (vom 1. Mai 1898 bis 31. März 1899),

czechische: 3325 öffentliche, 543 vertrauliche Versammlungen u. 240 Meetings (vom 1. Juli 1897 bis 31. Dezember 1898).

polnische: 193 öffentliche, 1200 vertrauliche Versammlungen (in 2 Jahren). Ausserdem wurden 127 öffentliche und 77 vertrauliche Versammlungen vom Frauenkomitee veranstaltet. Von den übrigen Organisationen liegen keine genauen Daten vor.

Verurtheilungen waren zu verzeichnen

bei deutschen Genossen zu insgesamt 8 Jahren 10 Mon. 27<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Tagen Freiheitsstrafe und 78150 fl. Geldstrafe,

bei czechischen Genossen zu insgesamt 11 Jahren 8 Mon. 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Tagen Freiheitsstrafe und 149823 fl. Geldstrafe,

bei polnischen Genossen zu insgesamt 24 Jahren 10 Mon. 4 Tagen Freiheitsstrafe.

Ausserdem wurden 16 czechische Genossen ausgewiesen. Die übrigen Organisationen lieferten keine ziffernmässigen Daten.

Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, in was für einem Maassstabe die sozialistische Bewegung in Oesterreich vorwärts schreitet.

Die grösste Aufmerksamkeit erregte die mit Spannung erwartete Debatte über die Nationalitätenfrage. In den Parteiblättern waren schon lange vor dem Parteitage Resolutionen veröffentlicht, welche die Gesamtvertretung, wie auch die einzelnen Nationalvertretungen beim Parteitage einbringen wollten, aber die Diskussion entwickelte sich nicht in dem Maasse, als man erwartet hatte. Noch ganz zuletzt hatte die Wiener Arbeiter-Zeitung mehrere Artikel gebracht und die Meinungen verschiedener Parteiblätter zusammengestellt, um die in der Partei herrschenden Ansichten allgemein bekannt zu machen. Blätter anderer Parteien nahmen eine ernste Miene an und orakelten darüber, was wohl das Resultat des Parteitäges sein werde, oder wiesen sarkastisch auf die verschiedenen Meinungen und die mögliche Spaltung der Partei hin. Selbst die Delegirten erwarteten die Debatte über den vierten Punkt der Tagesordnung mit Spannung und Ungewissheit. Es war klar, dass der Schwerpunkt der ganzen Sache bei der czechischen Delegation läge, die sich noch vor der Debatte selbst in einer besonderen Versammlung auf einer präzisen Resolution zu einigen versuchte.

Das Referat enthielt jedoch nicht alles dasjenige, was man von ihm erwartet hatte. Die Position des Referenten, der im Voraus schon wusste, dass die Resolution, auf die er sein Referat gestützt hatte, nicht in ihrer Ganzheit angenommen werden würde, war wohl genug schwierig. In

der darauf folgenden Debatte zeigten sich drei Strömungen, die auch schon früher in den Parteiblättern erkennbar waren. Die Einen meinten, die Sozialdemokratie solle sich überhaupt mit der Nationalitätenfrage nicht beschäftigen, da diese eine Frage der Bourgeoisie sei und aus dem Kampfe um die wirtschaftliche Oberherrschaft entstehe. Dem gegenüber konnte man darauf hinweisen, dass den Kämpfen um wirtschaftliche Oberherrschaft zwar die jetzigen, Oesterreich aussaugenden und zerfleischenden nationalen Kämpfe entspringen, aber nicht die Nationalitätenfrage selbst. Andere sahen ein, dass es unmöglich sei, der Frage auszuweichen. Es war ihnen klar, dass die Partei einen festen Standpunkt zu dieser Elementarerscheinung, wie die Nationalitätenfrage auch benannt wurde, einnehmen müsse. Jedoch war man der Meinung, es genüge die prinzipielle Formulierung des Internationalismus im Hainfelder Programm <sup>1)</sup>, welche eventuell erweitert und präziser ausgedrückt werden könnte. Diesen Standpunkt nahmen die Mehrzahl der czechischen Delegation und einige Polen ein. Die Dritten wollten im Programm nicht nur eine theoretische Proklamation, sondern sie wollten in der Resolution die Anschauung ausdrücken, wie sich die Sozialdemokratie die künftige Gestaltung Oesterreichs in Betreff der Nationalitätenfrage vorstelle. Darin waren jedoch Alle einig, dass sich Oesterreich in seiner heutigen Gestaltung unmöglich weiter halten könne, dass im Interesse des Proletariats die Reibungsflächen, welche die Nationalitätenkämpfe hervorrufen, verkleinert werden müssten. In der Debatte wurden natürlich grösstentheils bekannte Meinungen ausgedrückt. Nach Dr. Adler, welcher meinte, dass bei dieser Frage keine Rede von Abstimmung sein könne, sondern dass hier nur eine Uebereinstimmung möglich sei, wurde von einer gemeinsamen Kommission eine Resolution ausgearbeitet, deren Elaborat vom Parteitage mit demonstrativer Einstimmigkeit angenommen wurde. Die angenommene Resolution lautet:

„Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind, und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Äusserung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor Allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Wort kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muss vor allem Anderen jeder bürokratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder perhorresziert werden.

<sup>1)</sup> „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso, wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, dass der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muss, wie die Ausbeutung selbst.“

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.
2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.
3. Sämmtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.
4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichs-parlament zu beschliessendes Gesetz gewahrt.
5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittelungssprache nöthig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen.“

Sollte die Resolution praktische Forderungen enthalten, so müsste man den Standpunkt verlassen, welcher besonders von einigen czechischen Delegirten vertheidigt wurde: dass die Sozialdemokratie auf dem Brüner Parteitage nicht zur Lösung der Nationalitätenfrage für Oesterreich resp. zur Beseitigung des Nationalitätenstreites in Böhmen verhelfen solle, sondern, dass es die Aufgabe des Parteitags sei, eine solche Resolution auszuarbeiten, die, wenn sie vielleicht auch nicht als eine allgemeine sozialistische Lösung der Nationalitätenfrage überhaupt angesehen werden, doch wenigstens eine breite und feste Grundlage zu ihrer weiteren Lösung bieten könnte. Der Standpunkt, den die Resolution einnimmt, ist jedoch offenbar nicht richtig. Sobald man sich nicht mit einer theoretischen Proklamation begnügen wollte, woraus man in jedem einzelnen Falle logische Deduktionen machen und danach zu jeder einzelnen Frage den einzig richtigen Standpunkt einnehmen könnte, konnte die Resolution nicht genug allumfassend und breit sein. Die Nationalität ist ein zu sehr komplizirter Begriff, ja sogar ein Komplex von Begriffen, und es ist nicht möglich, ihn durch Aufzählung einzelner Eigenschaften zu erschöpfen. Bei dieser Resolution liegt die Sache so: Von den fünf Artikeln, auf die sich die Kommission geeinigt hat, berühren nur die zwei letzten die Nationalitätenfrage, und diese sind — negativ. In den übrigen Punkten der Resolution ist ein Bild Oesterreichs dargestellt, wie es sich vielleicht weiter entwickeln wird. Das ist dann eine staatsrechtliche Frage und berührt nur sehr entfernt die Nationalitätenfrage. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, dass über beide Theile dieser Resolution sich jetzt eine scharfe Debatte in und ausserhalb der Partei entwickeln wird, obwohl die bisherigen Parteidiskussionen gerade keine grossen Hoffnungen geben. Sei dem wie auch immer: es ist gut, dass auf die Tagesordnung des Parteitages die Nationalitätenfrage gestellt worden ist. Der Parteitag, obzwar er mit demonstrativer Einstimmigkeit gehandelt hat, war sich doch dessen bewusst, dass er kein Werk schaffe, auf welches die weitere, zwei Jahre dauernde Diskussion (bis zum nächsten Gesamt-Parteitage) keinen Einfluss haben würde. In dieser Zeit werden sich die Begriffe klären, und es wird dann möglich sein, sich mit der Nationalitätenfrage noch einmal zu befassen.

Viel interessanter war das Referat zum fünften Punkt der Tagesordnung: Die Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms. Die österreichische Sozialdemokratie konnte theils durch

die ungünstige Gesetzgebung, theils durch bisherige innere Organisations-Verhältnisse nicht dazu kommen, das aus etlichen in Eile geschriebenen und angenommenen Resolutionen bestehende Hainfelder Programm gehörig zu ordnen und zu vervollständigen. Die Nothwendigkeit dieser Vervollständigung war von Tag zu Tag merkbarer, und nach dem Parteitag in Brünn, welcher sich eingehender mit der Nationalitätenfrage beschäftigt hatte, noch fühlbarer als zuvor.

Ausserdem konnte nicht unbeachtet bleiben der Fortschritt in den Sozialwissenschaften, welcher seine Spuren schon in die Programme der sozialdemokratischen Parteien des Auslandes eingegraben hat, wogegen die österreichische Sozialdemokratie, die fast keine Theoretiker hatte, ungefähr dort geblieben war, wo sie vor zehn Jahren bei Verfassung des Hainfelder Programms gestanden hatte. Diesem Mangel sollte durch die Wahl einer Kommission zur Revision des Partei-Programms abgeholfen werden.

Ohne Debatte wurde eine Kommission mit Kooptationsrecht gewählt; sie wurde verpflichtet, das Ergebniss ihrer Arbeit der Gesamtpartei-Vertretung mindestens sechs Monate vor dem künftigen Parteitag vorzulegen. Alle diejenigen Genossen, welche in irgend einer Richtung etwas an dem jetzigen Programme auszusetzen haben, sind gehalten, sich mit ihren Ansichten an diese Kommission zu wenden. Dass dabei auch die Hilfe des Auslandes willkommen sein wird, ist selbstverständlich. Es ist kein Zweifel, dass hie und da überflüssig gesprochen und überflüssig debattirt werden wird, aber man kann zweierlei Vortheil daraus haben. Erstens wird das Hainfelder Programm mehr beachtet werden, da es in weitere Kreise eindringen und mit dem sozialistischen Programm des Auslandes verglichen werden wird, hauptsächlich mit dem Erfurter Programm, auf welches der Referent selbst aufmerksam gemacht hatte. Und dann wird sich hoffentlich die in Oesterreich noch beständig in den Kinderschuhen steckende sozialistische theoretische Forschung auch einmal ans Licht wagen.

Auch zum siebenten Punkt der Tagesordnung: Konsumvereine, war ein sorgfältiges Referat ausgearbeitet worden. Es ist dies eine Frage, die schon etliche Male auf den Parteitagen der österreichischen Sozialdemokratie aufgeworfen, aber niemals gänzlich gelöst wurde. Auch nicht in Brünn. In den Konsumvereinen erwächst eine wirtschaftliche Macht, welche sich die sozialistische Bewegung nicht entgehen lassen darf. Hier einzugreifen, und zur Zeit und glücklich einzugreifen, ist in der That ein sehr schwieriges Problem. Der letzte Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie in Linz gab dem Genossen Dr. Adler den Auftrag, das Material über die Konsumvereine zu sammeln und dasselbe dem Gesamtparteitag vorzulegen. Schade, dass die Debatte über die Konsumvereine so spät auf die Tagesordnung kam. Dem Referenten war es nicht einmal möglich, alles Material, welches er gesammelt hatte, anzuführen, obzwar schon aus den wenigen Ziffern, die er vorbrachte, die Wichtigkeit der Konsumvereine zur Genüge zu ersehen war. Der Referent nahm einen für die Konsumvereine günstigen Standpunkt ein. Was ihre Schattenseiten betrifft, so machte er darauf aufmerksam, dass diese Fehler

nicht in den Konsumvereinen selbst, sondern darin zu suchen sind; dass die Arbeiter als Unternehmer sich gerne billige Arbeitskräfte beschaffen; und zwar nicht nur in den Redaktionen der Parteiblätter, sondern auch in den Kaufmannsläden. Und weil für wenig Geld wenig Musik zu bekommen ist, können das nicht Leute von gehöriger Qualifikation sein, und kann man dann keinen Verein erhalten, der auf solider und besonders guter Leitung beruhen soll. Diese Vorwürfe wurden von mehreren Rednern wiederholt und durch verschiedene Beispiele bestätigt.

Die Majorität des Parteitags war jedoch nicht geneigt, die Konsumvereine in Gnaden aufzunehmen. Sie empfahl kalt die Resolution der Beachtung der Genossen; zwischen den Zeilen konnte man aber eine Aufforderung lesen, sich von diesen Vereinen möglichst fern zu halten. Dieser Standpunkt ist nur zu bedauern. Der Parteitag sollte mit all seiner moralischen Kraft und Stärke darauf einwirken, dass in den Konsumvereinen für höheres Gehalt geschulte Fachmänner angestellt werden, damit die Organisation der Handelsangestellten nicht genöthigt sei, so schroff ihnen gegenüberzutreten, wie dies geschehen ist. Der Parteitag hätte auch seine moralische Macht in der Richtung verwenden sollen, in den Konsumvereinen mehr „Genossenschaft“, mehr Gemeinsinn einzuführen, worüber der Referent so schön sprach. Dann wäre es auch nicht nöthig gewesen, zur grössten Vorsicht zu ermahnen oder gar Resolutionen vorzuschlagen, des Inhalts, die Sozialdemokratie habe mit den Konsumvereinen nichts zu schaffen.

So wie sich die Partei mit der Nationalitätenfrage befassen muss, so muss sie auch die Frage der Konsumvereine in die Hand nehmen. Dass sie ihr nicht wird ausweichen können, ist sicher. Es scheint aber, dass heute in der Partei eine Richtung die Oberhand gewonnen hat, welche, obzwar orthodox, dennoch — oder eben deshalb? — die wirthschaftliche Macht sehr niedrig schätzt.

Bei der Behandlung des sechsten Punktes der Tagesordnung: Arbeiterschutz, wurde eine ganze Reihe von besonders interessanten Anträgen gestellt. Leider kam es nicht mehr zu ihrer Behandlung und zu einer spezialisirten Debatte. Aber aus den blossen Anträgen war schon genügend zu ersehen, wie wenig zufrieden die Arbeiter mit der Gesetzgebung sind, von der man in Oesterreich glaubt, dass sie zum Schutz der Arbeiter eingeführt sei, und über die aus den Kreisen der Arbeitgeber fortwährend Klage geführt wird. Hauptsächlich wurden die Arbeiter-Versicherungen und die Gewerbeordnung schroff verurtheilt.

Eine unleidliche Debatte riefen auf dem Parteitag in Brünn die Frauen hervor. Schon bei dem dritten Punkt der Tagesordnung: Die Organisation der Gesamtpartei, beantragte das Frauenreichskomitee, dass die Frauen eines jeden Wahlbezirktes das Recht haben sollten, auf jeden Gesamtparteitag eine Delegirte zu senden. Mit Recht wurde ihnen eingewendet, dass die Delegirten weder von Männern noch von Frauen gewählt werden, sondern von Parteigenossen ohne Unterschied, und dass auch bei der Wahl prinzipiell kein Unterschied gemacht werde. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, dass dort, wo die Frauenbewegung genug stark ist und über eine fähige Person verfügt, auch eine Delegirte gewählt



wird. Die besonderen Forderungen der Frauen wurden anerkannt, diese könnten aber genügend von Frauen, welche so gewählt werden, vertreten werden. Das Frauenreichskomitee bestand jedoch darauf, dass es ein prinzipieller Antrag sei, und mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer vertraten die Frauen beinahe einen ganzen Tag ihren Antrag. Schliesslich erklärten sie sich mit dem Antrag des Genossen Hannich einverstanden, wonach ein jeder Wahlbezirk, wo auch Frauenorganisationen sind, neben ihren Delegirten auch eine Frau als Delegirte entsenden solle.

Bei dem achten Punkt des Programms: Die Frauenbewegung, war die Debatte vollständig akademisch und kalt, keine Lebensfähigkeit ist aus der Resolution des Frauenreichskomitees zu ersehen, obzwar mit besonderer Schroffheit und auffallender Schärfe verhandelt wurde. Nur ein Antrag einer czechischen Genossin, die als Delegirte vom XIV. Wahlbezirk entsendet worden war, war praktisch: Bei der Anstellung der Beamten in den Arbeiteranstalten dürfe nicht auf den Unterschied des Geschlechtes, sondern einzig und allein auf die Qualifikation Rücksicht genommen werden. Darüber wurde jedoch sehr wenig debattirt.

Die Debatte über die politische Situation und Taktik war sehr bewegt und scharf. Hier trat gleich am ersten Tage die Opposition auf, aber nicht gerade glücklich, so wie überhaupt auch das Referat nicht glücklich zu nennen war. Ein Resultat, glaube ich, hatte die Debatte doch. Man wird jetzt zur Agitation mehr Flugblätter benützen, und vielleicht werden sie auch — besser sein.<sup>2)</sup> Andererseits war die ganze Debatte unfruchtbar, weil über die künftige Parteitaktik nichts Anderes gesagt wurde, als dass sie auch fernerhin „sozialdemokratisch“, bei anderen „proletarisch“, sein werde, aber etwas Genaueres konnte eigentlich Niemand angeben.

Von den Anträgen war einer der wichtigsten ein mit 40 Unterschriften eingebrachter Antrag: dass die Parteiangestellten genöthigt werden sollten, zum Schutze ihrer Interessen eine Fachorganisation zu gründen. Es wurde hiermit die Aufmerksamkeit auf die traurige Thatsache gelenkt, dass die Angestellten der sozialdemokratischen Partei einen nicht nur sehr verantwortungsvollen, sondern auch einen sehr anstrengenden Dienst haben und für ihre Arbeit wenig bezahlt werden. Nun war ja wohl ein Jeder, der seiner Gesinnung gemäss der gemeinsamen Sache dienen wollte, darauf gefasst, mehr Arbeit und geringeren Lohn zu erhalten, als anderswo. Aber die Angestellten haben auch, wenn sie einmal nicht mehr arbeiten können, auf keine Unterstützung zu hoffen — und daher ist der erwähnte Antrag sehr verständig.

Die Ablehnung des Antrages, dass zum Parteitage auch die Redakteure der Parteiblätter zugelassen werden sollten, wurde als eine Folge des Misstrauens der Arbeiter gegen die Intelligenz angesehen. Ich glaube nicht, dass diese Ansicht zutreffend ist. Aber der Antrag war vielmehr an und für sich unbegründet. Die Redakteure der Parteiblätter haben auf ihren Nationalkongressen Platz und Stimme, und auch auf dem Gesamtparteitag sind ihrer genug als Delegirte anwesend. Wenn die

<sup>2)</sup> Das Kolportageverbot besteht in Oesterreich noch immer.

Redakteure aller Parteiblätter an den Kongressen theilnehmen sollten, so hätten sie die absolute Majorität. Die Presse lässt das ganze Jahr ihre Stimme hören; auf dem Kongresse soll die Stimme Derer gehört werden, welche nicht die Gelegenheit haben, anderswo vor der Oeffentlichkeit ihre Gedanken auszudrücken. Das, glaube ich, waren die Gründe, aus denen heraus der Kongress diesen Antrag verwarf.

Der Brünner Parteitag war der Anfang eines neuen Systems für die Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie. Zum künftigen Parteitag werden wahrscheinlich die Delegirten mehr vorbereitet hingehen und die Resolutionen mehr durchgearbeitet sein, so dass man mit Interesse die Debatte über die österreichische Handelspolitik und über die Kartelle erwarten kann, welche Punkte einen Theil der Tagesordnung desselben bilden sollen.

## Zum letzten Male Herr Dr. Franz Stahl.

Von

Franz Oppenheimer.

(Berlin.)

Herr Dr. Franz Stahl<sup>1)</sup> stellt an meine pädagogische Graththätigkeit starke Ansprüche. Es genügt ihm nicht, dass ich ihm in der politischen Oekonomie die Anfangsgründe beigebracht habe: er verlangt auch noch Elementarunterricht in den Gesetzen der litterarischen guten Sitte. Er schreibt nämlich: „Dass er — Oppenheimer — in folgedessen einen Ton anschlägt, den ich mir aus Selbstachtung ihm gegenüber nicht erlauben werde, hat er mit sich auszumachen.“ Als „marxistischer Kantianer“ ist Herr Stahl nicht einen Augenblick im Zweifel darüber, dass eine einfache „Conversio“ seines Satzes folgenden Inhalt desselben ergibt: der Oppenheimer hat durch den Ton seiner Polemik sich der „Achtung unwürdig gezeigt“, wie es in Disziplinarprozessen so schön zu heissen pflegt, oder: er besitzt weniger Selbstachtung, als Herr Franz Stahl!

Eine solche Abwehr wäre sittlich gerechtfertigt, wenn ich mich in der Polemik roher, vulgärer Ausdrücke bedient oder den Meinungsstreit vom Gebiete der sachlichen Diskussion auf das der persönlichen Verdächtigung hinübergespült hätte. Davon ist aber durchaus keine Rede. Ich habe lediglich einen unberufenen Dritten, der sich zum Schiedsrichter zwischen Kautsky und mir aufwerfen wollte, ohne die dazu erforderliche Autorität oder das dafür nöthige Wissen zu besitzen, mit ein paar schnellen Pritschenschlägen abgethan. Und jetzt, nachdem Herr Stahl seine verdiente Züchtigung erhalten hat, schreit er, dass die Sittlichkeit beleidigt sei, während doch nichts gekränkt worden ist, als sein eigenes, augenscheinlich sehr hoch gespanntes Selbstbewusstsein. Er hat mich zuerst und gänzlich unprovokirt angegriffen, hat mir Spitzfindigkeit und „überaus grosse Unklarheit“ vorgeworfen; und nun, wo ich mich wehre und seine Unzulänglichkeit mit der durchaus legitimen und solchem schwachen Gegner gegenüber geradezu gebotenen Waffe des Spottes zurückweise, verdächtigt er mich des Mangels an Anstand! Wenn das berechtigt ist, wie wenig „Selbstachtung“

<sup>1)</sup> Franz Stahl: Oppenheimer und seine präzise Polemik. Sozialistische Monatshefte, 1899, No. 9, pag. 454 ff.

müssen dann Männer, wie Schelling, Schopenhauer und Ferdinand Lassalle gehabt haben, die zuweilen einen noch ganz anderen „Ton angeschlagen“ haben!

Dass Herrn Stahl meine Erwiderung einigermaßen unangenehm sein würde, habe ich erwartet, muss aber jede Verantwortung dafür ablehnen; wer ins Feuer greift, verbrennt sich die Finger, und wer sich in den Kampf mischt, darf sich nicht wundern, wenn er Hiebe erhält. Wenn aber Herr Stahl mich des Mangels an litterarischem Anstand zeihet, weis ich auf den groben Klotz einen groben Keil gesetzt habe, so verbietet mir meine Selbstachtung, den dafür in der deutschen Sprache üblichen Ausdruck anzuwenden.

Soweit das Persönliche! Die sachlichen Angriffe des zweiten Artikels sind wieder derart, dass ich kaum eine Hoffnung auf eine schliessliche Verständigung hegen darf. Herr Stahl und ich sprechen augenscheinlich zwei verschiedene Sprachen und denken nach zwei verschiedenen Logiken. Er glaubt, mir die grössten Widersprüche nachweisen zu können, die zu „enträthseln“ er sich ausser Stande fühlt. Diese Widersprüche existiren nur in seiner eigenen verworrenen Terminologie. Ich wage einen (unwiderruflich letzten) Versuch der Aufklärung:

Jede Expropriation ist „ökonomisch“, insoweit das Resultat in Betracht kommt. Das liegt schon im Worte. Jemand wird *ex proprio* gesetzt, seines Eigenthums beraubt. Es giebt keine Expropriation, die nicht in die ökonomische Sphäre hineingreift. Oder, um ganz exakt zu reden: jede Expropriation schädigt die Sphäre einer oder mehrerer Privatwirthschaften.

Aber nicht jede Expropriation ist auch insoweit ökonomisch, als das Mittel in Betracht kommt. Hier sind zwei grundsätzlich entgegengesetzte Mittel zu unterscheiden. Das erste ist die Gewalt in jedem Sinne, von der Eroberung und Unterwerfung bis zum gemeinen Diebstahl und Strassenraub. Hier wirkt eine Kraft enteignend, die von aussen her in das Getriebe der Volkswirtschaft hineingreift, um dem Einen zu geben, was dem Andern gehörte. Und weil diese Kraft eben von aussen her in die Volkswirtschaft eingreift, deshalb muss man sie als nicht-ökonomischer Natur bezeichnen, obgleich ihr Endergebniss eine ökonomische Schädigung von Privatwirthschaften ist.

Das zweite Mittel der Enteignung ist nun eine Kraft, die durchaus innerhalb der Sphäre der Volkswirtschaft entsteht und wirkt, die „freie Konkurrenz“ der Waarenproduzenten. Sie ist daher eine „ökonomische“ Potenz im strengen Sinne des Wortes. Und darum muss man diese Form der Enteignung im Gegensatz zu der ersten als ökonomisch bezeichnen.

Die erste Kraft, die nicht-ökonomische, ist im Wesentlichen diejenige, die die Einkommen- und Vermögensvertheilung der vorkapitalistischen Gesellschaftsformen vollzieht; die zweite Kraft besorgt die Distribution der kapitalistischen Gesellschaft. Da beide Mittel, wie gezeigt, auf die Privatwirthschaften die gleichen Wirkungen haben, so unterscheiden sich vorkapitalistische und kapitalistische Wirthschaftsstufen nicht im Ergebniss der Massenexpropriation durch eine herrschende Klasse, sondern lediglich durch die Mittel dieser Enteignung. Und darum durfte ich sagen und wiederhole es ausdrücklich, was ich in meiner ersten Replik ausführte: „Das Verständniss dessen, was die „freie Konkurrenz“ gerade als gewaltlose Form der Expropriation als Charakteristikum der kapitalistischen Wirthschaft . . . zu bedeuten hat, ist nun zufällig das A B C der politischen Oekonomie.“

Wenn nun Herr Stahl Recht hat, so bin gerade ich ein vollkommener Analphabet auf diesem Gebiete, denn ich habe diesen Punkt ganz und gar nicht verstanden. Herr Stahl schreibt wörtlich: „Letzterer (nämlich meine Wenigkeit) bestreitet bekanntlich, dass die freie Konkurrenz expropriire.“

Es steht da! Es ist erstaunlich!

Wenn Herr Stahl das wirklich glaubt, dann begreife ich nicht, wie er auch nur einen Augenblick auf den Gedanken kommen konnte, einen so unglücklichen armen Teufel litterarisch anzugreifen, statt dem nächsten besten Irrenarzt einen verständnissvollen Wink zu geben. Man muss nach Athem schnappen, wenn man schwarz auf Weiss liest, dass ein akademisch gebildeter Mann, der über volkswirtschaftliche Dinge schreibt, einem anderen vorwerfen kann, dass er „bekanntlich bestreite, dass die freie Konkurrenz expropriire“!

An dieser Stelle tritt die naive Verständnisslosigkeit meines Herrn Gegners so rührend ans Tageslicht, dass es mich fast reut, so scharf gegen ihn vorgegangen zu sein. Er hat überhaupt nicht begriffen, um was es sich handelt, obgleich er unmittelbar anschliessend meinen entscheidenden Satz zitiert.

Ich behaupte Folgendes:

Die „freie Konkurrenz“ kann nur da expropriirend wirken, wo Machtpositionen nicht-ökonomischen Ursprungs in dem Wirtschaftsorganismus vorhanden sind, die die Strömung der Arbeitskräfte zum Gleichgewicht stören. Um mich der spöttischen Terminologie meines Gegners zu bedienen, so behauptet Oppenheimer I, dass in einer von jeder Machtposition nicht-ökonomischen Ursprungs befreiten Tauschwirtschaft die „freie Konkurrenz“ nicht expropriiren könne, und Oppenheimer II behauptet, dass es nur die Anwesenheit solcher Machtpositionen in unserer Wirtschaft erklärt, dass die freie Konkurrenz hier expropriirend wirkt. Diese beiden Behauptungen erscheinen Herrn Stahl als „vollkommener Widerspruch, gleich geheimnissvoll für Weise wie für Thoren“. Er kann sie nicht enträthseln und ruft einen neuen Oerindur zu Hilfe. Für die „beiden Herren Oppenheimer“ aber und wohl für jeden urtheilsfähigen Dritten sind die beiden Behauptungen schlechthin identisch, nichts als logische Wendungen derselben am Anfang dieses Absatzes aufgestellten These.

Diese These zu beweisen, habe ich unter Anderem den Nachweis geführt, dass die kapitalistische Wirtschaft lediglich dadurch entstand, dass im XIV. und XV. Jahrhundert eine „nicht-ökonomische“ Revolution der agrarischen Besitzverhältnisse eine solche zerstörende Machtposition, das Grossgundeigenthum, in die Tauschwirtschaft hineinstellte, und habe damit für jeden ehrlichen und urtheilsfähigen Gelehrten bewiesen, dass die Marxsche Darstellung falsch ist, wonach ein inneres „ökonomisches“ immanentes Entwicklungsgesetz die Wirtschaft von einer Stufe zur anderen führte. Und deshalb musste ich so streng auf Präzision der Begriffe halten.

Klarer kann ich mich Herrn Stahl nicht mehr machen. Ich überlasse ihm jetzt das Feld bedingungslos. Sonst könnte diese Diskussion nicht nur mir langweilig werden.<sup>2)</sup>

<sup>2)</sup> Verschiedene äussere Umstände haben bewirkt, dass diese Antwort etwas verspätet erscheint. Vielleicht sieht der Referent des Vorwärts, der über mein Duell mit Herrn Stahl so ausführlich berichtete, jetzt, dass ich noch nicht ganz todt bin.

Eine Randbemerkung! Ich mag Niemandem unnöthig wehe thun. Herr Stahl hat den Ausdruck: Gedankenschmiere in meiner ersten Replik sehr übel genommen. Das

# Zum letzten Male auch Herr Dr. Franz Oppenheimer.

Von  
 Franz Stahl.  
 (Mainz.)

Herr Oppenheimer würdigt mich „schwachen“ Gegner, der „ohne das erforderliche Wissen“ sich an ihn herangewagt hat, ganz unerwartet noch einer Antwort, die nicht verfehlt hat, mein „Selbstbewusstsein“ zu einiger Heiterkeit anzuregen — wie schon seine letzte Entgegnung. Diese hat mir wirklich — was er doch merken konnte, nicht „wehe“ gethan, wie er meint; auch die „Gedankenschmier“ hatte ich bereits ganz richtig aufgefasst; er hat es also nicht nöthig, sich bei mir zu entschuldigen.

Verstanden aber hat Herr Oppenheimer den Kern dessen, was ich an ihm auszustellen habe, weder damals noch jetzt. Er macht noch einen letzten verzweifelten Versuch, mich zu belehren, dass jede Expropriation „ökonomisch“ sei, soweit das Resultat, aber nicht, soweit das Mittel in Frage komme. Das weiss ich ganz wohl und habe es nie bestritten. Aber ausser Resultat und Mittel kommt noch etwas in Frage: der Ursprung, d. h. die Grundbedingungen, die zur Anwendung des betreffenden Mittels führen. Sie bestehen, wie ich mit Marx glaube, wesentlich in der ökonomischen Struktur der jeweils gegebenen Gesellschaft. Von diesem Gesichtspunkt aus, dünkte ich, sei die Gewalt ebenso sehr eine ökonomische Potenz — oder Funktion, wie ich es im Septemberhefte, pag. 455, ausdrückte —, wie die „freie Konkurrenz“. Aber auf diesen wesentlichen Gesichtspunkt geht Herr Oppenheimer gar nicht ein, er schreibt wieder, ganz unschuldsvoll die Gesichtspunkte vermengend: „Die freie Konkurrenz kann nur da exproprirend wirken, wo Machtpositionen nicht ökonomischen Ursprungs (sic!) . . . vorhanden sind.“ Ja freilich, wenn man die Gewalt als *deus ex machina* behandelt, so kann man sich nachher aufs hohe Ross setzen und behaupten, man habe „für jeden ehrlichen und urtheilsfähigen Gelehrten bewiesen, dass die Marxsche Darstellung“ von einem „ökonomischen immanenten Entwicklungsgesetz der Wirthschaft“ „falsch“ sei.

Jenen nach meiner schwachen Einsicht grundlegenden Mangel hatte ich neben etlichen anderen bereits in Oppenheimers Werken bemerkt; und da ich sie in dem von mir angegriffenen Artikel so hübsch beisammen fand, so glaubte ich mich berechtigt — wenn auch nicht von Herrn Oppenheimer berufen — eine sachliche Kritik zu üben, in der leisen Hoffnung, sie werde einen ehrlichen und

beruht auf einem Missverständniss, an dem ich aber die Hauptschuld trage, und das ich deshalb aufklären und meinewegen auch entschuldigen will: Schmiere ist ein Ausdruck des chemischen Laboratoriums; er bedeutet dort eine Substanz, die durchaus nicht krystallisiren will. Ich glaubte, durch die Stellung des Wortes im Satze: „Die amorphen Gedankenschmier“ zu analysiren, d. h. in ihre chemischen Componenten zu zerlegen“, diesen Sinn klar gestellt zu haben. Ich wollte damit sagen, dass die Gesamtaufassung meines Herrn Gegners eine Mischung verschiedener Gedanken und Begriffe ist, die sich nicht als scharfe „logische Individuen“ von einander trennen lassen. Jede beleidigende Beziehung des Wortes, jeder Anklang etwa an schmierig = schmutzig — oder an die Schmiere als Bezeichnung einer Schauspielgesellschaft niederster Gattung lag mir fern. Nachdem Herr Stahl sich gekränkt fühlt und einige Freunde mir sagen, dass der Ausdruck für einen Nicht-Chemiker kaum verständlich ist, benutze ich gern die Gelegenheit, ihn hier in seiner beabsichtigten Bedeutung klar zu stellen und Herrn Stahl für die Anwendung eines zu Missverständnissen geeigneten Wortes mein Bedauern auszusprechen.

vorurtheilslosen Gelehrten vielleicht zur Nachprüfung anregen. Freilich, wenn ich gewusst hätte, dass nach besagtem unfehlbaren Beweise Jeder, der dessen Stichhaltigkeit bezweifelt, nothwendiger Weise entweder unehrlich oder urtheilslos ist, dann wäre ich nicht so kühn gewesen. Aber das Unglück ist geschehen, und nun muss ich mein Schicksal tragen.

Ja so geht's bei einem „augenscheinlich sehr hoch gespannten Selbstbewusstsein!“

## Zur Reform des Strafprozesses.

### Noch ein Nachwort zum Harmlosen-Prozess.

Von

Emil Roth.

(Berlin.)

Der Reichstag wird sich in der nächsten Zeit wiederum mit der allgemach brennend gewordenen Frage der Strafprozessreform zu befassen haben. Freilich ist die Befürchtung gerechtfertigt, dass irgend etwas Erspriessliches aus dieser Aktion nicht hervorgehen wird; denn die Regierung, die schon ihrem eigenen früheren Entwurf als Aequivalent für die nur widerwillig zugestandene Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern ein ganzes Bündel erheblicher, selbst für nationalliberale Gemüther geradezu unannehmbarer Verschlechterungen aufgepackt hatte, wird sich voraussichtlich mit noch grösserer Entschiedenheit gegen jeden aus der Initiative des Reichstages selbst hervorgehenden Reformvorschlag sträuben. Diesem unbegreiflichen Verhalten der Regierungen gegenüber dürfte es doppelt geboten sein, angesichts des völligen Zusammenbruches, den unser Strafverfahren in dem denkwürdigen Prozess der Harmlosen erlitten hat, mit aller Energie darauf hinzuweisen, dass es so nicht weiter gehen kann. Alle die schwachen Seiten und dunklen Punkte unseres Strafprozesses sind ja den Eingeweihten, namentlich soweit sie sich aus dem Anwaltstand rekrutiren, leider aus zahlreichen trüben Erfahrungen sehr genau bekannt; noch nie sind sie aber, zu einem holden Strauss vereint, so offen vor aller Welt auch dem Laien erkennbar zu Tage getreten, wie in diesem Prozess, der die völlige Unhaltbarkeit des jetzigen Verfahrens vor Aller Augen aufgedeckt hat. Darüber nur einige kurze Bemerkungen.

Da ist zunächst das Voruntersuchungsverfahren, worunter ich hier nicht die richterliche Voruntersuchung im technischen Sinne, sondern jedes polizeiliche, staatsanwaltliche oder gerichtliche Verfahren, das zur Erhebung einer Anklage führen kann, verstehe. Sein grösster Fehler in seiner jetzigen Gestaltung ist, dass es dem Einfluss der Staatsanwaltschaft vollständig und nahezu ausschliesslich preisgegeben, dem des Angeschuldigten aber völlig entrückt ist; dass dieser Einfluss sich sogar auch bei der gerichtlichen Voruntersuchung sehr maassgebend geltend zu machen weiss, haben wir bei dem Harmlosen-Prozess in typischer Klarheit erkennen dürfen, obwohl diese Thatsache den Eingeweihten nie zweifelhaft war. Die Konferenzen des Herrn von Manteuffel und des Untersuchungsrichters mit den Beamten der Staatsanwaltschaft, aus denen sich die durchaus ungerecht-

fertigte Verhängung der Untersuchungshaft über die drei Angeschuldigten herauskrystallisirte, und die in der Hauptverhandlung eine so eigenartige Beleuchtung erfuhren, dürften noch in allgemeiner Erinnerung sein. Dieser Alles überragende staatsanwaltliche Einfluss giebt dem Verfahren sehr häufig von vornherein eine durchaus falsche Richtung, namentlich bei komplizirteren Thatbeständen, in denen es auf jedes Einzelmoment ankommt. Die Zeugen stehen von vornherein unter einem dem Angeklagten ungünstigen Eindruck, jede an sich noch so unauffällige Kleinigkeit wird zum Verdachtsmoment, das Entlastungsmaterial tritt — das ist ja bei dem Fehlen jedes Einflusses von Seiten des Angeschuldigten durchaus natürlich — mehr oder weniger zurück — und so kommen denn, ohne dass irgend eine der beteiligten Amts- oder Privatpersonen auch nur im Geringsten pflichtwidrig oder fahrlässig verfährt, durch die blosse Struktur des Verfahrens Protokolle zu Stande, die später in der Hauptverhandlung wie Spreu vor dem Winde zerstieben und das entsetzte Staunen der beteiligten Zeugen selbst erregen. Auch diese, allen Fachmännern, insbesondere den Vertheidigern, wohlbekannte Erscheinung trat ja im Harmlosen-Prozess mit geradezu peinlicher Schärfe in steter Wiederholung zu Tage. Freilich trägt daran auch das durchaus veraltete, ausschliesslich schriftliche Verfahren sein vollgerüttelt Maass von Schuld. Die unter Ausschluss des Angeschuldigten und der Vertheidigung zu Stande kommenden Protokolle lassen in ihrer trostlosen Uniformität alles das vermissen, was der Aussage des Zeugen erst ihren Werth oder Unwerth verleiht; der persönliche Eindruck des Zeugen, seine grössere oder geringere Unsicherheit, das unwillkürliche Hervortreten seiner Sympathie oder Antipathie für den Angeschuldigten, kurz alle die Imponderabilien, die so schwer in Worte zu fassen und doch von so kolossaler Wichtigkeit sind, sie alle gehen bei der Einsargung der Aussage im Protokoll einfach verloren, sie fallen unter den Tisch. So erklärt sich die dem Laien oft unerklärliche Thatsache, dass die Zeugen-Aussagen der Hauptverhandlung oft so stark von denen der Voruntersuchung abweichen, dass die Nuance von Belastung, die sie dort — ich möchte fast sagen: unwillkürlich — erhalten haben, vor dem Gerichtshof nicht nur verschwindet, sondern sich oft sogar in das Gegentheil umkehrt. Auch in dieser Hinsicht hat ja der Harmlosen-Prozess eine Fülle von Material zu Tage gefördert. So kommt es, dass leider sehr häufig das Bild der Sachlage im Vorverfahren, ohne dass einer beteiligten Stelle die Schuld dafür zuzuschreiben wäre, sehr stark verwischt wird, oft so stark, dass auch in dem nachfolgenden mündlichen und kontradiktorischen Hauptverfahren die früher begangenen Fehler garnicht mehr gut gemacht werden können. Dass diese Wirkung fast ausschliesslich zu Ungunsten des Angeschuldigten eintritt, bedarf nach dem Vorangeschickten keines Beweises; er ist ja, wie die Dinge liegen, ohne jeden Einfluss auf das Vorverfahren und — das ist wohl angesichts der Thatsachen nicht zu viel gesagt — ein fast willenloses Objekt für die Thätigkeit der Anklagebehörde.

Wie ist nun diesen schwer empfundenen Mängeln, die schon so viele zu Unrecht erhobene, später mit Freisprechung endende Anklagen, schon so viele Fehlsprüche der erkennenden Gerichte, schon so viele unnütze Arbeit und Millionen nutzlos verpuffter Kosten verschuldet haben, abzuhelpen?

Ich müsste meinen, der Weg sei sehr einfach, so einfach, dass er Keinem, der sehen will, entgehen kann. Man gebe doch dem Angeschuldigten den unbedingt nothwendigen Einfluss auf das Vorverfahren, den er und die Vertheidigung heute schmerzlich entbehren! Freilich sagen die §§ 137 und 142 St.P.O., dass sich der Beschuldigte in jeder Lage des Verfahrens; also auch im Vorverfahren, eines Vertheidigers bedienen dürfe. Aber diese freundliche Ermächtigung klingt dem Eingeweihten wie ein Hohn auf ein wirkliches Recht! Man muss es einmal durchgemacht haben, was es heisst, vor den Zimmern der Untersuchungsrichter und Staatsanwälte stundenlang antichambriren zu müssen, um einmal in 10 Fällen für Minuten die grosse Gnade der Akteneinsicht gewährt zu erhalten, man muss sich dutzendfach in den Gerichtsschreibereien herumgedrückt haben, auf die Liebenswürdigkeit untergeordneter Beamten angewiesen, um ermassen zu können, wie angenehm und wie einflussreich die Thätigkeit des Vertheidigers im Vorverfahren ist. Man lasse doch von diesem bornirten, gänzlich ungerechtfertigten Misstrauen gegen die Vertheidigung, das die Strafprozessordnung gleichsam legalisirt und die Praxis der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit liebevollstem Eifer allezeit bethätigt hat. Man schaffe ein modernes, lebensvolles, mündliches, kontradiktorisches Vorverfahren, man gebe dem Vertheidiger das Recht, jeder Zeugen- und Sachverständigen-Vernehmung beizuwohnen, direkte Fragen und eigene Beweisanträge zu stellen, die nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen abgelehnt werden dürfen. Man gebe ihm vor Allem das Recht der Akteneinsicht in jedem Stadium des Verfahrens und das des unkontrollirten schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit dem Angeklagten, während heute der Vertheidiger im Vorverfahren behandelt wird, als wäre er der verkappte Mitschuldige, mindestens aber der stille Begünstiger des Angeklagten! Der deutsche Anwaltsstand, der die früher so gefürchtete freie Advokatur so glänzend vertragen und gerechtfertigt hat, wird auch im Strafprozess die Erwartungen erfüllen, von denen eine freiere Gestaltung des Verfahrens nothwendig ausgehen muss. Damit wird dann, beiläufig bemerkt, auch der schmerzlich empfundene Uebelstand beseitigt werden, dass die Vertretung in Strafsachen, namentlich in den Grossstädten, mehr und mehr das Monopol eines kleinen Ringes von Anwälten wird, während sich gerade die besten und fähigsten Kräfte der Anwaltschaft in begreiflichem Unmuth über die in mancher Hinsicht geradezu unwürdige Stellung der Vertheidigung von den dankbaren Aufgaben derselben strikt zurückziehen. Freilich, was sich jetzt der Vertheidiger an Misstrauen und Zurückweisung bieten lassen muss, das kann freie und unabhängige Naturen nicht locken; aber man schaffe der Vertheidigung wirkliche Rechte und eine dem gewaltigen Einfluss der Anklagebehörde wenigstens einigermaassen gleichgeartete Stellung, und man wird sehen, wie schnell sich sachlich und persönlich das Niveau der Vertheidigung heben wird!

Nach meiner Ueberzeugung — und sie ist in Anwaltskreisen die durchaus herrschende — ist die praktische Durchführung dieser Forderungen der einzige Weg zu einer gründlichen Reform unseres Strafprozesses; eine durchgreifende Gesundung der Verhältnisse kann nicht eher eintreten, bis nicht auch im Vorverfahren dem Angeklagten der ihm natürlich zustehende



Einfluss zugestanden und dadurch ein ausgleichender Faktor gegenüber der Staatsanwaltschaft geschaffen ist. Mit den vorstehend geschilderten Mängeln des Vorverfahrens hängt eng zusammen das leidige Kapitel der Untersuchungshaft, die partie honteuse unseres Strafprozesses. In dieser Beziehung haben sich — ich darf diese Thatsache wohl als notorisch bezeichnen — im Laufe der Zeit unter dem dominirenden Einfluss der Anklagebehörde, zu dem ein Gegengewicht überhaupt nicht vorhanden ist, Missstände entwickelt, die immer und immer wieder den energischsten Protest hervorrufen müssen und dringend der Abhilfe bedürfen. Der deutsche Normalphilister hat gemeinhin nicht die entfernteste Vorstellung davon, wie leicht es heutzutage Gerichten und Polizeibehörden gemacht ist, auf die vagsten und nichtssagendsten Indizien hin einen völlig Unschuldigen in Untersuchungshaft zu stecken, ihm also ein Uebel anzuthun, das für sehr Viele mindestens ein Höchstmaass von Kränkung und Unannehmlichkeit, häufig aber die vollständige Vernichtung der Existenz, die berufliche und soziale Aechtung bedeutet. Es sind dunkle Blätter in der Geschichte des deutschen Strafprozesses, die wir hier aufschlagen; würde man eine Zeit lang nur die doch sehr unvollständigen und nur die seltensten Fälle berührenden Berichte der Tagespresse über diese Materie sammeln, man würde eine grauenerregende Summe von unverschuldetem Unheil vor Augen bekommen, das da von Obrigkeitwegen über Unschuldige oder Leute verhängt wird, die, wenn auch schuldig, doch ohne alles Recht der — nach der Tendenz jedes vernünftigen Strafprozesses nur ausnahmsweise zu verhängenden — Untersuchungshaft verfallen. In diesem Punkt ist eine Ueberproduktion vorhanden, die immer grössere Dimensionen annimmt: die Untersuchungshaft wird zur Regel, wiewohl sie nur als Ausnahme gedacht und zugelassen ist. Die sogenannten Kautelen dagegen — gerichtliche Verhängung und Zulassung des Beschwerdeweges — sind aus allgemein bekannten Gründen, die die Spatzen von den Dächern pfeifen, von minimaler Bedeutung, wie sie denn auch die furchtbare Ausbreitung des Uebels nicht im Geringsten haben hindern können. Ich erspare es mir, auf Einzelheiten einzugehen; jeder Leser dieser Zeitschrift wird aus seiner Erfahrung einen oder mehrere Fälle dieser Art zur Hand haben, einfach, weil diese Fälle typisch sind und nirgends fehlen. Nur auf die Fälle Auerbach und Kayser und Genossen will ich kurz verweisen; der eine ganz besonders hervorstechend in seinen Folgen, der andere in seiner Entstehungsgeschichte. Hier ein Mann, der, mitten aus seinem Geschäftsleben herausgerissen, unter der schweren Anschuldigung der Beihilfe zum betrügerischen Bankerott verhaftet wird, um nach 1½-jähriger Untersuchungshaft schliesslich freigesprochen zu werden, und zwar nicht etwa wegen Mangels an Beweisen, sondern wegen klar erwiesener völliger Unschuld! Musste doch der Staatsanwalt schliesslich selbst die Freisprechung beantragen und dabei sein Bedauern darüber aussprechen, dass überhaupt Anklage erhoben worden sei. Freilich war damit für ihn die Sache abgethan; nicht so für den Angeklagten, der — ein Bettler und gebrochen an Leib und Seele — das Gefängniss verliess! Vermögen, Ehre, Familienglück, Alles hatte ihm dieser Strudel mit hinab in die Tiefe gerissen. Aber was thut das Alles? Ein verwüstetes Menschenschicksal mehr auf dem so schon schlimm genug belasteten Konto der

Untersuchungshaft, und — es bleibt Alles beim Alten, obgleich man billig daran zweifeln könnte, ob die Thatsachen noch lauter sprechen könnten! Ganz besonders interessant ist aber die Geschichte des Harmlosen-Prozesses in diesem Punkt, der immer und immer wieder von der unermüdlichen Vertheidigung angeschnitten, schliesslich doch die erwünschte, höchst merkwürdige Klärung erhalten hat. Herr von Manteuffel erfährt angeblich vom Grafen Königsmarck, dass diesem von dritter Seite eine angebliche Aeussereung Kröchers berichtet sei, nach welcher Letzterer den Oberkellner Montaldi nach Zahlung einer grösseren Summe über die Grenze geschafft habe. Man sieht: es ist ein prachtvolles präzises Thatsachenmaterial, über das Herr von Manteuffel verfügt! Aber das schadet nichts: das Material reicht aus! Herr von Manteuffel verfasst einen seiner nicht mit Unrecht so beliebten Berichte an den Untersuchungsrichter, dieser konferirt schleunigst mit ihm und dem Oberstaatsanwalt, und das Resultat: am nächsten Tage sitzen die drei Leute hinter Schloss und Riegel, wo sie sich acht Monate ausruhen dürfen! Da helfen keine Entlassungsanträge und Beschwerden, Landgericht und Kammergericht billigen die Anordnung der Haft, denn es liegt ja nach dem famosen Bericht des Herrn von Manteuffel Kollusionsverdacht im höchsten Grade vor! Schade nur, dass Keiner der Angeklagten in der Lage ist, die falschen Angaben dieses Berichtes zu widerlegen, da weder sie, noch ihre Vertheidiger die sorglich gehüteten Akten zu sehen bekommen! Schade nur, dass, wie die Hauptverhandlung klarlich ergab, nicht ein Wort dieses Berichtes den Thatsachen entsprach, dass Montaldi ganz harmlos abgereist war, weil er — sehr begreiflich übrigens — mit Gerichten und Polizei in Preussen nichts zu thun haben wollte, dass Alles, was Kröcher dem Zeugen von Zakrzewski, dieser wieder dem Zeugen Königsmarck und dieser dem Herrn von Manteuffel mitgetheilt hat, durchaus unverfänglich war, mindestens aber zur Begründung des Kollusionsverdachtes auch nicht im Entferntesten ausreichte. Thut nichts, der Jude wird verbrannt! Die Chronik der Untersuchungshaft war wieder einmal um einen schönen Fall reicher!

Ich habe diese beiden Fälle etwas ausführlicher behandelt, weil sie, jeder in seiner Art, ganz besonders einleuchtend die ungeheuren Mängel und Schäden des jetzigen Verfahrens erkennen lassen. Dasselbe bedarf einer Reformation an Haupt und Gliedern; die Verhängung der Untersuchungshaft muss ganz erheblich erschwert, ihre Aufhebung ebenso erleichtert werden. Eine Maassregel aber bedarf insbesondere der Durchführung: die längst verlangte Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft muss konzedirt werden, weil von ihr der grösste Erfolg für die Durchführung unserer Reformforderungen zu erwarten ist. Staatsanwälte und Gerichte werden sich, wenn erst die Staatskasse nach jeder Freisprechung oder Einstellung des Verfahrens für die zu Unrecht verhängte Untersuchungshaft bluten muss, in dieser Beziehung eine sehr lobenswerthe, jetzt schmerzlich vermisse und für die Zukunft dringend nothwendige Zurückhaltung auferlegen. Das wird durchgreifender helfen, als Beschwerdekammern und Senate!

Wenn die Verhandlungen des Reichstages diese Gesichtspunkte betonen sollten, so werden sie das Uebel an der Wurzel fassen; mit

welchem praktischen Erfolge, darüber sind freilich in den gegenwärtigen Zeitläuften Illusionen leider nicht möglich. Indessen:  
in magnis voluisse sat est.

## Zur Theorie der Flottenfrage.

Von

Erich Rother.

(Berlin.)

Vor einigen Wochen ist die Regierung, wohl alle Parteien gleichmässig überraschend, mit einem neuen Flottenplane vor die Oeffentlichkeit getreten. Seitdem ist der alte Kampf um die Flotte, den man mit der Annahme des Flottengesetzes für eine Reihe von Jahren begraben glaubte, aufs Neue und heftiger denn je entbrannt. Man hat wohl auf keiner Seite erwartet, dass die sozialdemokratische Partei sich für die Regierungsvorschläge erwärmen würde, und in der That ist diesem jüngsten Projekt gegenüber der ablehnende Standpunkt in der Partei ein allgemeiner; aber mag man auch dem gegenwärtigen Plane so unfreundlich wie nur denkbar gegenüberstehen, so wird man doch nicht leugnen können, dass die ganze Frage der Flottenpolitik auch für die Arbeiterklasse eine ganz eminente Bedeutung besitzt. In ihr liegt der Angelpunkt unserer inneren Politik; von der Art ihrer Lösung und deren Rückwirkung auf die Stellung der Parteien und die Politik der Regierung wird es vielleicht abhängen, ob die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe in ruhiger, friedlicher Entwicklung weiter führen kann, oder ob sie ihre Kraft darauf konzentriren muss, in erbitterten Fehden ihre ohnehin geringen Rechte zu retten. Liesse schon diese Lage der Dinge wohl eine eingehende Erörterung als höchst wichtig erscheinen, so zeigt die Frage: braucht Deutschland eine Schlachtflotte? auch abgesehen hiervon, Seiten, welche in nicht geringem Maasse die Aufmerksamkeit der arbeitenden Klassen verdienen und Veranlassung zu einer ernsthaften Prüfung geben sollten.

Betrachten wir das Problem einmal rein abstrakt, ohne Rücksicht auf die konkreten Flottenpläne der Regierung und die durch die allgemeine politische Lage gebotene Stellung der Arbeiterklasse.

Die Nothwendigkeit äusserer Machtmittel für eine Volksgemeinschaft wird nur der in Abrede stellen dürfen, welcher von vornherein alle Interessenkonflikte auf gütlichem Wege schlichten zu können meint. Dass dies nicht der Fall, lehrt die Geschichte. In blutigen Zusammenstössen hat — wie im Kampfe ums Dasein in der ganzen Natur — stets der Stärkere seine Macht zum Recht gestaltet. Gewalt war nicht nur, wie Marx sagt, die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft, sie hat überall da, wo die vitalen Interessen der Völker aufeinanderstiessen, den Ausschlag gegeben. Heute prallen die Gegensätze schärfer denn je hervor, und über die Apostel friedseliger Harmonieen, die Spätlinge eines naturphilosophischen Doktrinarismus, schreiten die Ereignisse mit ehernem Gang hinweg. Freilich sind der deutschen Arbeiterklasse der Krieg und seine Greuel, wie überhaupt jeder Appell an die Gewalt, von jeher verhasst gewesen, aber so sehr sie auch, wie alle gesitteten Menschen, mit den Friedensbestrebungen sympathisirt hat, so hat sie doch nie die Nothwendigkeit übersehen, unter Umständen das Schwert entscheiden zu lassen. Hatte doch lange Zeit der Krieg gegen Russland in der Partei die wärmsten Fürsprecher; mit der Niederwerfung des

Zarismus glaubte man eine der wichtigsten Vorbedingungen für den Sieg des Proletariats in Europa zu schaffen. Glaubte man hier, um die vitalsten Interessen der arbeitenden Klassen zu fördern, selbst vor dem Wagniss des eisernen Würfelspiels nicht zurückschrecken zu dürfen, so wird man die Idee an sich nicht perhorresziren können, für sie auch einst mit Panzern und Torpedos zu streiten. Es ergibt sich also die Frage: Sind Umstände vorhanden oder zu erwarten, welche es der deutschen Arbeiterklasse erwünscht erscheinen liessen, dass Deutschland über die Machtmittel einer grossen Flotte verfüge? Oder mit anderen Worten: Hat die deutsche Arbeiterklasse vitale Interessen über See, die eventuell in kriegerischen Zusammenstössen mit nur zu Wasser angreifbaren Nationen zu erhalten oder zu befestigen wären?

Man wird diese Frage unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten haben, einmal, ob die Arbeiterklasse als Beherrscherin eines sozialistischen Gemeinwesens, nachdem der „grosse Krach“ die kapitalistische Gesellschaft verschlungen, zum zweiten, ob sie innerhalb der kapitalistischen Wirthschaft und ihrer für nicht absehbare Zeit gesicherten Fortdauer derartige Interessen haben würde. Die Einnahme des Standpunktes hängt für den Einzelnen davon ab, welche Stellung er der „Zusammenbruchstheorie“ gegenüber inne hat. Eine Erörterung dieser selbst ersparen wir uns indessen, da die Betrachtung der verschiedenen Eventualitäten eine solche überflüssig macht.

Setzen wir also einmal die Zusammenbruchstheorie als richtig voraus, und suchen wir uns in die Situation zu finden. Die Ueberproduktion ist ins Maasslose gestiegen, wie ein hungriger Wolf jagt das Kapital auf den Märkten umher, überall seine Waaren anbietend und überall geschlossene Thüren findend. Der Absatz stockt nicht nur, er hört auf, die Waaren stauen sich, die Zahlungen werden eingestellt, Kaufleute und Fabrikanten falliren, die Arbeiter fliegen in Massen auf die Strasse, das Ende der kapitalistischen Welt ist gekommen. Verelendet und brodlos, ohne Aussicht auf Besserung, schreitet die Masse zum Aeussersten, und nach blutigem Ringen erstet die Diktatur des Proletariats als Beginn einer neuen Welt. Der Arbeiterklasse wird nun die Aufgabe, ein neues Wirtschaftssystem zu organisiren. Welche Mittel stehen ihr dazu zu Gebote? Suchen wir der Prämisse wegen uns in groben Umrissen den weiteren eventuellen Verlauf der Dinge zu vergegenwärtigen.

Man wird von vornherein den Gedanken abzuweisen haben, dass die sozialistische Organisation der Gütererzeugung und -Vertheilung sich auf einer alle Klassen und Völker umspannenden Basis vollziehen könne, selbst wenn der Sieg des Proletariats ein internationaler wäre. Die ganze Erde als einheitliches Produktionsgebiet behandeln zu wollen, wäre in der That eine Absurdität, die man keinem ernsthaften Mann in die Schuhe zu schieben wagen darf. Rückt die Zusammenbruchstheorie wirklich erst das Ende des Kapitalismus an einen Zeitpunkt, wo alle Völker der Erde seine Segnungen von Anfang bis zu Ende durchgekostet haben — und so lange dies noch nicht der Fall ist, bliebe dem Kapitalismus ja immer noch ein Luftloch zum Athmen —, so hört sie überhaupt auf, diskutabel zu sein. Die Arbeiterklasse wäre ein Haufen von Narren, wenn sie ihre Hoffnungen auf das Ziel einer solchen unüberschbaren Entwicklung setzen oder ihre politischen Erwägungen im Geringsten davon beeinflussen lassen würde. Selbst aber, wenn man, den Zeitpunkt des Zusammenbruchs als näher voraussetzend, die weltwirthschaftliche

Organisation des Sozialismus auf die Kulturnationen beschränken wollte, würden sich unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben. Wer jemals praktisch sich in der industriellen Welt umgethan hat, der wird wissen, dass die Komplizirtheit aller Verhältnisse es fast als ein Ding der Unmöglichkeit erscheinen lassen müsste, selbst eine einzige europäische Industrie zu organisiren, geschweige denn alle und die der überseeischen Länder. Und was würde ferner aus den nicht zur Kulturwelt gehörenden Ländern? Blicke dort die freie Konkurrenz? Und wenn, müssten gegen sie nicht eventuell ebenso wie jetzt eiserne Machtmittel angewandt werden, und wäre nicht die Flotte das einzige, das dann in Betracht käme? Aber mit diesen Eventualitäten braucht man sich nicht abzugeben. Erfolgt wirklich der Zusammenbruch des Kapitalismus, so wird der Sozialismus als Reaktion dagegen die kapitalistische Weltwirtschaft mit ihrer engen internationalen Verknüpfung zur Auflösung bringen. Der Sozialismus bedeutet die in sich organisirte, geschlossene Volkswirtschaft, die alle ihre wesentlichen Konsumartikel in sich und für sich erzeugt, ohne auf die Aussenwelt angewiesen zu sein, und nur diejenigen Völker werden in der Lage sein, eine sozialistische Wirtschaft zu organisiren, die ein in sich abgerundetes Produktionsgebiet beherrschen. Auf eine derartige Gestaltung der Dinge drängt auch bereits die ganze Entwicklung hin. Vor unseren Augen sehen wir gerade jetzt mehr und mehr derartige in sich abgerundete Produktionsgebiete entstehen und unter einer einheitlichen Gewalt zusammengefasst werden, welche in sich die materiellen Bedingungen bieten, um den Lebensstand der sie beherrschenden Völker aufrecht zu erhalten und so die geeignete Basis für die Organisation verschiedener, auch in Sprache und Sitte einheitlicher, sozialistischer Gesellschaften zu bilden. Wir sehen, wie in England und den englischen Kolonien sich eine immer mächtiger werdende Bewegung Bahn macht, die zur Schaffung eines „British empire“ drängt, wir sehen, wie Russland in Asien einen gewaltigen, alle Klimate umfassenden Länderkomplex mit noch unberührten Naturschätzen zusammengeballt hat, wie Frankreich sich ein grosses Kolonialreich erwirbt, wie die Vereinigten Staaten mehr und mehr Neigung zeigen, einen ganzen Welttheil für sich in Beschlag zu nehmen. In diesen grossen Produktionsgebieten haben wir die Keime zukünftiger sozialistischer Organisationen zu erblicken. Sie vermögen sich abzuschliessen, denn sie sind in der Lage, Alles, dessen sie bedürfen, auf der gewaltig gesteigerten Stufenleiter der modernen Produktion selbst zu erzeugen. Ein derartiges Erstehen einzelner, in sich abgerundeter, sozialistischer Gesellschaften müsste auch als das Natürliche erscheinen, nicht nur, weil die Organisation der Produktion in ihnen allein möglich ist, sondern, weil auch die Gliederung nach Rassen, Sprache und Sitte sich weit mehr in der Bahn der ganzen bisherigen Menschheitsentwicklung bewegen würde, als das Aufgehen in einem allgemeinen Menschheitsbrei. Während aber die erwähnten Völker sich einheitliche Produktions- und Absatzgebiete schaffen, welche die Basis für die Organisation der Wirtschaft bieten können, wenn die Stagnation auf dem Weltmarkt die Exportindustrien zurückwirft und die kapitalistische Ordnung zersprengt, ist Deutschland auf diesem Gebiete weit im Hintertreffen. Wir wollen hier von unseren Kolonien nicht reden, obgleich sich bei objektivem Urtheil gegenwärtig garnichts über ihren Werth oder ihre Werthlosigkeit sagen lässt, so wenig wie über den Americas vor 200 oder 300 Jahren; aber für uns bleibt die Frage zu beantworten: wäre die deutsche Arbeiterklasse im Stande, auf den deutschen

Grund und Boden beschränkt, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten? Wenn sie den gegenwärtigen Kulturzustand zurückschrauben, unsäglich arm sein will, vielleicht; wenn sie aber den bisherigen Lebensstand festhalten oder erhöhen, wirklich im Sozialismus die Erlösung herbeiführen will, die wir erhoffen, dann auf keinen Fall. Und das aus dem einfachen Grunde, weil die rein materiellen Existenzbedingungen nicht vorhanden wären, weil einmal der deutsche Boden nicht nur nicht die nothwendigen Nahrungsmittel für die Bevölkerung, sondern auch die erforderlichen Rohstoffe für die Industrie nicht lieferte. Ein gutes Drittel unserer eigenen landwirthschaftlichen Produktion, vor allen Dingen des Brodgetreides, müssen wir aus dem Auslande importiren, und wenn auch die Produktivität der Landwirthschaft sich bedeutend steigern liesse, so bleibt es doch zweifelhaft, ob in so hohem Grade und gerade zu einer Zeit, wo die auf die höchste Spitze getriebene industrielle Entwicklung die Kräfte der Landwirthschaft zum grossen Theile in sich aufgesogen hat. Die Rückvertheilung der in der Industrie festgelegten produzierenden Massen auf die Landwirthschaft wäre, wenn überhaupt möglich — was bei dem Umfang und der Qualität unseres Bodens mehr als zweifelhaft erscheint — ein mindestens ebenso schwieriger und langwieriger Vorgang, wie der umgekehrte Prozess, in welchem wir uns gegenwärtig befinden. Noch mehr ins Gewicht fielen aber der Mangel an Rohstoffen. Wir importiren jährlich für den Verbrauch unserer grossen Industrien an Produkten, die bei uns nicht erzeugt werden können, für ungefähr anderthalb Milliarden Mark, d. h. circa 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Wäre Deutschland mit seinen Kolonien beim Zusammenbruch der kapitalistischen Wirthschaft kein einheitliches, in sich abgerundetes Produktionsgebiet, um den Preis ihrer Existenz müsste die Arbeiterklasse es sich schaffen. Der Kanonendonner von 1870 kündete die seitdem erfolgte rapide Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland an; wer vermag zu sagen, ob wir nicht einst mit Panzern und Torpedos uns die gesicherte Basis für die sozialistische Gesellschaft erkämpfen müssen? Vielleicht ist es aber dann zu spät. Wer darum auf dem Boden der Zusammenbruchstheorie steht, wer erwartet, auf den Trümmern der kapitalistischen Wirthschaft den Sozialismus einst errichten zu können, der wird eine weise und weitausschauende Kolonialpolitik — wir brauchen wohl nicht hinzufügen, dass wir die der Regierung nicht meinen — eben im Interesse der Arbeiterklasse für unumgänglich nothwendig halten. Ohne starke Schlachtflotte aber kein Kolonialreich. Wenn heute Kriegsschiffe über Kriegsschiffe gebaut würden, sie wären — rein theoretisch und auf dem Boden der gegebenen Prämissen — nur für uns, das wichtigste Machtmittel in unseren Händen zur Begründung und Sicherung des künftigen sozialistischen Gemeinwesens.

Dies die Konsequenzen auf dem Boden der Zusammenbruchstheorie.

Nehmen wir jetzt die andere Voraussetzung, dass die Zusammenbruchstheorie falsch sei, und der Kapitalismus allmählich, seine „immanenten Widersprüche“ überwindend, sich in sich selbst konsolidire, oder dass er, was praktisch auf dasselbe hinauskommt, noch so lange Zeit zu seiner völligen, den Todeskeim in sich tragenden Entfaltung braucht, dass weder wir noch unsere nächsten Nachkommen mit seinem Ende zu rechnen haben. Im Grossen und Ganzen wird sich hier eine ähnliche Argumentation ergeben. Das kapitalistische Deutschland ist natürlich, und erst recht dann, wenn seine Umbildung in einen reinen Industriestaat so weiter schreitet, wie bisher, zur Ernährung seiner Bevölkerung

und zur Fortführung seiner Industrien auf den Import angewiesen, den es andererseits nur dadurch gewährleisten kann, dass es seinen Exportindustrien auf dem Weltmarkt den seiner stets wachsenden Bevölkerung entsprechenden Spielraum sichert. Für den deutschen Kapitalismus wird es also eine historische Nothwendigkeit, den Kampf um die Märkte auf das Energischste aufzunehmen, und er hat dies auch bereits, und zwar mit dem besten Erfolge, gethan. Indessen, die friedlichen Eroberungen der Kaufleute brauchen ihren starken Rückhalt in der Macht des Staates, dem sie angehören; eine an äusseren Machtmitteln arme Nation wird mit ihren Waaren die Wettbewerber nicht auf die Dauer aus dem Felde schlagen können, weil eben diese einen solchen Prozess nicht ruhig mit ansehen würden, sondern ohne Zweifel mit Gewalt Das erstreben würden, was ihnen Geschick und Betriebsamkeit versagt. Die Handelsinteressen zweier Gemeinwesen sind die ganze Geschichte hindurch die wichtigsten Ursachen zu kriegerischen Zusammenstössen gewesen, im Mittelalter, wie in der anbrechenden neuen Zeit und in unserem Jahrhundert. Auch heute sind es diese wirthschaftlichen Gegensätze, welche den Keim zu Verwickelungen in sich tragen. Die Kapitalistenklassen der verschiedenen Länder suchen — und sie müssen dies nach den inneren Bewegungsgesetzen des Kapitalismus — den Weltmarkt oder einen möglichst grossen Theil für sich zu monopolisiren, und es ist sehr möglich, dass dies, mag man sich auch immerhin vorläufig noch mit aller Kunst der Diplomatie sozusagen von Stunde zu Stunde weiterhelfen, über kurz oder lang zum Appell an die Waffen führt. Dass Deutschland aber dann in voller Rüstung dasteht, gewappnet bis an die Zähne, dass es über das wichtigste Instrument jenes zukünftigen grossen Handelskrieges, eine starke Flotte, verfügen kann, das ist auch für die deutsche Arbeiterklasse von eminentester Wichtigkeit. Denn ihr Schicksal — Alles in der reinen theoretischen Annahme der gesicherten Fortdauer des Kapitalismus — bleibt dann mit dem der Kapitalistenklasse auf das Engste verknüpft. Was die Exportindustrie trifft, trifft auch sie, und sie hat das dringendste Interesse, selbst mit Waffengewalt das weitere Prosperiren des Aussenhandels und der Exportindustrien sicher zu stellen. Und gerade Deutschland würde vielleicht am ehesten durch den Gang der Entwicklung gezwungen sein, mit dem Schwerte in der Hand seine Stellung aufrecht zu erhalten. Denn von allen grossen Völkern sind die Deutschen, wie wir oben gesehen haben, am schlechtesten daran. Wir brauchen ein grosses Produktionsgebiet, aber wir beherrschen kein solches, wie die Engländer, Franzosen, Russen, Amerikaner; können jene ihre grossen Reiche ausbauen und entwickeln, so steht der in den Weltmarkt ragende, durch den Kapitalismus und die einseitige Entwicklung zum Industriestaat hypertrophisch gewachsene Arm unserer Produktion völlig in der Luft, jeder übelwollenden Störung von Aussen her preisgegeben. Den Markt beherrscht nur Der gesichert, der ihn unter dem Schutz seiner Kanonen weiss; und wenn eines Tages, von der weiter schreitenden Entwicklung des Kapitalismus gedrängt, im Kampfe um die Märkte jene Völker dazu schreiten, den Markt der von ihnen besetzten Länderstriche ausschliesslich für sich und ihre eigenen Industrien zu reserviren, dann hiesse es für die deutsche Exportindustrie und damit für die deutsche Arbeiterklasse: gehe zu Grunde oder erzwinge Dir den Eingang mit der Waffe in der Hand! Auch die gesicherte Weiterentwicklung des Kapitalismus würde also die deutsche Arbeiterklasse an die Existenzfrage führen, die sie nur im Besitze einer schlagfertigen Seemacht in befriedigender Weise für sich lösen könnte.

Alle diese Ausführungen sind natürlich nur — und das war unsere Absicht — reine Theorie. Sie sollten zeigen, mit welchen Augen die deutsche Arbeiterklasse eine Stärkung unserer Kriegsmacht zu Wasser betrachten würde, wenn sie sich allein von den oben skizzirten Erwägungen leiten lassen könnte. Es wären dies auch ganz andere Erwägungen, als die, welche unsere Hurrahpatrioten zu ihrem heiseren Geschrei nach neuen Schiffen begeistern, und wir wissen nicht einmal, ob sie Jenen nicht den Geschmack an der ganzen Flottenpolitik verleiden würden.

Wir wollen auf die gegenwärtigen Flottenpläne garnicht eingehen, garnicht ihre Zweckmässigkeit im Einzelnen untersuchen. So lange sich die deutsche Arbeiterklasse so entrechtet fühlen muss, wie im Staate Preussen-Deutschland, so lange man ihr in erbitterter Rücksichtslosigkeit den Fuss auf den Nacken zu setzen versucht, in einem Augenblicke, wo es eben erst gelungen, das Schreckgespenst der Zuchthausvorlage zu verjagen, da kann Niemand erwarten, dass sie für derartige Forderungen etwas übrig hat. So lange ist ihr das Hemd näher als der Rock. In den heissen Kämpfen des Tages, in dem scharfen Aufeinanderprallen des Klassengegensatzes kann das Gefühl für Aufgaben, die über das kleine Getriebe des Augenblicks hinauswachsen und auf beiden Seiten höhere Gesichtspunkte erfordern, nicht aufkommen. So lange die Arbeiterklasse im Deutschen Reiche nicht thatsächlich auf dem gleichen Boden steht, wie die bürgerlichen Parteien, so lange man sie nicht mit dem gleichen Maasse misst, auf gleicher Stufe behandelt, — siehe die jüngsten Aeusserungen des mecklenburgischen Bundesbevollmächtigten im Reichstage! — so lange gilt es Kampf in Allem und Jedem.

Freilich mag der Eine oder Andere einwenden, dass eine auf praktische Erfolge zielende Politik vielleicht für eine andere Stellungnahme zu haben wäre, dass es vielleicht angängig wäre, auf diese Weise einen Einfluss in der Deckungsfrage zu gewinnen, bei der man sonst natürlich ganz übergangen würde, während sich Scharfmacher und Flottenenthusiasten jubelnd in den Armen lägen, mögen sich Idealisten vielleicht sogar zu der Annahme versteigen, dass man auf der anderen Seite nur auf ein solches Zeichen der Annäherung warte, um die Streitaxt zu begraben, man wird alles dies nur kopfschüttelnd von sich weisen müssen. Es wäre unverbesserlicher Optimismus. In unserer Zeit geschehen eben keine Zeichen und Wunder mehr.

## Rundschau.

### Bücher.

**R. E. May: Die Kanone als Industriehebel nach nationalsozialem Rezept.** Ein Wort über die wahren Interessen der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiter. Mit einem Vorwort von Dr. F. W. Förster. Zürich und Leipzig; Verlag von Karl Henckell & Co.

In religiösen Dingen ist der Sozialliberale Raphael Ernst May ein fast ebenso wunderlicher Heiliger, wie seine nationalsozialen Gegner. Herr May glaubt fest an das Alte Testament. Seine Schrift beginnt mit dem lieben Gott, „der es in seiner Liebe und Weisheit so eingerichtet hat“, und sie schliesst

mit einem Traumbild des Propheten Zacharias. Das Seltsame ist nun, dass Herr May das Alte Testament mit seinen blutrünstigen Räubergeschichten als Grundlage benutzen will für eine gut moderne, allumfassende Menschheitsreligion, für welche er in der modernen Naturwissenschaft doch wahrlich viel stichhaltigere Prämissen finden könnte.

Aber lassen wir die Theologie! Das Alte Testament und das Neue Testament, der liebe Gott und der Prophet Zacharias sind ja bekanntlich Privatsache. Halten wir uns lieber an die wirtschaftspolitischen Ausführungen des Herrn May; da giebt es etwas zu lernen. Ob die Träume des Nebi Secharja wirklich



von Adonaj kamen, und nicht vom Magen, darüber dürfte Herr May wohl ebenso wenig Genaueres wissen, wie seine profanen Leser. Aber was dem deutschen Handel und der deutschen Industrie besser frommt, ob waffenstarrer Prohibitivzoll oder eine weitherzige Freihandelspolitik, darüber wollen wir uns gern von ihm belehren lassen. denn darin weiss er Bescheid, er, der geschäftskundige Inhaber der Welthandelsfirma Alex. Jahn & Co. in Hamburg.

Mays Polemik wendet sich gegen zwei von verschiedenen Nationalsozialen, insbesondere von Max Lorenz, formulierte Thesen, von denen sich die eine auf die äussere, die andere mehr auf die innere Wirtschaftspolitik bezieht.

In Bezug auf die äussere Polit<sup>ik</sup> behaupten die „kriegerischen Nazarenen“ aus dem nationalsozialen Lager ungefähr Folgendes: Der Wohlstand des deutschen Volkes hängt vom Gedeihen der deutschen Industrie ab, das Gedeihen der deutschen Industrie von der Expansion des deutschen Exporthandels; folglich brauchen wir eine gewaltige Kriegsstoffe, stärker als die jedes anderen Staates, um der deutschen Industrie neue Absatzmärkte zu „erobern“ und die konkurrierenden Industriestaaten mit Waffengewalt niederzuwerfen. Also seien wir Spartaner, Makedonier, Römer; jagen wir die Gallier in den Atlantischen, die Perser in den Indischen Ozean — bum, bum!

Diese Gymnasiastenpolitik trumpft May glänzend ab. In der That ist der Lorenzsche Gedankengang nur scheinbar der eines Waarenproduzenten, in Wirklichkeit aber der eines Räubers. Folglich ist es anachronistischer Gedankengang — entstanden nicht aus unverdauter Lateinlektüre. Für das heutige Europa aber sind die Zeiten der beutelüsternen Beduinen-schwärme, der rauflustigen und arbeitsfaulen Bärenfellgermanen und der schätzzegierigen Wikinger unwiederbringlich vorbei. Unsere wirtschaftspolitische Aufgabe nach aussen hin besteht nicht mehr darin, unsere Nachbarn ritterlich zu bestehlen, sondern darin, ihnen unsere überschüssigen Produkte gut bürgerlich zu verkaufen. Damit dies aber möglich sei, müssen unsere Nachbarn Geld haben; denn mit dem Verschenken unserer Produkte w<sup>ir</sup> uns nicht gedient. Damit unsere Nachbarn aber Geld haben, müssen auch sie ihre überschüssigen Produkte verkaufen können und bezahlt kriegen. Schlussfolgerung: Damit unsere für den Export bestimmte Produktion blühe, muss auch die für den Export bestimmte Produktion unserer Nachbarn blühen. Durch Aufrihtung chinesischer Zollmauern die Exportindustrie der übrigen Länder zerstören, wäre Selbstmord: und das kann man viel billiger haben, als

um den Preis von ein paar Milliarden Flottenkosten. Im Gegentheil: was der Exporthandel braucht, ist möglichste Sicherung und Erweiterung der Sphäre ungehinderten Produktaus-tausches. Also keine Kriege, sondern Schiedsgerichte und Meistbegünstigungsverträge.

Die zweite Lorenzsche These geht dahin: Die marxistische Verelendungstheorie ist als unhaltbar erwiesen; ergo wird auch ihre Konsequenz hinfällig, die Parole: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Ergo — müssen die Arbeiter den Internationalismus aufgeben und für die Expansion der nationalen Industrie mittels Kanonen und Kriegsschiffen schwärmen.

Herr May ist früh genug aufgestanden, um über die Unhaltbarkeit der Verelendungstheorie im Klaren zu sein. Er giebt ohne Weiteres zu, dass die Reallohne im Durchschnitt gestiegen sind. Aber er führt den Nachweis, dass die Unternehmergewinne noch viel rascher gestiegen sind und noch steigen. Nun aber, so kalkulirt May weiter, werfen die Fortschritte der Technik immer neue Tausende von Arbeitern als über-zählig aufs Pflaster. (In Parenthese: Oppenheimer würde hier freilich einwenden, die wirkliche Quelle der permanenten industriellen Reservearmee sei nicht die Industrie selbst, sondern das Grossgrundeigenthum. Doch ist dies eine Frage für sich, deren Beantwortung für diesmal am Schlussresultat nicht viel ändert.) Diese Tausende könnten alle gleich wieder eingestellt werden, wenn die beschäftigten Arbeiter an dem erhöhten Produktionsertrag einen gerechten Antheil erhielten, so dass ihr Einkommen und damit ihre Kaufkraft rasch genug stiege. Das ist aber nicht der Fall, ein absolut und perzentual immer grösserer Theil des Produktionsertrags bleibt an den Fingern der Kapitalisten kleben, insbesondere, weil bei den Unternehmern der verschiedenen Länder vielfach die Tendenz besteht, einander in der (scheinbaren) Verbilligung der Produkte mittels Lohn-drückerei zu überbieten. Folglich giebt es immer wieder Arbeitslose. Und das Alles wäre noch viel schlimmer, wenn die Arbeiter nicht durch ihre Organisationen wenigstens bescheidene Lohnerhöhungen erzwingen, bezw. Lohnerabsetzungen abwehren würden. So gelangt May zu folgenden Schlussätzen:

„So sehen wir denn einerseits eine Verbesserung der Lage der Arbeiter als Folge sowohl organisirten wie unorganisirten Zusammenhaltens und auf der anderen Seite eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter durch zunehmende Arbeitslosigkeit, also zunehmende Unsicherheit der Arbeit als Folge nicht genügender Organisation der Arbeiter. Findet die Möglichkeit der Bezahl-

lung höherer Löhne ihre Grenze an der Konkurrenz der billigeren Arbeit der Arbeiter anderer Nationen, so ist die einzige Möglichkeit, zu derjenigen Höhe des Arbeitslohnes zu gelangen, welche die Beschäftigung der durch technische Fortschritte entbehrlieh gewordenen Arbeitskräfte sichert, eine stramme internationale Organisation der Arbeiter. Das hindert durchaus nicht, dass sie so national gesinnt sind, wie der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interesse ebenfalls internationale Beziehungen pflegt. Von der Höhe des Arbeitslohnes hängt der Konsum des Landes ab, und von diesem wieder die Arbeitsgelegenheit und die Prosperität der nationalen Industrie. Die internationale Organisation der Arbeiter liegt also im wohlverstandenen nationalen Interesse.“

Herr Lorenz hat also zu früh gejubelt. Die Verelendungstheorie ist tot; ihr Absterben wird aber weder den Nationalsozialen, noch sonst einer halbreaktionären Zwitterpartei zu Gute kommen, sondern der Sozialdemokratie selbst, die aus der Häutung in verjüngter Lebensfülle und Schaffenskraft hervorgehen wird. Zu diesem Ergebnis aber hat Herr May sein reiches Scherflein beigetragen, wenn dies auch vielleicht nicht in seiner Absicht lag.

*Ladislav Gumplowicz.*

**Immanuel Kants Kritik der reinen Vernunft.** Herausgegeben und mit einer Einleitung, sowie einem Personen- und Sachregister versehen von Dr. Karl Vorländer. Halle a. S.: Verlag von Otto Hendel.

Die neuere Kritik der philosophischen Grundlagen des Marxismus hat dazu geführt, die Entwicklung der klassischen deutschen Philosophie von Kant, Hegel, Feuerbach bis Marx einer näheren Revision zu unterziehen und in der Auffassung des wissenschaftlichen Denkprozesses auf Kant zurückzugreifen. Der Neo-Marxismus kommt daher in nahe Berührung mit dem Neo-Kantianismus. Infolge dessen ist das Studium der Kantischen Philosophie auch in sozialistischen Kreisen zu einer literarischen Nothwendigkeit geworden. Zu einer gelegeneren Zeit hätte daher die angezeigte Neu-Ausgabe des Kantischen Hauptwerkes nicht erscheinen können. Sie ist in erster Linie für das Selbststudium von Anfängern und für den Gebrauch in philosophischen Kursen auf Universitäten bestimmt. Die Einleitung des Herausgebers giebt eine historisch-kritische Würdigung des Werkes und enthält: 1. Kants Leben. Seine philosophische Entwicklung bis 1770. 2. Die Entstehungsgeschichte der Kritik der reinen Vernunft (1770—1781). 3. Erste

Aufnahme des Buches. Die Prolegomena (1783). Zweite Auflage (1787). 4. Ausbreitung der Kantischen Philosophie. Die Verdrängung durch neue Systeme. Ihre Erneuerung im letzten Drittel des XIX Jahrhunderts (Neukantianismus). 5. Grundtendenz des Werkes. 6. Hilfsmittel zum Studium der Kritik der reinen Vernunft. — An dem ausführlichen Sachregister werden namentlich die Kenner der Kantischen Philosophie ihre Freude haben. Es wäre zu wünschen, dass Herausgeber und Verleger sich entschliessen möchten, auch die anderen Hauptwerke Kants in derselben Weise und Ausstattung neu herauszugeben.

*Ludwig Wollmann*

## Revue.

Der **Social-Democrat** bringt einen bemerkenswerthen Artikel über die Gründe, warum die Sozialdemokratie in England, trotz tüchtiger Leitung und selbstloser Arbeit ihrer Angehörigen, noch nicht vermocht hat, sich einen Platz in der gesetzgebenden Körperschaft zu erwerben. Das politische Leben theilt sich noch immer unter die beiden alten historischen Parteien, die Whigs und die Torys, und zwar sind die Whigs dem Sozialismus gefährlicher, als die Torys, denn sie versammeln unter der Vorgabe, dass sie den Fortschritt representiren, eine Menge tüchtiger Elemente um sich, die dadurch dem Sozialismus entzogen werden. Das Hilfsmittel, dass die Sozialdemokraten den Konservativen ihre Stimmen geben, halt aber J. Spargo, der Verfasser des Artikels, für durchaus ungeeignet, schon aus dem Grunde, weil ein solcher „Tory-Sozialismus“ schwerlich grosse Sympathien erwecken würde. Spargo hofft dagegen, dass es bei einem zielbewussten Vorgehen der Genossen möglich sein wird, Zuzug aus dem Lager der Liberalen zu erhalten, vornehmlich derjenigen Elemente, die durch das Treiben in demselben enttäuscht werden, mit deren Hilfe dann die Sozialdemokratie den ihr gebührenden Platz erobern wird.

*Ida Häny-Lux.*

## Varia.

**Zola in Oesterreich.** Wegen seines mannhaften Auftretens in der Angelegenheit des Polnacer Ritualprozesses ist der bekannte Soziologe Prof. Masaryk von Seiten der klerikal-antisemitischen Clique mit „Demonstrationen“ bedacht worden. Wir werden Gelegenheit nehmen, auf die zeitpsychologisch hochinteressanten Ursachen und den Fortgang der Masaryk-Affaire ausführlicher zurück zu kommen. *Heinrich Herbatschek.*

Verantwortlich für die Redaktion: Hugo Warschawski in Berlin.

Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Gleditsch St. 23, Berlin W. (Eigentümer: Dr. R. Friedeberg in Berlin).

Druck von Max Bading, Beuth St. 2, Berlin SW.



HEINRICH HEINE.

GEZEICHNET VON CH. GLEYRE 1852.